



# Plenarprotokoll

## 55. Sitzung

Freitag, 8. März 2019

<b>Mündlicher Bericht zur Energie-</b> <b>forschung</b> .....	4168	Beschluss: Berichtsantrag Drucksache 19/1312 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	4176
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1312		<b>Geschlechterparität in allen Parlamenten und Volksvertretungen</b> .....	4176
Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	4168	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1305	
Andreas Hein [CDU].....	4169	Thomas Rother [SPD].....	4176, 4201
Sandra Redmann [SPD].....	4170	Claus Christian Claussen [CDU]...	4177
Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4171	Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4179
Oliver Kumbartzky [FDP].....	4172	Christopher Vogt [FDP].....	4180, 4202
Jörg Nobis [AfD].....	4174	Claus Schaffer [AfD].....	4182, 4189
Flemming Meyer [SSW].....	4175	Lars Harms [SSW].....	4184, 4195

Serpil Midyatli [SPD].....	4185	<b>Mikroplastikeinträge einschränken</b>	
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4186	.....	4221
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4187	Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW	
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	4188	Drucksache 19/1308 (neu)	
Tobias Koch [CDU].....	4189		
Werner Kalinka [CDU].....	4192	Stefan Weber [SPD].....	4221
Kathrin Wagner-Bockey [SPD].....	4193	Heiner Rickers [CDU].....	4222
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4194	Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4223
Lukas Kilian [CDU].....	4198	Dennys Bornhöft [FDP].....	4224
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	4204	Volker Schnurrbusch [AfD].....	4225
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Mi- nisterin für Justiz, Europa, Ver- braucherschutz und Gleichstel- lung.....	4205	Flemming Meyer [SSW].....	4226
Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss.....	4205	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	4227
		Beschluss: Annahme.....	4228
<b>Keine Rolle rückwärts beim Mie- terschutz! Mieterinnen und Mieter im Land auch weiterhin vor Wu- cher und Mietpreisüberhöhungen schützen!</b> .....	4206	<b>Anerkennung des Erzieherberufs als Mangelberuf</b> .....	4228
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1304		Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1307 (neu)	
<b>Instrumente zur Entlastung der Wohnungssituation</b> .....	4206	Beschluss: Annahme.....	4228
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1337		<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für den Übergangszeit- raum nach dem Austritt des Ver- einigten Königreichs Großbritanni- en und Nordirland aus der Europä- ischen Union und der Europä- ischen Atomgemeinschaft (Brexit- Übergangsgesetz - BrexitÜG)</b> .....	4228
Özlem Ünsal [SPD].....	4206	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/1205	
Peter Lehnert [CDU].....	4208	Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses Drucksache 19/1300	
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4211	Wolfgang Baasch [SPD], Bericht- ersteller.....	4229
Christopher Vogt [FDP].....	4214	Beschluss: Annahme des Gesetzent- wurfs Drucksache 19/1205 in der Fassung der Drucksache 19/1300..	4229
Jörg Nobis [AfD].....	4216		
Flemming Meyer [SSW].....	4217		
Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	4218		
Dr. Kai Dolgner [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	4221		
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1304 2. Annahme des Alternati- vantrags Drucksache 19/1337.....	4221		

<b>Stand der Erarbeitung des neuen Gesamtkonzepts für die Berufliche Orientierung an den Schulen in Schleswig-Holstein .....</b>	<b>4229</b>	<b>Reden zu Protokoll</b>	
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1059		<b>Anerkennung des Erzieherberufs als Mangelberuf .....</b>	<b>4231</b>
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	<b>4229</b>	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1307 (neu)	
<b>Dritter Bericht über die Entwicklung der Schülerkostensätze nach Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung .....</b>	<b>4229</b>	Serpil Midyatli [SPD].....	<b>4231</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1123		Claus Schaffer [AfD].....	<b>4231</b>
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	<b>4229</b>	Flemming Meyer [SSW].....	<b>4232</b>
<b>Fortschreibung des Infrastrukturberichts .....</b>	<b>4229</b>	* * * *	
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1137		<b>Regierungsbank:</b>	
Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	<b>4229</b>	Daniel Günther, Ministerpräsident	
<b>Bericht zur Umsetzung der Schulassistenten .....</b>	<b>4229</b>	Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1154		Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zweiter Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	<b>4229</b>	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung	
<b>Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags .....</b>	<b>4229</b>	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur	
Drucksache 19/1319		Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration	
Beschluss: Annahme.....	<b>4229</b>	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung	
		Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	
		* * * *	

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die heutige Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Nach Mitteilung der Fraktionen beziehungsweise der Regierung sind folgende Kolleginnen und Kollegen erkrankt: von der CDU-Fraktion Peer Knöfler, von der SPD-Fraktion Regina Porsch sowie die Abgeordneten Thomas Hölck und Tobias von Pein. Wir wünschen gute Besserung.

(Beifall)

Wegen auswärtiger Verpflichtungen ist für die Landesregierung der Ministerpräsident Daniel Günther ab 11 Uhr beurlaubt. Für die SPD- und die FDP-Fraktion haben die Abgeordneten Heinemann und Rossa nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert sind.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Kai Vogel herzlich zum Geburtstag gratulieren. - Alles Gute für das neue Lebensjahr!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte begrüßen Sie mit mir gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schüler und Schülerinnen der Lilli-Martius-Schule in Kiel und Beamtenanwärter des Landgerichts der Hansestadt Lübeck. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Da jeder eine zweite Chance verdient hat, rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Mündlicher Bericht zur Energieforschung**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1312

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse somit darüber abstimmen, ob der Bericht gegeben werden soll. Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Um-

welt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

(Beifall CDU, FDP und AfD)

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Frau Präsidentin, herzlichen Glückwunsch zum Frauentag - auch allen anderen Damen in der Runde.

Sehr geehrte Damen und Herren! Schleswig-Holstein hat sich infolge der Energiewende nicht nur zu einem Vorreiter beim Klimaschutz entwickelt, sondern auch zu einem Land des Unternehmertums und der Technologieentwicklung. Hier wird unter Hochdruck an Innovationen für die nächsten Phasen der Energiewende gearbeitet. Das ist eine echte Poleposition, die wir als Land weiter nutzen wollen und müssen. Deshalb arbeitet das Energiewendeministerium in Sachen Energiewendeforschung eng und gut mit dem Wissenschafts- und dem Wirtschaftsministerium zusammen. Dabei meinen herzlichen Dank an Frau Prien und Herrn Buchholz. Wir wollen diesen Standortvorteil für die Kooperation künftig gemeinsam noch besser für die Energiewendeforschung nutzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und FDP)

Schleswig-Holstein kann und will zur Lösung von Fragestellungen der Energiewende beitragen. Wir können Antworten auf die konkreten Herausforderungen auch der europäischen Energiewende geben. Wir können einen substanziellen Beitrag zum Klimaschutz, zur Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandorts sowie der Nutzungsoptionen der erneuerbaren Energien leisten. Zahlreiche Unternehmen im Land wollen den Transfer von nahezu marktreifen Innovationen vorantreiben. Das führt zu einer effektiven Sektorenkopplung sowie zu einer positiven Auswirkung auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein.

Meine Damen und Herren! Im Februar 2019 hat das Bundeswirtschaftsministerium die erste Runde für ein neues Förderformat des siebten Energieforschungsprogramms gestartet, den Ideenwettbewerb „Reallabore der Energiewende“. Bis zum 5. April 2019 können Unternehmen Projektskizzen für Fördermittel bis zu 100 Millionen € pro Jahr einreichen. Wir sind davon überzeugt, dass Schleswig-Holstein optimale Voraussetzungen für ein solches Reallabor bietet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

Deshalb sind wir im Gespräch mit den Unternehmen, die eine Projektskizze beim Bundeswirtschaftsministerium einreichen wollen und unterstützen sie dabei mit allen Kräften. Wir haben zuletzt im Januar mit potenziellen Kandidaten für ein solches Reallabor gesprochen, um uns einen Überblick zu verschaffen. Es wird Sie nicht wundern, dass Sektorenkopplung und Wasserstofftechnologien dabei im Fokus stehen - ein Thema, an dem verschiedene Akteure im Land arbeiten. Beispielsweise wird am Montag dieser Woche hier im Landeshaus das Förderforum „Wasserstoff - eine Energie der Zukunft“ und während der New Energy Days, am 21. März 2019, die Konferenz „Grüne Wasserstoffwirtschaft in den Regionen“ stattfinden. Derzeit wird auch eine gemeinsame Veranstaltung der norddeutschen Energieforschungsverbände für den Herbst 2019 vorbereitet und damit ein Beschluss der norddeutschen Wirtschaftsministerkonferenz umgesetzt. Themen wie Windenergieforschung, Sektorenkopplung und Speichertechnologien stehen da auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren! Wissenschaftsministerium, Wirtschaftsministerium und Energiewendeministerium unterstützen Unternehmen und Forschung. So ist es uns gelungen, innerhalb weniger Monate 5 Millionen € EU- und 2,5 Millionen € Landesmittel für den Förderaufruf „Energieforschungsinfrastruktur“ bereitzustellen und einen Call zur Einreichung von Projektskizzen zu starten. Die Nachfrage im ersten Call überstieg die zur Verfügung stehenden Mittel dabei deutlich. Eine Jury musste entscheiden, welche Projekte einen Vollantrag stellen können. Die Antragstellerinnen und Antragsteller werden derzeit über die Ergebnisse informiert.

Meine Damen und Herren! Die drei Häuser haben sich auf eine gemeinsame Marschroute geeinigt. Wir haben Ziele, Themen und Vorgehensweisen für eine stärkere strategische Ausrichtung der Energiewendeforschung untereinander abgestimmt. Erklärtes Ziel ist es dabei, eine leistungsfähige und überregional wahrnehmbare Energiewendeforschung in Schleswig-Holstein zu etablieren. Damit leisten wir substanzielle Beiträge zum Klimaschutz, zur Weiterentwicklung der Energiewende, zur Stärkung des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein. Damit danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Andreas Hein.

**Andreas Hein [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Albrecht, Ihre Rede hat gezeigt, dass wir in Schleswig-Holstein zum Thema Energieforschung alles auf dem Schirm haben. Wir haben eine breite Vielfalt und viele thematische Schwerpunkte an unseren Hochschulen. Dies wird noch einmal deutlich, wenn wir uns unter anderem an die „Future Energy“ im letzten Dezember erinnern. Wenn man heute in dem Forschungsumfeld bestehen will, muss man schon etwas Besonderes vorweisen, zum Beispiel einen wirklich hohen Anteil regenerativer Energien in unseren Netzen oder die vielen Energiepioniere, wie wir sie bei uns im Land haben. Die Darstellung unseres Ministers war umfassend und eindrucksvoll.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Daher will ich mich heute damit befassen, wie man die guten Forschungsergebnisse zu den Menschen in unserem Land und in unserer Lebenswirklichkeit bringen kann. Wie kann man sie in Arbeitsplätze und Unternehmenswachstum umsetzen? Wie kann man dazu beitragen, dass wir unseren Klimazielen noch näher kommen? Aus meiner Sicht sind drei Faktoren besonders wichtig: Erstens. Wir müssen uns um die großen Fördertöpfe des Bundes und der EU noch erfolgreicher kümmern. Zweitens. Wir müssen uns um Bildung und Fachkräfte kümmern. Drittens. Wir brauchen Unternehmen, die daraus Produkte und Dienstleistungen machen und die Umsetzung von Theorie in Praxis vornehmen.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stichwort Fördertöpfe: Wer sich einmal darum bemüht hat, weiß, wie hoch sie hängen, weiß, wie viele Schrauben in den Programmen man drehen muss - und diese Schrauben sind gerade noch einmal stärker angezogen worden. Ohne Unternehmensbeteiligung geht gar nichts mehr, und man braucht neben der fachlichen Exzellenz auch noch massive politische Unterstützung.

Gut, dass wir hier eine angesehene Regierung haben, gut, dass wir gute Drähte nach Berlin haben und dass die leisen Töne genauso gut gespielt werden wie Ecken und Kanten gezeigt werden.

(Andreas Hein)

Bei den Fachkräften ist es so - das kann man rauf- und runterdiskutieren -: Derzeit sinkt die Anzahl der Jugendlichen im Land. Das heißt zwangsläufig, dass auch weniger Auszubildende und Studierende zur Verfügung stehen. Das Problem ist nicht neu; aber es ist für unsere Zukunft von entscheidender Bedeutung. Frau Ministerin Prien und ihr Ministerium kümmern sich intensiv um die naturwissenschaftlich-technische Bildung. Das wird am Ende aber nur helfen, wenn Jugendliche statt Marketing Director oder Art Director naturwissenschaftliche Berufe erlernen wollen.

Liebe Schülerinnen und Schüler, kennt ihr den Unterschied zwischen Megawatt und Megawattstunde? Eigentlich ist das wichtig, um in einer komplexen Zukunft mitzureden. Ehrlich gesagt, ich finde diese „Fridays for Future“-Demos schon cool. Ich könnte mir aber auch vorstellen, dass man stattdessen Sit-ins zum Thema Klimawandel und Energiewende macht. Vielleicht öffnen sich Unternehmen oder Hochschulen dafür, und wir stellen uns dort den Fragen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Eigentlich ist es ja meine Aufgabe als Abgeordneter zu sagen: Mensch, statt zu demonstrieren, solltet ihr lieber in die Schule gehen! Als Vater zweier Kinder weiß ich aber, wie stark dieses Thema schon meine Kinder im Alter von 10 und 16 Jahren beschäftigt und wie existenziell dieses Thema für alle in Zukunft ist.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Stichwort Unternehmen. Wir sind stolz auf unsere Unternehmen in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Mir ist es viel lieber, dass unternehmerische Entscheidungen nicht in New York oder London, sondern bei uns in Schleswig-Holstein getroffen werden. Daher sollten wir sie nutzen. Wir sollten uns um sie kümmern. Wir sollten neue Wege finden, Techniken entwickeln und Wertschöpfung generieren, damit wir in diesem Haus weiter mutige Entscheidungen zum Thema Energie- und Klimawende treffen können. Schleswig-Holstein hat genau jetzt eine Riesenchance dazu. Nutzen wir sie. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Sandra Redmann das Wort.

**Sandra Redmann [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf für unseren lieben Kollegen - - Jetzt komme ich nicht auf seinen Namen. Das kann ja wohl nicht angehen!

(Heiterkeit)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Kollege Hölck.

(Zuruf SPD: Wir werden ihn nie vergessen! - Heiterkeit)

**Sandra Redmann [SPD]:**

Thomas Hölck. Für ihn darf ich die Rede vorlesen. Er hat mir extra ausgerichtet, ich soll Sie alle ganz herzlich grüßen. - Wir wünschen ihm auf diesem Weg noch mal gute Besserung.

(Beifall)

- Wehe, das petzt einer!

(Heiterkeit)

Herr Minister, zunächst einmal vielen Dank für Ihren Bericht. Kreativer Forschergeist ist der Schlüssel für eine nachhaltige Gesellschaft. Das war schon immer so. Akademische, institutionelle und unternehmerische Energieforschung haben Schleswig-Holstein zum Energiewendeland Nummer eins gemacht. Ihnen gebührt unsere Wertschätzung. Worte allein reichen hierfür aber nicht. Innovatives Potenzial finanziell zu fördern, Kompetenzen zu bündeln und den Austausch zwischen den Disziplinen zu stärken, muss für die Förderung der Energieforschung in unserem Land ganz oben auf der Agenda stehen.

Die Ausgangssituation in unserem Land ist denkbar gut. Schleswig-Holsteins Energieforschungslandschaft ist geprägt von Vielfalt. Hier auf alles einzugehen, ist schier unmöglich. Daher möchte ich einen wichtigen Aspekt herausheben: Die Speicherung von nicht genutzter erneuerbarer Energie ist vor allem für Schleswig-Holstein entscheidend. Hier zukünftig Forschungserfolge zur Marktreife zu bringen, ist wichtig und wird die Zukunft der Energiewende prägen.

Im Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie in Itzehoe wird Batterieforschung auf Spitzenniveau betrieben. Davon konnten wir uns neulich überzeugen.

(Sandra Redmann)

gen. 2004 wurde die Arbeit der Wissenschaftler durch den Deutschen Zukunftspreis gewürdigt. Geplant ist eine neue Forschungsfabrik, die sich unter anderem mit der Erforschung der Lithium-Schwefel-Batterien befassen soll. Ob das Institut den 500-Millionen-€Zuschlag aus Berlin vom Bundesforschungsministerium erhält, entscheidet sich im kommenden August.

Dass die Energiespeicherung aber auch unerwartete Wege gehen kann, beweist das Projekt KERO-SyN100. Unter akademischer Leitung der Universität Bremen arbeiten die Raffinerie Heide und fünf weitere Kooperationspartner an der Entwicklung und Herstellung von strombasierten Kraftstoffen. Konkret wird über grünen Wasserstoff synthetisches Kerosin hergestellt. Die Produktion allein reicht aber nicht. Es braucht Abnehmer. So haben im letzten Monat die Raffinerie Heide und der Flughafen Hamburg eine Absichtserklärung unterzeichnet. Hier, meine Damen und Herren, wird Pionierarbeit geleistet und in einen Energieträger der Zukunft investiert.

(Beifall SPD und Oliver Kumbartzky [FDP])

Es muss uns natürlich auch darum gehen, den in Schleswig-Holstein erzeugten Ökostrom in Wasserstoff zu veredeln. Heide in Dithmarschen ist prädestiniert für diese Zukunftsaufgabe. Es gibt genügend erneuerbaren Strom, es gibt Kavernen zur Speicherung von Wasserstoff, und es gibt ein Pipeline-Verteilungsnetz. In diesem Bereich muss ein Forschungsschwerpunkt gesetzt werden.

Neue Ideen kommen von klugen Köpfen. Die Ideenfunder von morgen für die sechs Hochschulstandorte in Schleswig-Holstein zu fördern, muss dabei in den Fokus gerückt werden. Die Förderung des Interesses an MINT-Studiengängen zum Beispiel zählt dazu.

Forschungsförderung betrifft also auch bildungspolitische Aspekte. Das Green

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Entrepreneurship Center!)

- genau, ich kann das einfach nicht aussprechen - in Flensburg beweist genau dies. Es berät Hochschulen dabei, neues grünes Gründerpotenzial zu fördern. Grüne Gründer sind Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer mit besonderem Bezug zu erneuerbaren Energien. Spannend ist, dass nahezu jede fünfte Gründung in Schleswig-Holstein bereits heute ein Unternehmen ist, das mit seinen Produkten, Technologien und Dienstleistungen einen Bei-

trag zu den ökologischen Zielen der Green Economy leistet.

Gezielte Forschungsimpulse können wir durch die Projektförderung gestalten. Also, welchen Weg wollen wir im Bereich der Forschungsförderung gemeinsam gehen? Ziel und Mittel müssen passen, vor allem bei der zumeist projektgeförderten Spitzenforschung. Wir entscheiden, was wir zur Spitzenforschung machen. Ich meine: Forschung, die am besten zu unseren politischen Zielen passt. Unser Umwelt- und Klimaschutzgesetz steckt diese Ziele klar ab und verpflichtet zum Handeln.

Was wir nicht brauchen und ablehnen: Forschung im Bereich CCS und Fracking.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Kay Richert [FDP])

Wir wollen kein CCS und kein Fracking in Schleswig-Holstein. Wir wollen nachhaltige erneuerbare Energien fördern, und das ist gut so. - Vielen Dank, auch im Namen von Thomas Hölck.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß das Wort.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Forschung für Energiewende ist in Schleswig-Holstein überhaupt nicht neu. Mit dem legendären Growian, der Großwindanlage, wurde in den 70-er und 80-er Jahren des letzten Jahrhunderts in Trägerschaft der Atomkonzerne und bezahlt mit sehr vielen Forschungsmitteln des Bundes eine Windkraftanlage im Kaiser-Wilhelm-Koog erstellt. Die theoretische Leistung: 3 MW.

Die Anlage ist ganze 420 Stunden gelaufen, bis sie abgerissen wurde; ein Feigenblatt für die damalige Elektrizitätswirtschaft. Der damalige RWE-Vorstand Günther Klette und auch der damalige Bundesfinanz- und Forschungsminister Matthöfer bekundeten öffentlich, dass man das nur mache, um zu beweisen, dass das alles nicht gehe. Es war also ein pädagogisches Modell, um zur Abkehr vom Glauben an die erneuerbaren Energien zu bewegen.

Das hat zum Glück alles nicht geklappt. Bei uns im Norden haben sich erneuerbare Energien mit viel mittelständischem Forscher- und Pioniergeist aus kleinen Anlagen heraus zu Leistung und Effizienz entwickelt, wie wir sie heute kennen. Die Energie-

**(Bernd Voß)**

wende ist auch für uns im Land die zentrale Herausforderung für Forschung und Wissenschaft geworden, und ich danke der Landesregierung und dem Minister für den heutigen Bericht zur Energieforschung, aber auch den vielen, die sich engagieren, um die Innovationstreiber in die Netzwerke und auf den Weg zu bringen und auch dabei zu unterstützen, an Forschungsmittel heranzukommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Energieforschung in Schleswig-Holstein ist getragen von über 90 führenden Köpfen und vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Forschungsprojekten, in den Universitäten und in den Hochschulen. Über 150 Forschungs- und Entwicklungsprojekte gibt es hier ebenso wie 50 Kompetenzzentren, Großprojekte und 29 Studiengänge mit Energiebezug. Ich glaube, das macht deutlich, welche Bedeutung dieser Bereich hier im Land und in der Forschung hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Großprojekte wie SintecNEW 4.0 sind hinzugekommen. Die Vielfalt der Forschungsprojekte macht aber auch deutlich: Ob Strom, Wärme, Mobilität oder Industrie - eine erfolgreiche Energiewende setzt sich aus sehr vielen Bausteinen zusammen, die laufend auf hohem Niveau erforscht, weiterentwickelt und dann aber auch zügig eingesetzt werden müssen.

Die Bewerbung um das siebte Energieforschungsprogramm des Bundes, das Reallabor, das hoffentlich nach Heide kommt, ist bereits dargestellt worden, ebenso wie die großen Herausforderungen, die damit verbunden sind. In Itzehoe wird in Zusammenarbeit mit der Stadt, der regionalen Wirtschaftsförderung, besonders aber auch der Landesregierung daran gearbeitet, Fraunhofer-Forschungseinrichtungen für Batterietechnik zu gewinnen. Der Umfang dieses Projektes ist bereits von der Kollegin Sandra Redmann genannt worden.

Was zeichnet den Standort Schleswig-Holstein hierfür aus? - Einmal ist es die Nähe zu dem vorhandenen Fraunhofer ISIT und dem IZET-Technologiezentrum, die sich bereits sehr intensiv mit erneuerbaren Energien beschäftigen. Der Clustereffekt ist schon groß. Es fehlen aber Batterien, die nicht nur erneuerbare Energien speichern, sondern die auch mit Hilfe von Strom aus erneuerbaren Energien hergestellt sind, und den gibt es in diesem Umfang nur hier in Schleswig-Holstein sicher zu beziehen. Daher gehören Forschung und Produktion nach Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Tobias Koch [CDU] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Es sind immer wieder mittelständische Unternehmen, die zu wichtigen Teilfragen mit viel Engagement und Forschungsgeist die Lösungen liefern. Ich denke nur an das störende nächtliche Blinken der WKA, das wir seit circa zehn Jahren haben. Für dieses Problem wurde von mittelständischen Unternehmen eine Lösung präsentiert, die sich hier auf den Weg gemacht haben. Jetzt endlich hat der Bundesgesetzgeber nachgezogen, damit auch hier Bewegung reinkommt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Oliver Kumbartzky [FDP])

Wenn aber der energie- und klimapolitische Rahmen der Abgaben und Steuern in die falsche Richtung zeigt, wird die flächendeckende Umsetzung der Energiewende in allen Sektoren viel zu langsam vorankommen. Dabei helfen im Grunde auch keine Forschungsmittel. Daher kann man nur immer wieder darauf hinweisen, wie wichtig unsere Bundratsinitiative aus dem letzten Monat war, die ganz klar eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung einfordert.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur mit einem Preis, der die externen Kosten für fossile Energieträger berücksichtigt und damit zukunftsorientierte Konzepte begünstigt, kann die Energiewende in Schleswig-Holstein und anderswo erfolgreich umgesetzt werden. Die Zeit drängt. In Deutschland sind noch 85 % der Primärenergie fossil und nuklear. In Europa sind es über 90 %. Ab 2050, also in 30 Jahren, müssen Kohle, Öl und Gas in der Erde bleiben. Bei allem Forschen nach Wegen der Veredelung von erneuerbaren Energien bei uns und in der Region darf nicht übersehen werden: Wer zukünftig erneuerbare Energien für seine Produkte ernten will, der muss sie auch zeitig sähen. Energiewende geht eben nur mit einem zügigen kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Energien. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Sehr geehrte, liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In Schleswig-Holstein hat die Wind-

(Oliver Kumbartzky)

energie ihre ersten Schritte gemacht und wurde zum Exportschlager. Der echte Norden war und ist in Sachen Energiewende und diesbezüglichen Projekten immer vorn dabei. Wir müssen natürlich auch dranbleiben. In der Energieforschung brauchen wir jetzt die richtigen Ideen, um nicht abgehängt zu werden oder nur mitzuhalten, sondern um führend zu bleiben. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein wieder ein Land der großen Schritte wird, ein Innovationsland.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Energiewende bietet nun einmal riesige Chancen, die es natürlich zu nutzen gilt. Zeigen wir Mut zur Zukunft. Der Klimaschutz gelingt nur durch Innovationen und Wettbewerb. Ein ganz wichtiges Element ist die Sektorenkopplung. Sie ist schon erwähnt worden. Dafür sind neue Wandlungs- und Speichertechnologien genauso notwendig wie die Digitalisierung unseres Energienetzes.

Meine Damen und Herren, Modellregionen für die Energiewende bieten dabei Chancen, Technologien zu testen, eine stabile Energieversorgung mit einem hohen Anteil erneuerbarer Energien modellhaft zu erproben und die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit der Sektorenkopplung zu demonstrieren.

Ein neues Energiesystem benötigt aber auch neue Speichertechnologien. Im Bereich der Batterien muss eine von der Anwendung inspirierte Grundlagenforschung neue Materialsysteme liefern, die dann zügig zur Entwicklung von neuen Batteriesystemen für die industrielle Fertigung führen. Auch Power-to-X-Anwendungen bieten zum Beispiel im Zusammenhang mit Brennstoffzellen Chancen für ein modernes Energiesystem.

Wir wollen die Energieforschung technologieoffen ausgestalten, von den Grundlagen bis in die Anwendung stärken und konsequent auf das Ziel ausrichten, das Energiesystem der Zukunft zu entwickeln.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Danke. - Meine Damen und Herren, im siebten Energieforschungsprogramm der Bundesregierung soll ein Fokus auf den Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis gelegt werden. Was erforscht wurde, soll den Test in der Praxis dann bestehen. Es ist schließlich nicht selbstverständlich, dass jede Idee, die auf dem Papier funktioniert, auch in der Praxis funktioniert. Wir setzen dabei auf Technologie und Fortschritt. Wir wollen Rahmen-

bedingungen schaffen für mutige Versuche, die Energiewende mit Innovationen wirtschaftlich tragbar voranzubringen.

Gern hätten wir uns so etwas wie die Reallabore, die jetzt ausgeschrieben werden, schon früher gewünscht, aber es ist gut, dass dies jetzt geschieht. Reallabore sind Testräume für Innovation und die passende Regulierung. Sie sind ergebnisoffen gestaltet und dienen der Erprobung von digitalen Innovationen sowie der Entwicklung eines intelligenten Regulierungsrahmens. Konkret bedeutet das eine Chance, aus unserem sehr starren Regulierungsrahmen freizukommen, um neue Dinge auszuprobieren, zumindest im Rahmen der Reallabore. Wir brauchen dringend eine stärkere Kultur des Ausprobierens und weniger Warten auf große Planentwürfe. Wir brauchen mehr Freiheit für innovative Initiativen von gut ausgebildeten, wagemutigen Leuten aus der freien Wirtschaft. Dazu geben die Reallabore eine Chance.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist schon erwähnt worden, auch in Schleswig-Holstein gibt es einige Projekte, die sich für die Millionenförderung des Bundes förmlich aufdrängen. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei den beteiligten Ministerien, die die Bewerbungen voranbringen, bedanken. So gibt es beispielsweise in Heide den Schwerpunkt Wasserstoff. Das ist gerade deswegen so interessant, weil die nächste Stufe der Energiewende nur mit Sektorenkopplung zu erreichen ist. Strom muss gespeichert und umgewandelt werden, um auch an anderer Stelle und in einer Vielzahl von Anwendungen nutzbar zu sein. Dafür eignet sich die Umwandlung in Wasserstoff. Genau für solche Projekte wurde das Reallabor von der Bundesregierung aufgelegt. Der engagierte, technologieoffene Ansatz dieser Landesregierung rennt hier wirklich offene Türen ein.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade in Schleswig-Holstein kann der Bund High-tech-Einrichtungen fördern, die die Energiewende richtig voranbringen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund die anstehenden Förderentscheidungen für die Westküste, für Schleswig-Holstein und für die Energiewende trifft. Beispielsweise wäre Itzehoe mit ISIT und IZET der perfekte Standort für eine Batterieforschungsfabrik. Lassen Sie uns gemeinsam für den Standort Itzehoe werben. Gute Argumente liegen auf der Hand. Klar ist auch: Eine

(**Oliver Kumbartzky**)

Batterieforschungsfabrik in Itzehoe wäre ein echter Gewinn für das Innovationsland Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und freue mich, dass wir heute in großer Einheitlichkeit und Einheit diskutieren und dass ich selbst bei einer Rede von Thomas Hölck geklatscht habe - was auch an ihm liegt. Ich freue mich, dass wir gemeinsam mit einer Stimme sprechen, um auch auf Bundesebene für diese Projekte zu werben. Es wäre wirklich eine schöne Sache, wenn das gelingt. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne die Bundestagsabgeordnete Cornelia Möhring von den LINKEN.- Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die AfD-Fraktion hat das Wort der Fraktionsvorsitzende Jörg Nobis.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, sehr geehrter Herr Minister Albrecht, für Ihren Bericht. Der Schriftsteller und Naturwissenschaftler Adolf Pichler hat einmal gesagt:

„Die Forschung ist immer auf dem Weg, nie am Ziel.“

Wie aber nicht anders zu erwarten war, entsteht heute der Eindruck, dass die Regierungsparteien mit dem vorliegenden Antrag nichts anderes als die Auswüchse ihrer eigenen Energiepolitik präsentieren. Es ist ein Bericht, der die selbstbeworbene Energiewende wie eine selbsterfüllende Prophezeiung vor sich herträgt.

Forschung muss mehr sein als politisierte Wissenschaft, meine Damen und Herren. Der erste Deutsche Professor für Experimentalphysik Georg Christoph Lichtenberg sagte zu diesem Phänomen:

„Wo die Menschen nicht mehr hinsehen, was jedermann für fertig erklärt hält, verdient am meisten erforscht zu werden.“

Diese Erkenntnis würde uns eigentlich direkt zur Kernforschung bringen, meine Damen und Herren. Nur, weil Kanzlerin Angela Merkel nach Fukushi-

ma den Ausstieg aus der Kernkraft beschloss, heißt das nicht, dass Deutschland nicht weiter Kernforschung betreiben sollte. Statt Uran sollte das Element Thorium stärker in den Fokus der Forschung rücken. Lassen Sie uns hier, aber auch bei der Erforschung von Kernfusion international auf Ballhöhe bleiben, damit wir in diesem wichtigen Bereich der Energieforschung nicht weltweit abgehängt werden. Es geht in der Energieforschung nämlich um weit mehr als immer nur um Sektorenkopplung, Power-to-X, Windkraft, Solarenergie und Wasserstoff. Die Zukunft der Windenergie in Schleswig-Holstein liegt unserer Auffassung nach sowieso nicht mehr an Land, sondern nur noch Offshore.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Genau!)

Um diesen Strom überhaupt abtransportieren zu können, muss natürlich die Infrastruktur zur Abnahme dieses Stroms geschaffen werden. Energiespeicherlösungen, wie Batterien und Akkus, sind ebenfalls wichtig. Die Forschung und Entwicklung im Bereich der Batterien - das wissen wir alle - hat in der letzten Zeit große Entwicklungssprünge gemacht. Die Bemühungen um eine Batterieforschungsfabrik in Itzehoe begrüßen wir daher ausdrücklich. Wir sollten uns wirklich darum bemühen, Zukunftstechnologien nach Schleswig-Holstein zu holen, auch wenn das Forschungsgebiet nicht zwingend mit Windenergieanlagen zusammenhängt. Idealerweise wird der hier produzierte Strom direkt vor Ort verbraucht. Ideen von einer technischen Herstellung von Wasserstoff durch Überschussstrom zeugen allerdings nur von einer ineffizienten Energieumwandlung. Dass Brennstoffzellenautos eine größere Reichweite versprechen als Elektroautos, wird durch den Nachteil einer geringeren Energieeffizienz unter Verwendung von Edelmetallen wie Platin aber aufgewogen.

Wenn wir Energie von einer Energieform in eine andere wandeln, muss dies immer möglichst unter Vermeidung von Energieverlusten geschehen. Die Brennstoffzellentechnik ist ein wunderbares Beispiel für ineffiziente Energie. Vielleicht ist das ja auch einer der Gründe dafür, warum in Deutschland von 64 Millionen Fahrzeugen bislang erst 329 PKW, 16 Busse und zwei LKW mit Wasserstoff fahren. Allein schon wegen der recht guten thermischen Wirkungsgrade muss daher auch die Forschung an modernen Kraftwerkstechnologien weitergehen. Wenn es in Schleswig-Holstein keine wesentlichen Forschungsverbünde hierzu gibt, dann muss sich unsere Forschungslandschaft über die Elbe hinaus in Kooperationen zusammenschließen, zum

(Jörg Nobis)

Beispiel mit dem Bayerischen Zentrum für angewandte Energieforschung.

Aus Gründen der Energieeffizienz sehen wir die Entwicklung von sogenannten Blue Crudes als zweifelhaft an. Die Umformung von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff durch Windstrom, die nachfolgende Synthese mit CO<sub>2</sub> zu Methanol und die Schlussynthese dann zu Dieselkerosin oder Methan ist so ziemlich die ineffektivste Kraftstoff-erzeugung, die man sich vorstellen kann. In der Presse war zu lesen, Blue-Crude-Kerosin würde seitens Lufthansa nun vielleicht auch gekauft werden, wenn es denn irgendwann auch produziert würde. Wir haben einmal beim Konzern nachgefragt. Richtig ist, dass man eine Absichtserklärung abgegeben hat, nun aber erst einmal ganz entspannt abwartet, zu welchem Preis denn der künstlich hergestellte Kraftstoff dann tatsächlich auch irgendwann angeboten werden kann. Ich vermute einmal - da liege ich bestimmt nicht falsch -, ohne die üblichen manipulatorischen Eingriffe des Staates bei grüner Mitregierung werden die Blue Crudes wohl nicht wettbewerbsfähig sein.

Meine Damen und Herren, kaum etwas bewegt uns heute mehr als die offenen Energiefragen. Allerdings kann man nicht nur aussteigen - Stichwort: Kernkraft, Kohle oder auch Gas -, man muss auch woanders mal einsteigen. Windkraft und Sektorenkopplung werden da alleine nicht ausreichend sein. Es ist daher wünschenswert, dass wir der Energieforschung in Zukunft noch mehr Beachtung schenken, aber eben bitte technologieoffen. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Abgeordneten des SSW hat das Wort der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mit dem Beschluss der Energiewende wurde ein neues Zeitalter für die Energieproduktion und -versorgung eingeläutet. Damit haben wir uns eine energiepolitische Herkulesaufgabe auferlegt; denn mit der Energiewende geht ein kompletter Systemwechsel einher. Wenn wir nur 15 bis 20 Jahre zurückdenken, so waren die Schlagworte im Energiebereich: erneuerbare Energien, Energieeffizienz oder Energieeinsparung. Diese Begriffe haben auch heute noch ihre Berechtigung. Der Ausbau der regenerativen Energien bleibt weiter notwendig, um die Energiewende durchzuführen. Das

Gleiche gilt für Energieeffizienz und -einsparung; denn alles, was wir an Energie einsparen, muss nicht produziert werden.

Doch wenn wir uns heute das Spektrum ansehen, über das wir mittlerweile reden, dann stellen wir fest, dass es so umfangreich geworden ist, wie wir es uns seinerzeit kaum vorstellen konnten. Daher wäre es dem Thema angemessen gewesen, wenn wir statt eines mündlichen Berichts einen schriftlichen Bericht bekommen hätten. Wir wissen zwar, dass sich die Energieforschung hier bei uns im Land in den letzten Jahren extrem ausgedehnt hat. Aber es wäre der Sache angemessen gewesen, wenn das Parlament hier schriftlich über das informiert worden wäre, was die Landesregierung über weitere norddeutsche Kooperationen zu berichten hat oder welche Planungen sie bezüglich der Ausgestaltung im Energiesektor hat. Ich verstehe nicht ganz, warum Jamaika hier nur einen mündlichen Bericht gefordert hat. Wie gesagt, dem Thema angemessen gewesen wäre meiner Meinung nach hier wirklich ein schriftlicher Bericht.

Aber dank der Broschüre der Gesellschaft für Energieforschung und Klimaschutz Schleswig-Holstein, die im letzten Jahr herausgegeben wurde, haben wir einen eindrucksvollen Nachweis über das, was in Schleswig-Holstein in der Energieforschung angeboten und geleistet wird. In Zahlen bedeutet das: 90 Köpfe der Energieforschung mit über 150 Forschungs- und Entwicklungsprojekten, 15 Kompetenzzentren und Großprojekte sowie 29 Studiengänge mit Energiebezug. Damit haben wir eine Übersicht der Energieforschungsangebote in Schleswig-Holstein, und es geht deutlich daraus hervor, wie sich der Forschungssektor verändert hat. Er ist wesentlich komplexer geworden, weil kaum ein Thema noch isoliert betrachtet wird, weil Energie heute wesentlich mehr ist als nur die Produktion von Strom. Wie lässt sich Strom speichern? Wie können wir den Strom umwandeln, sprich: Power-to-X, oder wie weit sind wir in der Sektorenkopplung?

Viele der Technologien stehen schon bereit und werden auch eingesetzt oder erprobt. Aber wir müssen uns ehrlich machen und uns eingestehen, dass wir in weiten Teilen erst am Anfang stehen. Angesichts des enormen Umfangs im Bereich der Energieforschung muss uns klar sein, dass hier noch eine Menge für Forschung und Entwicklung getan werden muss. Das muss Schleswig-Holstein aber nicht allein leisten - das können wir auch gar nicht -, sondern hier müssen wir auch andere Partner ins Boot holen. Dabei spielt natürlich die Zu-

**(Flemming Meyer)**

sammenarbeit zwischen Forschung, Wirtschaft und Politik eine wesentliche Rolle.

Wir müssen aber auch über den Tellerrand hinaus schauen und sehen, wo wir eine Kooperation in Norddeutschland oder jenseits der Grenze in Dänemark hinbekommen können. Gleichwohl denke ich, dass wir in Schleswig-Holstein durchaus gut aufgestellt sind; denn wir haben uns bereits früh für den Ausbau der regenerativen Energien starkgemacht und die Energiewende hier im Land entsprechend zeitig beschrritten. Das war politisch nicht immer einfach, und das ist es teilweise immer noch nicht. Aber ich denke, dass wir im Großen und Ganzen auch hier auf einem sehr guten Weg sind. Die Ideen sind da, Konzepte liegen vor, und es ist jetzt an der Politik, zu entscheiden, wie groß die Schritte sein dürfen, um die Energiewende zu bestreiten. Sie ist technisch möglich, ökologisch notwendig und volkswirtschaftlich sinnvoll. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Ich stelle fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 19/1312 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich rufe nun auf Tagesordnungspunkt 20:

**Geschlechterparität in allen Parlamenten und Volksvertretungen**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1305

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Thomas Rother.

**Thomas Rother [SPD]:**

Vielen Dank. - Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allem zunächst liebe Frauen: Herzlichen Glückwunsch zum Frauentag! Dieser Frauentag kann auch ein richtig guter Tag werden, wenn Sie unserem Antrag zustimmen.

(Beifall SPD)

Vor wenigen Tagen jährte sich zum 100. Mal die erste Rede einer Frau in der Deutschen Nationalversammlung, nämlich die Rede der Sozialdemokratin Marie Juchacz. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind sehr stolz darauf, dass es unsere Genossinnen und Genossen waren, die, ausgehend vom Rat der Volksbeauftragten, das demo-

kratische Menschenrecht gleicher Wahlen verwirklicht haben.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist, meine Damen und Herren, nicht nur in diesem Landtag Anlass gewesen, darüber zu debattieren, wo wir nun, nach 100 Jahren, stehen. Zweifellos ist festzustellen, dass der Frauenanteil in den Parlamenten und auch in anderen Vertretungskörperschaften noch immer deutlich geringer ist als der Anteil der Männer. - Ein Blick von mir aus auf die rechte Seite dieses Hauses reicht als empirischer Beleg eigentlich schon aus.

Deshalb legen wir Ihnen heute den Versuch vor, die Grundlagen dafür zu schaffen, diesen ungerechten Zustand zu beseitigen. Es geht uns nämlich darum, eine offenkundig strukturell bedingte Benachteiligung von Frauen zu beseitigen. Die Potenziale vieler qualifizierter und engagierter Frauen kommen zu wenig zum Tragen; das gilt für alle politischen Ebenen.

Beiträge, die eher aus dem Reich der Esoterik zu stammen scheinen und Frauen - insbesondere und in noch viel höherem Maß den Müttern - ganz besondere Fähigkeiten zuschreiben, sollten wir in diesem Feenbereich belassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denn Frauen und Mütter können bekanntlich ja sogar Krieg führen.

Genauso wenig geht es darum, einer ausufernden Quotierung nach immer mehr Kriterien die Tür zu öffnen. Das Grundgesetz hebt ausdrücklich hervor, dass Männer und Frauen - und nicht andere - gleichberechtigt sind.

1994 wurde zudem ergänzend aufgenommen, dass der Staat die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern fördert und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirkt. Nichts anderes, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir mit unserem Antrag erreichen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bundeskanzler war 1994 allerdings sogar der bekannte Feminist Helmut Kohl, und auch die Partei der „Brüderle“ schaute dem „Schwesterlein“ einmal nichts ins Dekolleté, sondern hob brav die Hand bei dieser Grundgesetzänderung.

(Beifall Beate Raudies [SPD] - Zuruf FDP: Ausgesprochen niveaulos, Herr Kollege! - Widerspruch SPD)

**(Thomas Rother)**

Eine weitere Ergänzung des Grundgesetzes, beispielsweise nach französischem Vorbild - darauf haben wir in unserem Antrag ja auch verwiesen -, dass der gleiche Zugang von Männern und Frauen zu den Wahlmandaten und Wahlämtern gefördert wird, ist tatsächlich möglich. Das würde uns auch von der lähmenden verfassungsrechtlichen Diskussion wegführen, die oftmals alle Gedanken an Parité-Gesetze zunichte macht.

Ich sage es ganz deutlich: Diese Bedenken in Bezug auf den Eingriff in die innere Ordnung der Parteien und auch in Bezug auf die Einschränkung der Wahlfreiheit teile ich größtenteils. Eine Ergänzung des Grundgesetzes wäre daher wirklich der beste und auch sauberste Weg; dies wäre die beste und sauberste Lösung.

(Zuruf SPD: Genau!)

Wenn es dafür nun keine Mehrheit gibt, wird es anhand des brandenburgischen Gesetzes sicherlich eine Entscheidung des dortigen Verfassungsgerichts geben, die uns Möglichkeiten im Rahmen der bestehenden Verfassung - hoffentlich auch Änderungsmöglichkeiten - über das Grundgesetz aufzeigt.

Unser Antrag soll dazu beitragen, einen solchen umständlichen Weg zu vermeiden und eine politische Diskussion - letztlich geht es um diese; alles andere folgt daraus -, beispielsweise in der Gemeinsamen Kommission von Bundestag und Bundesrat, zu führen.

Viele Länder der Europäischen Union haben bereits eine solche Regelung: Belgien, Frankreich, Griechenland, Irland, Kroatien, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien - und, man glaubt es kaum, es funktioniert tatsächlich.

(Beifall SPD)

Die dortigen Quotenregelungen sind allerdings so vielfältig wie die entsprechenden Wahlsysteme; das muss natürlich zusammenpassen. Daher haben wir mit unserem Antrag keinen verbindlichen Vorschlag gemacht. Es wäre leicht gewesen, das brandenburgische Gesetz einfach abzuschreiben und das dortige Anhörungsverfahren zu wiederholen; dies bringt uns in der Tat aber nicht weiter. Denn es bedarf der differenzierten Betrachtung, welche Verfahren für welche Ebenen sinnvoll sind. Eine Liste im Reißverschlussverfahren zu quotieren, ist sicherlich der einfachste Weg. Dies hilft aber nicht über die Tatsache hinweg, dass die Wahlforschung zu dem Ergebnis kommt, dass mehr Wahlkreise gleichzeitig mehr Männer in den Parlamenten bedeuten würden.

Der vor Kurzem gemachte Vorschlag von Frau Sütterlin-Waack, die Wahlkreise zu quotieren, wäre zwar sicherlich wirkungsvoll; allerdings hätte dies die Halbierung der Zahl der Wahlkreise zur Voraussetzung, und das wäre in Bezug auf Kommunalwahlen in der Tat anders zu beurteilen als etwa bei Wahlen zum Deutschen Bundestag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine lebendige Demokratie zeichnet sich dadurch aus, dass sie auf Veränderungen oder Defizite in der Gesellschaft reagieren und ihre Verfahren und Institutionen weiterentwickeln kann. Die gleichberechtigte politische Teilhabe aller ist das Ziel, eine Paritätsregelung, wie wir sie vorschlagen, wäre hierfür ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

(Beifall SPD)

Abschließend - meine Redezeitanzeige fängt schon an zu blinken - sei den lieben Kollegen hier im Saal auch gesagt, dass man auch als Mann - und zwar nicht nur am Internationalen Frauentag - Quoten- und Reißverschlussverfahren und sogar die Zurückstellung eigener Ambitionen bei der Vergabe von Ausschusssitzen oder Aufgabenbereichen politisch überleben kann - denn sonst würde auch ich hier ja nicht mehr stehen. Also, keine Angst; nur Mut! Stimmen Sie unserem Antrag bitte zu. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter Rother, ich möchte Sie trotzdem bitten, geschmacklose Verunglimpfungen von Politikern zu unterlassen. - Danke.

(Zurufe SPD: Hä? Was soll das heißen?)

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Claus Christian Claussen das Wort.

**Claus Christian Claussen [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die SPD beantragt, alle erforderlichen gesetzlichen Regelungen auf den Weg zu bringen, die eine Geschlechterparität in den Parlamenten und in weiteren öffentlichen Vertretungskörperschaften herstellen. Vorweg: Ich habe große Zweifel, dass ein solches Ziel mit einfachgesetzlichen Maßnahmen zu erreichen ist. Denn wie jedes Gesetz müsste sich auch ein solches Gesetz nach Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes an den Regelungen unserer Verfassung messen lassen. Da-

(Claus Christian Claussen)

ran dürften zumindest die bislang diskutierten Varianten zur Änderung des Wahlrechts scheitern.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Eindeutig ist: Unser Grundgesetz verlangt eine geschlechterparitätische Besetzung unserer Parlamente genauso wenig wie irgendeine andere paritätische Besetzung, zum Beispiel nach Herkunft, Alter, Religion oder Behinderung. Das Grundgesetz geht vielmehr von einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie aus, in der die einzelnen Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - vereinzelter Beifall CDU)

Dabei geht alle Staatsgewalt vom Volke aus und wird durch Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Die Abgeordneten des Bundestags sowie der Landtage werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Das sind nicht nur objektive Rechtsprinzipien, sondern diese vermitteln auch subjektive und grundrechtsgleiche Rechte.

Damit sind aber meiner Meinung nach alle Regelungen unvereinbar, die das Ergebnis der Wahl - das Ergebnis der Wahl! - von vornherein in irgendeiner Art und Weise festlegen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Darüber hinaus gibt es aber noch weitere verfassungsrechtliche Freiheits- und Gleichheitsrechte, die von einer gesetzlichen Regelung betroffen beziehungsweise hierdurch beeinträchtigt wären. Der Wissenschaftliche Dienst hat dies in Umdruck 19/1996 sorgfältig dargelegt.

Auch in die Parteienfreiheit - Kollege Rother erwähnte dies -, die den Parteien eine staatlich unbeeinflusste Aufstellung ihrer Kandidaten garantiert, würde eingegriffen.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU])

Wenn also einfachgesetzliche Regelungen scheitern, bleibt die Frage, ob das Ergebnis mit einer Verfassungsänderung zu erreichen wäre. Auch das dürfte problematisch sein, da die Gleichbehandlung aller Staatsbürger bei der Ausübung ihres Wahlrechts eine wesentliche Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellt.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Festzustellen ist, dass es sich nicht um ein Problem der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau

handelt. Die ist erreicht; dies räumt der SPD-Antrag ja auch ein. Aber die faktische Gleichstellung erscheint bislang noch nicht erreicht. Deshalb stellt sich die Frage, ob nicht durch andere Maßnahmen der Anteil von Frauen in den Parlamenten erhöht werden kann.

(Beifall CDU - Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche? - Zuruf: Das hat ja bisher nicht geklappt!)

- Vielen Dank. Aber das ist natürlich auch eine gesellschaftliche Herausforderung, auch gerade eine Herausforderung für die Parteien, eine verbesserte Partizipation von Frauen zu erreichen.

Auch gesetzliche Maßnahmen, die nicht verfassungskritisch sind, wären durchaus möglich; auch hierzu hat der Wissenschaftliche Dienst Ausführungen gemacht. Um gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen zu verändern, müssen die Gründe, die dazu führen, dass der Frauenanteil in den Parlamenten geringer ist, herausgearbeitet werden, um dann zielgerichtet Änderungen vornehmen zu können.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Deshalb ist es sinnvoll, sich mit diesem Thema weiter zu beschäftigen und den Antrag in den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wir bewegen uns hier in einem Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Realität und verfassungsmäßigen Prinzipien. Wie dieses Spannungsverhältnis aufzulösen ist, haben die bisherigen Lösungsvorschläge noch nicht überzeugend dargelegt.

Ich möchte mit Nachdruck dafür werben, mit unserer Verfassung und ihren tragenden Prinzipien sehr sorgfältig und vorsichtig umzugehen. Das Grundgesetz hat sich seit 1949 als die stabilste und beste Verfassung, die wir in Deutschland je hatten, bewährt.

(Beifall CDU, FDP, AfD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Stabilität sollten wir nicht aufs Spiel setzen, auch wenn das Ziel noch so gut gemeint ist.

Die bisherige Diskussion - ich erwähnte es - hat noch keinen Vorschlag für eine verfassungsrechtlich haltbare gesetzliche Regelung hervorgebracht. Das spricht dafür, die Diskussion fortzuführen und zu versuchen, einen solchen Vorschlag zu entwickeln. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Aminata Touré das Wort.

**Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Wir haben eine strukturelle Männerquote - das ist mein Blickwinkel bei der Debatte. Die Vehemenz, mit der man versucht, deutlich zu machen, dass ein Parité-Gesetz nicht möglich ist, würde ich mir bei der Frage wünschen, dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

CDU und FDP sagen immer, dass eine quotierte Liste das Problem der Wahlkreise nicht löse. Bei der CDU kann man noch sagen: fair enough, ihr gewinnt Wahlkreise. Aber was ist eure Entschuldigung, liebe FDP? Soweit ich es mitbekommen habe, gewinnt ihr keine Wahlkreise, sondern eure Kandidaten und Kandidatinnen ziehen über die Liste ein. Ihr könntet also mit einer quotierten Liste arbeiten und das Ziel mehr Frauen in den Parlamenten erreichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Tobias Loose [CDU] - Christopher Vogt [FDP]: Oder selbst entscheiden!)

Brandenburg schlägt eine Regelung vor, die die Liste quotiert. Wir Grüne finden das gut, und ein zusätzlicher Punkt ist - das ist eine weitere Option -, dass verpflichtend pro Wahlkreis eine Frau und ein Mann gewählt werden müssen. Eine andere Lösung ist, dass man eine Regelung findet, bei der der Wähler und die Wählerin zwischen einem Mann und einer Frau entscheiden muss.

Bei einem Argument der Gegenseite muss ich immer sehr schmunzeln, und zwar wenn gesagt wird, jemand sei aufgrund der Quote in die Position gekommen, man selbst aber keine „Quotenfrau“ sein wolle. Erstens ist das ein absolutes Eingeständnis dafür, dass unsere jetzigen Strukturen in der Regel Männer in die Positionen bringen. Es ist eine absurde Vorstellung, dass eine Frau, die durch eine Quotenregelung da ist, automatisch einen qualifizierten Mann aus dem Rennen schickt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Flemming Meyer [SSW] - Werner Kalinka [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Wer ist denn Bundeskanzlerin?)

Zweitens: Glaubt ihr eigentlich, dass auf grünen Parteitag die quotierten Plätze leer stehen und je-

mand dahingetragen werden muss? Wir hatten bei der Listenaufstellung zur Landtagswahl mehr Konkurrenzsituationen auf den Frauenplätzen als auf den offenen Plätzen, auf denen nur Männer kandidieren.

Frauen lassen sich finden, und Konkurrenz besteht nicht nur zwischen Frauen und Männern, sondern auch unter Frauen. Frauen lassen sich finden, vor allem dann, wenn Frauen dafür gekämpft haben, dass dieses Instrument verankert wird, wie bei uns Grünen. Das hat uns kein Mann geschenkt, dafür haben wir selbst gekämpft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Drittens - das ist mein wichtigster Punkt -: Ich bin morgens noch nie aufgewacht und habe gedacht: Verdammst, dieser Debatte bin ich nicht gewachsen; wäre ich bloß ein CDU-Mann, der nicht durch die Quote ins Parlament gekommen ist!

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Werner Kalinka [CDU])

Ich versichere Ihnen: Diese Gedanken quälen mich nicht. Ich wache jeden Morgen sehr fröhlich auf und weiß ganz genau, wofür ich kämpfe.

Falls es irgendjemanden beruhigt: Bei einer Quotenregelung werden nicht nur Frauen quotiert, sondern auch Männer. Also braucht man das Argument der Quotenfrau nicht länger zu bemühen, sondern es gibt fortan endlich auch Quotenmänner.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Flemming Meyer [SSW])

Im Grunde genommen könnte es uns als Grünen egal sein; wir erfüllen in der Regel 50 % Frauen und 50 % Männer in unserer Fraktion. Deshalb ist es umso absurder, dass gerade die Parteien CDU und FDP am vehementesten gegen eine solche Regelung kämpfen, während die Parteien, die sich diesem Wert nähern - SPD und Grüne -, am vehementesten dafür kämpfen.

Uns ist das aber nicht egal, weil unser Kampf um Gleichberechtigung nicht aufhört, solange auch Frauen anderer politischer Meinung - möglicherweise auch anderer Meinung zu frauenpolitischen Themen - im Parlament nicht angemessen vertreten sind. Unser Kampf um Gleichberechtigung ist nämlich solidarisch.

Sei es der Deutsche Bundestag, sei es unser Landesparlament, sei es irgendein anderes Parlament:

**(Aminata Touré)**

30 % Frauen sind ein Armutszeugnis für ein sich selbst progressiv nennendes Land wie Deutschland.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In anderen Ländern auf der Welt ist die Repräsentation von Frauen viel höher: Ruanda liegt mit 61 % auf Platz 1, Deutschland liegt bei den nationalen Parlamenten auf Platz 45.

Es wird immer mit Artikel 38 unseres Grundgesetzes argumentiert, weshalb ein Parité-Gesetz nicht gehe:

„Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.“

Die Gegenseite argumentiert zu Recht mit Artikel 3 des Grundgesetzes:

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Und jetzt? Meinetwegen können wir das Ganze auch ohne Gesetzesänderung regeln, aber ich höre nichts Konkretes. Artikel 3 unserer Verfassung legitimiert unseren Kampf, bis wir dieses Ziel erreicht haben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als ich heute Morgen Instagram aufgemacht habe, habe ich gesehen, dass eine andere kluge Frau das auch gesagt hat: Angela Merkel.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden dafür kämpfen und keinen Tag vorher damit aufhören, bis genauso viele Frauen wie Männer in unseren Parlamenten sitzen. Wenn ich dem wirklich Glauben schenken soll, dass das politische Ziel ist - wie immer wieder, auch jetzt, proklamiert wird -, dass weniger Männer und mehr Frauen in den Parlamenten sitzen sollen, dann bitte her mit konkreten Maßnahmen, und zwar mehr als die, die lauten: Frauen müssen sich einfach mehr engagieren.

Heute um 16 Uhr sind am Bahnhof in Kiel so viele Frauen, die engagiert sind und die eine Menge zu sagen haben. Hört sie euch an! Dann wisst ihr, warum wir das brauchen. Die sind sauer; die haben keinen Bock mehr auf die Ausreden, warum die Parteien es seit Jahrzehnten nicht hinbekommen, für mehr Repräsentation zu kämpfen.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Ende.

**Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Letzter Satz. - Kein Kampf um Emanzipation fing mit großer Zustimmung an. Ganz im Gegenteil, Frauen wurden müde belächelt, wurden nicht ernst genommen, haben unter allem Einsatz für ihre Rechte gekämpft.

Wir brauchen eine Lösung, und die Optionen sollten wir im Ausschuss diskutieren. Deshalb sind wir für die Überweisung des Antrags. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

(Zuruf SPD)

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zuruf SPD)

- Frau Kollegin, für Ihre Fraktion hat Herr Rother, also auch ein Mann, gesprochen. - Es ist völlig richtig, dass es ein großes Problem in unserer Gesellschaft ist, dass Frauen auch im Jahr 2019 -100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland - in vielen Bereichen noch immer unterrepräsentiert sind, vor allem in der Wirtschaft, in der Verwaltung, in der Politik und eben auch in den Parlamenten. Das sollte sich schnell ändern.

Frau Kollegin, die entscheidende Frage ist nur, wie der beste Weg dahin aussehen könnte. Es gibt in Deutschland laut Statistischem Bundesamt 1 Million mehr Frauen als Männer. Die Frauen haben also eine gesellschaftliche Mehrheit. Wenn man auf die junge Generation in Deutschland schaut, dann haben die Mädchen und jungen Frauen schon seit Jahren deutlich bessere Bildungsabschlüsse als ihre Altersgenossen. Ich kann ein Lied davon singen. Ich mache mir deshalb - auch als Vater von zwei wunderbaren Töchtern - eigentlich relativ wenig Sorgen um die Zukunft, ich kann aber die Ungeduld absolut nachvollziehen und teilen.

(Vereinzelter Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Freie Demokraten kämpfen gegen Diskriminierung und für Gleichberechtigung. Niemand soll we-

**(Christopher Vogt)**

gen seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass viele gesellschaftliche Rahmenbedingungen noch immer eine tradierte Rollenverteilung begünstigen. Da müssen wir ansetzen.

Beim Ziel sind wir uns im Großen und Ganzen einig: Wir wollen deutlich mehr Frauen in verantwortlicher Position sehen. Auch unsere Partei hat da noch viel Arbeit vor sich, übrigens haben alle Parteien deutlich mehr Männer als Frauen. Die Nord-FDP hat zwar innerhalb der Bundespartei fast den höchsten Frauenanteil, trotzdem liegt dieser noch unter der 30-%-Marke, und die Quote ist während des Mitgliederbooms der letzten Jahre sogar noch weiter gesunken.

Wir beschäftigen uns deshalb mittlerweile extrem intensiv mit der Frage, wie wir mehr Frauen für die Parteiarbeit und die Kandidatur für Ämter und Mandate begeistern können. Es gibt da viele gute Beispiele; aber selbst wir diskutieren mittlerweile über Quoten - man höre und staune.

Den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion, der inhaltlich ausgesprochen mager daherkommt, halten wir jedoch für den falschen Weg. Die SPD hat im vergangenen Jahr sehr vollmundig angekündigt, einen verfassungskonformen Gesetzentwurf für ein schleswig-holsteinisches Paritätsgesetz vorzulegen. Wir haben uns damals gefragt, wie dies gelingen könnte, da unser Grundgesetz aus gutem Grund keine Benachteiligung beziehungsweise Bevorzugung aufgrund des Geschlechts zulässt. Dies wäre in einem solchen Gesetz aber zwangsläufig der Fall, was der Wissenschaftliche Dienst des Landtags sehr deutlich gemacht hat. In Brandenburg hat man sich kürzlich einfach darüber hinweggesetzt, was ich für einen sehr bedenklichen Umgang mit unserer Verfassung halte.

Der SPD-Antrag bleibt ein bisschen nebulös bei der Zielbeschreibung, die man inhaltlich allerdings kritisch sehen kann. Ich hätte zum Beispiel nichts dagegen - ich gebe zu: da schaue ich in die Zukunft -, wenn wir Parlamente mit 60 % oder mehr Frauenanteil hätten. Das würde man dadurch ausschließen.

Meine Damen und Herren, ich frage mich, wie es mit dem dritten Geschlecht laufen soll, wenn die Besetzung tatsächlich paritätisch wäre.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Jetzt wird es aber populistisch!)

Ich spare mir den Hinweis darauf, dass die SPD in ihrem Organisationsstatut eine 40-%-Quote, aber keine Parität vorsieht. Man sollte vielleicht bei sich

selbst anfangen, wenn man da so vollmundig herangeht.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Kai Dolgner?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Sehr gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Kollege Vogt, falls Sie in Ihrem Leben doch noch einmal zur wahren Lehre finden, überreiche ich Ihnen ein aktuelles SPD-Statut. Wir haben eine 50-prozentige Soll-Regelung und eine 40-prozentige Muss-Regelung - und das jetzt schon seit ungefähr fünf Jahren.

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Na ja, eine Soll-Regelung bedeutet: dann, wenn keinerlei Ausnahmen bestehen. Dadurch haben wir grundsätzlich paritätische Listen, wenn genug Frauen dafür da sind, und wir haben nie das Problem gehabt, dass wir zu wenige Frauen gehabt hätten, die für den Landtag kandidieren wollten.

Wie gesagt, kommen Sie zu uns! Dann erkläre ich Ihnen das und Sie lösen auch ein paar andere Ihrer Probleme bezüglich der Parität ganz automatisch.

- Sie wollen nicht wirklich, dass ich zur SPD komme.

(Heiterkeit FDP und SPD - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wir haben ein großes Herz! - Weitere Zurufe SPD: Integration vergibt! Niemanden zurücklassen!)

Herr Kollege, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie noch einmal bestätigt haben, dass Sie in den Statuten keine vorgeschriebene Parität haben, das aber jetzt für alle Wahlgesetze in Deutschland wollen, ohne jedoch einen konkreten Gesetzentwurf vorzulegen - denn Sie wissen, dass das nicht mit der Verfassung vereinbar wäre. Sie haben das noch einmal bestätigt. Vielen Dank, ich nehme das zur Kenntnis.

(Beifall FDP und CDU - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Dann haben Sie nicht richtig zugehört!)

- Doch, Herr Kollege Dolgner, ich habe Ihnen richtig zugehört, nur hat das keinen Sinn gemacht.

**(Christopher Vogt)**

(Beifall und Heiterkeit FDP)

Meine Damen und Herren, der vom Grundgesetz aufgegebenen Auftrag - das sollten wir sehr ernst nehmen - zur Förderung der Gleichberechtigung und Beseitigung der bestehenden Nachteile ist noch immer nicht erfüllt.

Unser Wahlrecht sollte vor allem regeln, „wie“ und nicht „wer“ gewählt wird. Auch wenn es mühsam ist, sollten wir unser Grundgesetz ernst nehmen und das Problem an der Wurzel packen. Wir müssen die Parteilinie deshalb dringend vor allem für Frauen attraktiver machen und stärker auf ihre Bedürfnisse ausrichten. Ich meine da vor allem Veranstaltungskonzepte und blicke vor allem auf die Kommunalpolitik. Da sind viele Ausschusssitzungen und so weiter so angelegt, dass eine junge berufstätige Mutter das kaum hinkriegen kann.

(Zurufe)

- Ja, das muss man wirklich sagen. Entschuldigung: Ich habe erwartet, dass das kommt. Ich war viele Jahre Kreisvorsitzender und gerade unsere jungen weiblichen Mitglieder haben mir gesagt: Was wählt ihr eigentlich für Uhrzeiten für die Sitzungen? Das ist kaum darstellbar, wenn man Familie hat.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Das gilt auch für Männer!)

- Das gilt auch für Männer, nicht nur für Frauen, aber für die eben besonders. Es handelt sich um kein veraltetes, tradiertes Familien- und Gesellschaftsbild, das man mir da andichten will: Ich habe das neulich auch in der „taz“ gelesen. Wir müssen einfach insgesamt für mehr Familienfreundlichkeit und zum Beispiel auch dafür sorgen, dass Nichtakademiker und andere gesellschaftliche Gruppen stärker im Parlament repräsentiert sind. Auch darüber sollte man an diesem Tag sprechen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und SSW)

Lassen Sie uns also über echte Chancengleichheit sprechen - auf dem Fundament unserer Verfassung. Machen wir uns an die Arbeit. Lassen Sie uns diese wichtige Frage weiter ernsthaft diskutieren. Alle Beteiligten sind aufgefordert, ihre Hausaufgaben zu machen. Dann werden wir, glaube ich, einen guten Weg finden, das auf der Basis unserer Verfassung besser auf den Weg zu bringen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

**Claus Schaffer [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Der Antrag der SPD kommt mit dem Wunsch daher, eine Geschlechterparität in allen Parlamenten und Volksvertretungen im Gesetz zu verankern. Dieser Antrag, meine Damen und Herren, ist nichts weniger als das Anlegen der Axt an die Demokratie.

(Widerspruch SPD - Beate Raudies [SPD]: Propaganda! - Weitere Zurufe SPD: Da kennen Sie sich aus, Herr Schaffer! Da kennen Sie sich aus! - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Verfassungsänderung, einfach einmal!)

Der Begriff „Parität“ meint Gleichheit, bedeutet im politischen Sinne die Zuordnung von Mandaten anhand eines festen Schlüssels.

(Zurufe SPD)

- Hören Sie zu, Herr Dr. Stegner, dann werden Sie etwas zum Thema Verfassungsrecht lernen.

(Beifall Dr. Frank Brodehl [AfD] - Lachen SPD)

Sie fordern hier sogar den „gleichen Zugang von Männern und Frauen zu den Wahlmandaten und -ämtern“, faktisch also eine gleich große Aufteilung von Mandaten auf Frauen und Männer.

Wahlen, meine Damen und Herren, sind in unserer Demokratie frei und gleich. Freie Wahlen liegen dann vor, wenn der Souverän - das ist der Staatsbürger -

(Beate Raudies [SPD]: Und die Staatsbürgerin, verdammt nochmal! Das ist hier nicht zu ertragen!)

eine eigene Entscheidung trifft, die in den Wahlergebnissen keinen bestimmten Kriterien entsprechen muss. Eine Wahl, die per Gesetz bestimmten Kriterien - zum Beispiel einer vorgegebenen Geschlechterparität - entsprechen muss, ist keine freie Wahl. Gleiche Wahlen liegen dann vor, wenn aktives und passives Wahlrecht jedem Staatsbürger in gleicher Weise zukommen. Werden Staatsbürger bei einer Wahl per Gesetz in bestimmte geschlechtsspezifische Klassen eingeteilt, ist die Wahl nicht gleich.

Diese dem Grundgesetz zu entnehmende demokratische Ordnung schlägt sich in der Frage nieder, wie innerhalb von demokratischen Parteien die Aufstel-

(Claus Schaffer)

lung von Kandidaten vorgenommen wird. Parteien, die ihre Kandidaten für Mandate in Parlamenten und Volksvertretungen wiederum in geschlechtsspezifische Klassen aufteilen, binden aktives und passives Wahlrecht an die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe. Sie schreiben Wählern und Kandidaten vor, nach welchen Kriterien gewählt wird und bestimmen, ob sie kandidieren dürfen. Das sind keine demokratischen Wahlen. Parteien, die dergestalt verfahren, sind schon im Kern nicht demokratisch.

(Beifall AfD - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haha!)

Nun ist es ja nicht so, dass diese Frage das erste Mal öffentlich diskutiert wird. Tatsächlich liegen gerade auch aus dem letzten Jahr diverse Ausarbeitungen vor, die verfassungsrechtliche Schlaglichter genau auf diese Frage werfen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Nicht auf Satzungsfragen innerhalb der Parteien!)

Der Parlamentarische Beratungsdienst des Brandenburgischen Landtags folgte zu einer vergleichbaren Fragestellung am 18. Januar 2018:

„Die Einführung eines paritätischen Wahlvorschlagsrechts stellt eine an das Geschlecht anknüpfende Ungleichbehandlung dar, die nicht durch das Gleichberechtigungsgebot gerechtfertigt wird und damit verfassungswidrig ist.“

(Wortmeldung Dennys Bornhöft [FDP])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Bornhöft?

**Claus Schaffer [AfD]:**

Nein, an dieser Stelle nicht. - Ich zitiere weiter:

„Insbesondere lässt sich aus dem Demokratieprinzip kein Recht einzelner Bevölkerungsgruppen ableiten, proportional mit Mandatsträgern in der Volksvertretung ‚gespiegelt‘ zu werden, im Gegenteil: Das Parlament hat nicht ein möglichst genaues Spiegelbild der Zusammensetzung der (wahlberechtigten) Bevölkerung zu sein, sondern besteht aus frei gewählten und mit freiem Mandat ausgestatteten Volksvertretern.“

Der Wissenschaftliche Dienst des Berliner Abgeordnetenhauses führt in seiner Stellungnahme vom 27. Juni 2018 Folgendes aus:

„Gesetzlich vorgeschriebene, starre Quotenregelungen für Wahlvorschläge sind ... wegen der Verletzung der Parteifreiheit und der allgemeinen Wahlrechtsgrundsätze der gleichen und freien Wahl mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und daher verfassungswidrig.“

Auch der Wissenschaftliche Dienst des Schleswig-Holsteinen Landtags stellte am 13. November 2018 Folgendes fest: Es sind

„...gesetzliche Quotenregelungen, mittels derer eine geschlechterparitätische Zusammensetzung der Parlamente und kommunalen Vertretungskörperschaften erreicht werden soll, mit dem Grundgesetz und der Landesverfassung nicht vereinbar“.

Verfassungswidrig! - Ich zitiere eine weitere Feststellung, da Sie so gern die Europäische Menschenrechtskonvention zitieren:

„Menschenrechte der EMRK wären hingegen durch Quotenregelungen beeinträchtigt; das gilt namentlich für das Recht auf freie und gleiche Wahlen ..., ferner das Diskriminierungsverbot nach Art. 14 EMRK. Im Ergebnis erwiesen sich diese Beeinträchtigungen ebenfalls als unverhältnismäßig im engeren Sinne und damit konventionswidrig.“

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Der Antrag der SPD ist in allen Teilen verfassungswidrig. Ihre Partei handelt verfassungswidrig und in der Folge dann auch antidemokratisch.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD] - Weitere Zurufe)

Wir von der AfD-Fraktion werden uns mit aller Kraft gegen Ihren neuerlichen Angriff auf unsere freie, friedliche und demokratische Gesellschaft stellen.

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir fordern die demokratischen Parteien in diesem Haus auf, es uns gleichzutun. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Kommen wir einmal zurück zum Thema!

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einhundert Jahre ist es her, dass das Wahlrecht für Frauen in Deutschland verkündet wurde. Frauen hatten damit nicht nur das Recht zu wählen, sondern auch gewählt zu werden. Dieses Jubiläum hat nun unsere Bundesjustizministerin genutzt, um eine Reform des Wahlrechts zu fordern, damit dann in Zukunft gleich viele weibliche und männliche Abgeordnete in den Parlamenten vertreten sind.

Brandenburg ist nun das erste Bundesland, in dem es ab 2020 Parität auf Wahllisten geben soll. Parteien, bei denen das nicht klappt, können nicht zur Wahl antreten. Das haben SPD, LINKE und Grüne durchgesetzt, und die dortige Opposition hat dagegen gestimmt. Sie beruft sich dabei auf verfassungsrechtliche Bedenken. Diese Bedenken - das muss man ehrlich sagen - sind nicht so einfach vom Tisch zu wischen, denn sie werden auch von einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes in Brandenburg gestützt. Dieser hatte Auskunft zu einem vorherigen Gesetzentwurf der Grünen für Geschlechterparität bei Landtagswahlen abgegeben und sah die Wahlrechtsgrundsätze der Freiheit und der Gleichheit der Wahl und das hiermit verbundene Demokratieprinzip verletzt. Außerdem wurde der Eingriff in das den politischen Parteien zustehende Wahlvorschlagsrecht kritisiert. Daher gibt es auch Organisationen, die prompt Verfassungsklagen angemeldet haben.

Wenn ich mir an die eigene Nase fasse, dann kann ich sagen, dass wir das beim SSW in den letzten Jahren ganz gut hinbekommen haben. Die Gleichstellung der Geschlechter gehört gewissermaßen zur Kernidentität unserer Partei. Wir haben fast 3.400 Mitglieder, und die Hälfte davon sind Frauen. Um genau zu sein: Es waren letztes Jahr 50,06 %, und damit haben wir - anders als es die Grünen kürzlich fälschlicherweise behauptet haben - von allen Parteien in der Bundesrepublik den größten Frauenanteil. Darauf sind wir auch mit Recht stolz.

(Beifall SSW und Martin Habersaat [SPD])

Zur letzten Kommunalwahl mussten allerdings auch wir uns eingestehen, dass unsere Spitzenkandidaturen und Listen männlich dominiert waren, was sie in der Vergangenheit nicht immer waren. Seitdem setzen wir uns damit auseinander, wie wir Frauen besser davon überzeugen können, in politische Äm-

ter zu gehen. Ich persönlich bin in diesem Fall ein großer Fan von freiwilligen Selbstverpflichtungen innerhalb von Parteien; denn sehen Sie sich um: Frauen sind in unseren Parlamenten immer noch stark unterrepräsentiert. Sie kennen die Zahlen: Bei uns im Schleswig-Holsteinischen Landtag liegt der Frauenanteil bei 31,5 %, im Bundestag sind es derzeit 30,9 %.

Ins Wahlrecht einzugreifen, bleibt aber ein drastischer Schritt, denn der Staat beeinflusst dann die freie und gleiche Wahl. In allererster Linie sollte es aber an den Parteien selbst liegen, ihre Frauen zu fördern, sie auf die Listen zu setzen und Umstände zu schaffen, die ihnen die politische Partizipation erleichtern.

(Beifall SSW, CDU und FDP)

Denn wenn der Staat hier eingreift - auch mit dem hehren Ziel, die Bevölkerung in den Parlamenten widerzuspiegeln -, müssen wir uns schon darüber unterhalten, wen wir vielleicht außerdem noch berücksichtigen wollen und möglicherweise auch müssen.

(Beifall Werner Kalinka [CDU] - Werner Kalinka [CDU]: Sehr gut!)

Mit einer binären Parität ist der dritte Geschlechtereintrag noch nicht bedacht. Das wurde hier auch schon angemerkt. Auch die Kategorie Alter könnte theoretisch berücksichtigt werden.

(Werner Kalinka [CDU]: Sehr gut! - Weitere Zurufe)

- So viele Jugendliche haben wir hier auch nicht!

(Christopher Vogt [FDP]: Mehr Berufsjuugendliche!)

Je nach Augenmerk fielen uns sicher noch weitere Möglichkeiten ein, jeder ist da sicherlich kreativ genug.

Für das Erfüllen einer Parität in den Parlamenten gibt es ja auch verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten: Ob es nun die Listen sind, die Doppelkandidaturen in den Wahlkreisen oder eine Kombination aus beidem - eine wirkliche Parität ließe sich wohl annähernd nur mit quotierten Wahllisten umsetzen, in denen die Wahlkreiskandidaturen dann auch abgeschafft sind. - Das nur so als Gedankenspiel.

Festzuhalten ist erst einmal, dass wir uns hier alle - bis auf die AfD - einig sind, dass es unser Ziel ist, mehr Frauen in die Parlamente zu bekommen.

(Lars Harms)

(Vereinzelter Beifall CDU - Zurufe Jörg Nobis [AfD] und Claus Schaffer [AfD] - Volker Schnurrbusch [AfD]: Unterstellung!)

Der SPD-Antrag greift eine bundesweite Diskussion auf, in der sich quer durch die Parteien Politikerinnen und Politiker dafür ausgesprochen haben, das Wahlgesetz so zu reformieren, dass mehr Frauen in die Parlamente kommen können, aber er lässt uns eben auch allein mit der Lösung und gibt uns keinen Hinweis, wie wir unser Ziel erreichen. Man weiß ja auch warum: weil das so unheimlich schwer ist. Und vor allem wissen wir auch nicht, wie dieses verfassungsgemäß möglich ist. Ich finde nicht, dass wir immer eine Verfassung ändern müssen, wenn wir irgendein Problem haben, sondern manchmal müssen wir uns auch die Mühe machen, ein Problem so zu lösen, wie es unsere Verfassung entsprechend vorgegeben hat.

(Beifall CDU und FDP)

Vor diesem Hintergrund komme ich zu dem Schluss: Der Antrag ist ein bisschen allgemein gehalten. Insofern ist es ganz gut, wenn wir ihn im Ausschuss noch einmal beraten. Ich finde, wir sollten vor allen Dingen auch die Rechtsprechung zur paritätischen Quotenregelung abwarten und beobachten, was in Brandenburg denn jetzt passiert. Solange, finde ich, sollten wir als Parteien uns darum kümmern, dass Frauen bessere Chancen bei uns auf den Listen bekommen und dann eben im Ausschuss schon jetzt vorab beraten, welche Möglichkeiten es geben kann, damit Frauen bessere Chancen in der Politik haben. Ich finde, das ist immer noch unser gemeinsames Ziel.

(Beifall SSW, CDU, SPD, Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Bevor wir mit den Kurzbeiträgen fortfahren, begrüßen Sie bitte gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags den Vorsitzenden von Haus & Grund, Alexander Blazek. - Herzlich willkommen!

(Beifall - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Landesfrauenrat ist auch vertreten! - Weitere Zurufe)

- Das müsst ihr mir doch mitteilen! - Ich begrüße alle Frauen in tragenden Positionen auf unserer Besuchertribüne. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Serpil Midyatli. - Ihr müsst mir doch die Namen übergeben!

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Das machen wir auch sofort! Liebe Frau Präsidentin, es handelt sich um die stellvertretende Vorsitzende des Landesfrauenrates, Frau Karola Schneider. Liebe Alexandra Ehlers, sei du uns auch sehr herzlich willkommen. Und wir haben noch unsere Landespastorin zu Gast: Sehr geehrte Frau Bruweiler, herzlich willkommen auf der Besuchertribüne!

(Beifall)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu lange warten, und setzen wir auf die Freiwilligkeit. Lieber Herr Harms, es gibt Dutzende von Empowerment-Programmen, Mentoring-Programmen. Die Gleichstellungsbeauftragten haben erst letztes Jahr bei der Kommunalwahl wieder und wieder auf Freiwilligkeit gesetzt. Und wir stellen fest: 100 Jahre nach dem Frauenwahlrecht passiert hier freiwillig gar nichts, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Ministerin, Sie haben uns öffentlich dafür kritisiert, dass Ihnen unser Vorschlag nicht weit genug gehe. Auch andere haben das hier schon thematisiert: Wir wären in der Diskussion schon viel weiter hin zu paritätisch besetzten Parlamenten. -

(Beate Raudies [SPD]: Das haben wir gerade gehört!)

Sind wir das wirklich, frage ich? - Mit Blick in die Reihen der CDU stelle ich fest: 1947 wurde das erste schleswig-holsteinische Parlament gewählt, zwei Frauen waren in der Fraktion, 2019 sind vier Frauen in der CDU-Fraktion. Ist das wirklich das, wo Sie sagen: Wir sind hier schon viel, viel weiter? - Nein!

(Beifall SPD)

Meine Kollegin Aminata Touré hat schon sehr deutlich darauf hingewiesen. Ein Blick zu SPD und Grünen zeigt ja: Es geht ja sogar ganz ohne irgendwelche gesetzlichen Veränderungen, und zwar dadurch, dass man das selbst in der Partei gestaltet.

(Tobias Loose [CDU]: Das liegt ja daran, dass Sie keine Wahlkreise gewinnen!)

Aber wie gesagt: Freiwilligkeit hat hier leider nicht dazu beigetragen.

**(Serpil Midyatli)**

Wir sehen daher Handlungsbedarf. Der Antrag, den wir hier vorgelegt haben, ist tatsächlich ein Vorschlag zu schauen, ob wir in dieser Debatte gemeinsam einen Weg finden. Brandenburg hat es schon vorgelegt, es wurde hier schon öfter genannt, und in Thüringen haben sich die Fraktionsvorsitzenden bereits geeinigt, dass sie dieses Brandenburger Modell auch einbringen werden. Und Berlin macht sich auch gerade auf den Weg.

Ich möchte noch einmal dem Parlament von hier aus sagen: Ich finde, Schleswig-Holstein muss sich in diese Debatte einbringen. Bei uns in Schleswig-Holstein gab es das erste Frauenministerium, die erste Ministerpräsidentin, die erste Landtagspräsidentin. Ich finde, es steht uns sehr gut zu Gesicht, wenn wir hier in Schleswig-Holstein - -

(Zuruf CDU: Und wir stellen die erste Bundeskanzlerin!)

- Die Bundeskanzlerin hat sich sogar auch schon dazu geäußert, dass sie für ein Paritätsgesetz ist. Also, liebe CDU, geben Sie sich einen Ruck, lassen sich uns gute Vorschläge im Ausschuss miteinander diskutieren.

(Beifall SPD)

Wir möchten gern diese Diskussion mitgestalten und auch hier Vorschläge aus Schleswig-Holstein erarbeiten. Wie gesagt, nehmen Sie sich zu Herzen, was Kollege Thomas Rother gesagt hat: Nur Mut, gemeinsam werden wir das mit Sicherheit schaffen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer, wenn man den Satz hört: „Das geht nicht“, und schaut genauer hin, dann heißt die eigentliche Übersetzung in richtiges Deutsch: „Das wollen wir nicht“. Die Erfahrung damit haben wir sehr oft gemacht. Die Kollegin Touré hat zu Recht den Artikel 3 des Grundgesetzes zitiert. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Juristen haben die Aufgabe, uns als dienende Profession Wege zu zeigen, wie man innerhalb dieses Grundgesetzes diesen Grundgesetzartikel so umsetzt, dass wir das Ziel erreichen. Das Ziel steht nämlich in Artikel 3 des Grundgesetzes drin.

Die Behauptung, es gehe nicht und schränke alles Mögliche ein, ist übrigens auch den Sozialdemokraten vorgehalten worden, die für das Frauenwahlrecht eingetreten sind. Daraus kann man einiges lernen. Daraus kann man lernen, dass es manchmal relativ lange Zeit braucht, um andere zu überzeugen, und dass es sich lohnt, sich dafür einzusetzen und das Ergebnis zu erreichen. Das ist der erste Punkt, den ich sagen möchte. Ich glaube, es ist kein juristisches Problem, sondern eines des politischen Willens. Deswegen ist übrigens unser Antrag auch einer, der zunächst einmal das politische Wollen und das Suchen nach einem verfassungsrechtlichen gangbaren Weg, das umzusetzen, in den Vordergrund stellt. Das ist das Ziel. Dafür werben wir hier in diesem Parlament.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Zweite, was ich sagen möchte, ist: Es ist relativ billig, den Blick auf andere zu richten. Betrachtet man das über die Jahre, kann man aber das Ergebnis der Anstrengungen sehen. Schauen Sie sich einmal hier in diesem Haus um. Ich bin seit zwölf Jahren Vorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein. Wir waren diejenigen, die die erste Frau zur Ministerpräsidentin vorgeschlagen haben. Wir waren diejenigen, die den höchsten Frauenanteil aller Landesverbände hatten. Wir waren diejenigen, die dafür gesorgt haben, dass es bei uns Reißverschlusslisten gibt - übrigens nicht, weil alle Männer das freiwillig gut fanden. Wir haben das durchgesetzt, weil wir es richtig fanden. Das Ergebnis sehen Sie hier im Parlament und auch anderswo. Das kann man so machen. Dann braucht man sich nicht zu verstecken.

Es ist schon eine Schande für dieses Parlament, festzustellen - das muss ich ehrlich sagen -, wie gering der Frauenanteil im Parlament nach so vielen Jahren der Bemühungen ist.

Lassen Sie mich etwas Letztes sagen. Von Rechtsextremisten lässt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht vorhalten, wir machten Vorschläge, die nicht verfassungsgemäß seien.

(Beifall SPD - Volker Schnurrbusch [AfD]: Wir sind keine Extremisten!)

Das will ich Ihnen ganz deutlich sagen. Das sage ich nicht nur, weil bei Ihnen nur Kerle sitzen, sondern weil es unverfroren ist. Das, was hier gesagt worden ist, weise ich zurück.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Niemand ist hier Rechtsextremist!)

(Dr. Ralf Stegner)

Ich glaube wirklich, am Internationalen Frauentag ist es gut, wenn wir uns über das Ziel einig sind. Das ist übrigens nicht beliebig vergleichbar mit allen möglichen anderen Quoten. Es ist nicht irgendetwas Mögliches, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind. Der Staat hat die Aufgabe, nicht nur Benachteiligungen zu verhindern - da sind wir uns einig -, sondern aktiv dafür zu sorgen, dass sich das ändert. Wann, verdammt nochmal, soll das denn eigentlich passieren, wenn wir das nicht endlich hinkriegen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Deshalb werbe ich sehr dafür, dass die anderen Parteien zumindest das tun, was hier im Haus für die Sozialdemokraten, die Grünen und weitgehend für den SSW gilt, nämlich dass wir faktisch dafür sorgen, dass in diesem Parlament die Gleichberechtigung von Frauen und Männern erkennbar ist. Dafür haben wir zu sorgen. Das ist unser Job. Deshalb werbe ich für unseren Antrag.

(Beifall SPD, Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

#### **Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Bevor wir mit der Rednerliste fortfahren, begrüßen Sie bitte mit mir gemeinsam auf unserer Besuchertribüne Schüler und Schülerinnen des Johann-Heinrich-Voß-Gymnasiums aus Eutin. - Seid uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

#### **Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Niemand sagt, dass es einfach ist, für Parität zu sorgen. Aber fast alle sagen, dass es nötig ist. Nicht einfach - das wurde mehrfach genannt - ist es deshalb, weil wir Wahlkreise haben. Es geht nicht um die Listen. Ich glaube, das ist relativ einfach. Wir Grüne beweisen seit 30 Jahren, dass es möglich ist, eine paritätisch aufgestellte Liste zu haben, wenn man es will. Es ist mitnichten verfassungswidrig, sondern seit 30 Jahren unangefochten unser Vorgehen.

Schwieriger wird es bei den Wahlkreisen. Aber auch da gibt es mittlerweile verschiedene Vorschläge. Ich finde den Vorschlag, den Frau Sütterlin-Waack gemacht hat, durchaus bedenkenswert, dass es zwei Personen für einen größeren Wahlkreis gibt, und zwar eine Frau und einen Mann. Dann gibt es

pro Wahlkreis zwei Personen, zwei Geschlechter sind vertreten, vielleicht von unterschiedlichen Parteien, vielleicht von derselben Partei. Dann habe ich ein aus meiner Sicht auf den ersten Blick faires Verfahren.

Ob das das richtige Modell ist, oder ein anderes das richtige ist, oder ob man am Ende wie Sie, die FDP, sagt, man komme auf keinen Fall zu einem fairen Verfahren, ist doch das, was wir im Ausschuss beraten wollen. Es kann sein, dass Sie recht haben und nichts geht. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass wir recht haben und es Möglichkeiten gibt. Das ist das Spannende und das Gute an dem Antrag, dass wir ihn in den Ausschuss überweisen und dort eine breite Debatte zu dem Thema haben werden, um voranzukommen.

Zu der Frage: Brauchen wir überhaupt eine gesetzliche Regelung, oder geht das nicht mit der freiwilligen Selbstverpflichtung, wie Lars Harms sagt? Ich bin fest davon überzeugt: Wenn es diese Regelung nicht gibt, gibt es auch in den nächsten 50 bis 100 Jahren weiter so viele Stolpersteine und so viele Mauern, die Frauen zu überwinden haben, dass wir zu einer Parität in den Parlamenten nicht kommen werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich kann das auch aus meiner etwa 15-jährigen Zeit in meiner Partei sagen. Ich bin im Übrigen die einzige weibliche Fraktionsvorsitzende hier im Haus. Ich kann Ihnen sagen: Ich wäre dort meiner Meinung nach nicht hingekommen, wenn es bei uns nicht die Frauenpolitik gäbe, die es gibt, und zwar nicht, weil ich blöder bin als meine männlichen Kollegen, nicht weil ich weniger am Redepult reden kann, nicht weil ich weniger Macht will, sondern weil es ganz viele - wie heißt es? - gläserne Schranken gibt. Es gibt zum Beispiel den Machtkampf um Listenplätze, bei dem man sich fragt: Muss ich mir das antun? Muss ich mir dieses Wichtigtuerische antun? - Es gibt ganz viele Hürden, die genommen werden müssen.

Ich bin meiner Partei und meinen Kolleginnen und Kollegen sehr dankbar, dass wir die Quote haben. Wir sind uns verpflichtet, wir müssen quasi Nachwuchsförderung machen. Wir müssen jede junge Frau ansprechen und ihr sagen: Du kannst es auch!

Ich zitiere zum Schluss Hans-Jörn Arp aus den Videos, die ihr zu diesem Thema gemacht habt. Er hat gesagt: Wenn er einen Mann fragt, ob er einen Posten haben will, antwortet dieser: „Ja, gern“, und hinterher fragt er: „Und was muss ich da machen?“,

**(Eka von Kalben)**

und wenn er eine Frau fragt: „Willst du diesen Posten übernehmen?“, sagt sie: „Das weiß ich nicht; ich glaube, ich kann das nicht“.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Das ist schade!)

Das ist ein ganz großer Unterschied. Das kann man nur ändern, wenn wir uns darauf einigen, dass wir diese Denke nicht mehr wollen, dass wir allen Mut machen, hier paritätisch im Landtag zu sitzen. Deswegen kämpfe ich um eine gesetzliche Regelung, natürlich im Rahmen der Verfassung, und danke euch sehr, dass wir das im Ausschuss ausführlich besprechen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Unterschied, was Freiwilligkeit, Selbstverpflichtung oder gesetzliche Bestimmungen bringen, können wir gerade bei den aktuellen Zahlen bei der Besetzung der Aufsichtsräte und der Vorstände der größten Unternehmen betrachten.

Bei den Aufsichtsräten sind wir jetzt bei 28,4 % Frauenanteil; die gesetzliche Quote liegt bei 30 %. Warum haben wir keine 30 %? - Weil Plätze freigelassen werden müssen. Da hat sich deutlich was getan.

Bei den Vorständen der gleichen Unternehmen, wo es nur eine freiwillige Selbstverpflichtung gibt, sind wir bei 8,5 %.

Zum Thema Wirksamkeit - das spiegelt sich auch hier im Parlament -: Die Parteien, die in ihrer Satzung eine Verpflichtung haben, sind diejenigen, die dafür gesorgt haben, dass der Frauenanteil im Bundestag bei 30 % gelandet ist, jetzt leider mit abnehmender Tendenz. Den Faktor können Sie fast am Wahlergebnis ablesen.

Über die Antwort auf die Frage, welches das wirkungsvolle Mittel ist, gibt es keine zwei Meinungen. Empirisch kann man zu keinem anderen Ergebnis kommen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Zweiten: Warum haben wir keinen festen Vorschlag gemacht? - Weil wir die Bedenken ernst nehmen, und zwar nicht die Bedenken dahin, dass das

verfassungsfeindlich sei. Was verfassungsfeindlich ist, können Sie in § 4 Bundesverfassungsschutzgesetz nachlesen. Da steht nicht: Gleichberechtigung von Männern und Frauen durch paritätische Wahllisten. - Auf jeden Fall habe ich das nicht gesehen. Andere Dinge stehen dort schon. Diejenigen, die das hier behaupten, sollten sich die Bestimmung einmal zu Gemüte führen, bevor sie über andere urteilen.

Die Verfassung ändern zu wollen, ist an sich nicht verfassungsfeindlich, sondern Aufgabe des Gesetzgebers.

(Beifall SPD)

Nur wenn ich in die freiheitlich-demokratische Grundordnung eingreifen will, sieht das anders aus.

Wie wird eine Verfassung geändert? - Durch einen politischen Willen, und zwar einen Willen, der eine Zweidrittelmehrheit braucht, und nicht 50 %. Das war es aber auch.

Wenn man den Willen hat, Parität zu machen, kann man die Verfassung ändern. Hat man den Willen nicht, sagt man: Das geht nicht, weil die Verfassung dagegen steht - die man übrigens ändern kann. Das impliziert das Wort „Gesetzgeber“ - das nur als kleiner Tipp.

Es kann also sein, dass man es nicht will. Man kann sagen: Ich will es nicht, ich setze auf Freiwilligkeit. - Man sollte sich nicht dahinter verstecken, dass man es mit einer Verfassungsänderung nicht machen könnte. Das könnte auch dabei herauskommen. Wenn es in der Ausschussanhörung juristische Bedenken gibt, die aussagen: „Wir brauchen eine Grundgesetzänderung“, würde ich gern sehen, dass diejenigen, die jetzt sagen, wir können es nicht machen, weil es landesgesetzlich allein nicht geht, zumindest einer Initiative zur Änderung des Grundgesetzes zustimmen.

Da wird man seine Karten offenlegen müssen, ob man etwas nicht will oder ob man sich einfach hinter juristischen Argumenten versteckt. Es ist immer schlecht, wenn man die juristischen Grundlagen selber ändern kann. Und um mit Ihnen eine offene Diskussion führen zu können, gehöre ich zu denjenigen, die dafür waren, einen offenen Antrag zu stellen. Ich gehöre zugegebenermaßen zu der Minderheit, die sagt, die Argumente, dass wir für eine Verfassungsänderung brauchen, sind bedenklich. Mich hat Frau Professorin Laskowsky nicht überzeugt, muss ich sagen. Ihre Argumentation überzeugt mich nicht, das gebe ich ganz offen zu. Das ist meine persönliche Meinung.

**(Dr. Kai Dolgner)**

(Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Meine auch!)

Ich würde mich sicherer fühlen, wenn wir hier in Schleswig-Holstein eine Verfassungsänderung auf den Weg bringen würden. Das wäre zumindest ein deutliches Signal. Ich glaube, das sollte im Innen- und Rechtsausschuss als Minimum möglich sein, wenn man es zum Thema Parität wirklich ernst meint.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben und hoffe auf konstruktive Beratungen. Anderen, wie gesagt, empfehle ich noch einmal den Blick in das Bundesverfassungsschutzgesetz. Das ist wahrscheinlich auch aus anderen Gründen notwendig. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zum nächsten Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

**Claus Schaffer [AfD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Stegner, der Begriff „Extremismus“ beinhaltet immer auch ein wenig, sich gegen eine verfassungsmäßige Ordnung zu stellen. Wenn jemand an den Grundzügen - das sind freie und gleiche Wahlen, das sind die Grundsätze unserer Demokratie - Hand anlegt und das so leichtfertig, wie Sie das hier formulieren, muss ich den Extremismus-Vorwurf an dieser Stelle deutlich an Sie zurückgeben. Das muss ich einmal ganz klar sagen.

(Beifall AfD - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Harms, wir haben an keiner Stelle erwähnt, dass wir den Frauenanteil in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen nicht erhöhen wollen. Wir haben nur eine verfassungsrechtliche Betrachtung dieses Antrags vorgenommen. Tatsächlich haben auch wir in der AfD eine Situation, mit der wir nicht ganz glücklich sind. Wir hätten gern mehr Frauen, die sich aktiv an der parteipolitischen Arbeit beteiligen und in der Folge auch Sitze in den Kommunal- und anderen Parlamenten bekleiden; denn wir haben mit den Frauen in der AfD ganz hervorragende Erfahrungen gemacht.

(Lachen SPD - Zurufe AfD)

Frauen bekleiden in der AfD hohe und höchste Ämter,

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und sie machen einen ganz großartigen Job.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ausnahmen gibt es immer!)

Wir haben aber - und das ist der deutliche Unterschied zu anderen Parteien, die in Bund und im Land vertreten sind - in der AfD den Schwerpunkt darauf gelegt, dass unsere Kandidaten und späteren Mandatsträger eine Erwerbsvita und ordentlich Berufserfahrung haben.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Dadurch haben Sie keine Frauen bei sich, weil die nicht arbeiten wollen?)

Das war das, was für uns wichtig ist. - Vielen Dank.

(Beifall AfD - Lachen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe FDP)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch.

(Anhaltende Unruhe)

**Tobias Koch [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über den Weg darüber, wie es gelingt, mehr Frauen in die Parlamente zu bekommen, lässt sich hervorragend diskutieren. Das tun wir intensiv bei uns in der Partei. Das werden wir in den Ausschussberatungen weiter fortführen. Das haben wir auch heute hier getan. Ich muss sagen, dass nicht jeder Wortbeitrag dazu dienlich war, diese Diskussion sachlich und konstruktiv zu führen. Darin waren manche Unterstellungen enthalten. Es gab einige Wortbeiträge, die mir echt zu denken gegeben haben.

Der unbefriedigende Zustand, dass in der CDU-Fraktion in dieser Wahlperiode lediglich vier Frauen vertreten sind, bedeutet noch lange nicht, dass in der CDU irgendeine Diskriminierung von Frauen stattfindet. Unterrepräsentanz ist keine Diskriminierung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist sehr billig, auf diesen alleinigen Fakt abzustellen. Das ist sehr billig argumentiert. In meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender in der Stadt Ahrensburg hatte ich in meiner CDU-Fraktion mehr Frauen als alle anderen Fraktionen zusammen. Das nut-

**(Tobias Koch)**

ze ich auch nicht dazu, anderen vorzuwerfen: Ihr seid frauenfeindlich!

(Serpil Midyatli [SPD]: Das hat doch keiner gesagt! - Beifall CDU)

- Dann sollte man uns das genauso wenig vorwerfen. - Keine Frau wurde davon abgehalten, für die CDU zu kandidieren. Es hat keine finsternen Machenschaften von Männern gegeben, die da die Strippen gezogen haben.

(Birte Pauls [SPD]: Nein!)

- Nein, das gibt es nicht!

(Birte Pauls [SPD]: Nein!)

Das sind basisdemokratische Entscheidungen der Männer und Frauen in der CDU, die so entschieden haben.

(Beifall CDU)

Das sind demokratische Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler, die die Abgeordneten gewählt haben - was Frau Pauls offensichtlich anders sieht.

Herr Dr. Stegner, ich wollte mich mit diesem Beitrag insbesondere an Sie wenden. Sie haben die geringe Anzahl der weiblichen Abgeordneten mancher Fraktionen zum Anlass genommen, frei gewählte Abgeordnete als Schande für das Parlament zu bezeichnen.

(Zurufe SPD)

Diese Fraktionen seien eine Schande für das Parlament, weil es so wenige Frauen in diesen Fraktionen gebe. Bitte stellen Sie das gerne klar.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Koch, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

**Tobias Koch [CDU]:**

Da bitte ich sogar sehr darum.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Koch, das Erfreuliche an diesen Parlamentsitzungen ist, dass das, was man sagt, protokolliert wird, sodass Sie nachlesen können, dass ich in der Tat gesagt habe, ich finde es eine Schande für dieses Parlament, dass es uns nicht gelingt, den politischen Willen, den wir haben, umzusetzen. Ich habe mitnichten die CDU als frauenfeindlich bezeichnet. Ich habe nur gesagt - und das ist allerdings richtig -, dass es aktiver eigener Anstrengungen

bedarf, um das zu ändern. Ich habe zwei Fraktionen und die Gruppe des SSW erwähnt, die offenbar durch aktives Tun dazu beigetragen haben, dem Ziel näherzukommen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Das habe ich in der Tat festgestellt. Das ist Fakt. Dazu hätte ich mich gar nicht äußern müssen.

Sehr verehrter Herr Kollege Koch, es liegt mir fern, überhaupt jemanden zu verletzen, der hier im Parlament sitzt. Repräsentative Demokratie erträgt sogar Dummheit im Parlament, wie wir da drüben sehen können. Das ist gar nicht der Punkt.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, bedenken Sie Ihre Wortwahl.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Es ist eine Frage des politischen Willens und nicht nur der Juristerei, ob es einem gelingt, den Frauenanteil in der eigenen Fraktion zu erhöhen oder nicht. Darauf habe ich hingewiesen, und die Unterschiede kann man hier im Parlament sehen.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Dr. Stegner, wir sind uns insoweit einig, dass es eigene Anstrengungen erfordert.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ja!)

Das tun wir auch. Das sollten wir uns auch nicht absprechen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Dann nehmen Sie das zurück, was Sie vorher gesagt haben!)

- Darf ich jetzt reden, Frau Kollegin? Ich brauche hier nämlich auch nichts zurückzunehmen.

(Zurufe SPD)

Das tun wir auch. Deshalb waren unsere Listenplätze bei der Landtagswahl durchaus quotiert. Auf jedem dritten Platz war bei uns eine Frau gesetzt. Das hat es in der Form bei der CDU noch nicht gegeben. Es war ein echter Fortschritt, dass wir das konsequent durchgesetzt haben.

Wenn aber das Votum der Wählerinnen und Wähler in einer demokratischen Wahl am Ende die Zusammensetzung der Fraktion so ergibt, wie sie sich widerspiegelt, ist das keine Schande für das Parlament.

**(Tobias Koch)**

(Sandra Redmann [SPD]: Das hat er gar nicht gesagt!)

Es war der Wille der Wählerinnen und Wähler, dass die Fraktion so aussieht.

(Beifall CDU)

Das kann man bedauern, aber trotzdem ist dieser Umstand keine Schande für das Parlament. Dass Sie hier jemanden beleidigen wollen, wollte ich Ihnen nicht unterstellen, aber nehmen Sie wahr, dass es so empfunden werden kann, wenn Sie sagen, dieser Umstand sei eine Schande für das Parlament. Das ist ein Sender-Empfänger-Problem an der Stelle.

(Zurufe SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Stegner?

**Tobias Koch [CDU]:**

Ja, auch das noch einmal gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Dann lassen Sie mich in glasklarem Deutsch feststellen, wie ich das vorhin politisch vorgetragen habe: Wenn im Artikel 3 unseres Grundgesetzes steht, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind, der Staat die aktive Aufgabe hat, dafür zu sorgen, dass das geschieht, finde ich es eine Schande, dass es in der Volksvertretung nicht zum Ausdruck kommt. Das ist das, was ich vorhin politisch ausgedrückt habe.

(Zuruf Werner Kalinka [CDU])

- Ich finde diese Formulierung auch mit dieser Präzisierung nach wie vor grenzwertig. Es ist bedauerlich, aber eine Schande ist das Votum der Wählerinnen und Wähler unter keinen Umständen, auch wenn einem das Ergebnis nicht passt.

(Beifall CDU, FDP und AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Aminata Touré?

**Tobias Koch [CDU]:**

Weil ich mich in meinen Ausführungen durchaus auch auf Ihre Rede bezogen habe, Frau Kollegin, sehr gerne.

**Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank dafür. Mir war es durchaus wichtig, an dieser Stelle zu sagen, dass

die Beiträge, die wir geleistet haben, zu keinem Zeitpunkt gesagt haben, dass die CDU frauenfeindlich ist. Wir haben gesagt, dass die Bemühungen bislang noch nicht erfolgreich sind, um dieses Ziel im Parlament zu erreichen, dass 50 % Frauen und 50 % Männer vertreten sind. Es ist mir wichtig, zurückzuweisen, dass wir das in irgendeiner Form behauptet haben. Was ich auch gesagt habe, ist, dass in den letzten Debatten, die ich geführt habe - sei es gestern im Literaturhaus mit vielen Frauen oder bei einer Demonstration heute Nachmittag -, dass viele Frauen einfach davon genervt sind, dass wir dieses Ziel nicht erreichen. Das ist der Punkt, den ich gesagt habe, und dass die Bemühungen nicht überall gleich sind. Ich finde es wichtig, noch einmal klarzustellen, dass wir an keiner Stelle behauptet haben, dass die CDU deshalb frauenfeindlich ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

- Frau Kollegin, ich will versuchen, auch Ihnen den Spiegel vorzuhalten. Es gab Passagen in Ihrer Rede, die sinngemäß lauteten, es gebe genug Frauen, man müsse sie nur fragen, und dann würden sie auch kandidieren. So ähnlich war das in Ihrer Rede formuliert. Was glauben Sie, wie sehr wir uns darum bemühen, dass Frauen kandidieren, wie man als Kreisvorsitzender hinterher ist, wie man Frauen anspricht und fragt, wollt Ihr nicht kandidieren? Wir haben einen freien Wahlkreis, den gewinnen wir wahrscheinlich sogar. Wollt Ihr nicht kandidieren? Wenn die Frauen sagen: „Nein, wir wollen nicht“, dann ist das nichts, was man uns vorwerfen kann. Dann ist das von männlicher Seite in der CDU nicht diskriminierend.

(Beifall CDU)

Ich fand auch, Passagen in Ihrer Rede haben den Eindruck erweckt, als ob es solche Bestrebungen von Männern in der CDU geben würde. Man müsste die Frauen nur fragen, die würden schon kommen. Nein, bedauerlicherweise ist das leider nicht immer der Fall. Danke, dass wir das noch einmal austauschen konnten.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Aminata Touré? - Bitte.

**Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Der Punkt, um den es mir geht, den ich immer wieder deutlich zu machen versu-

**(Vizepräsidentin Annabell Krämer)**

che, ist: Ich glaube gar nicht, dass wir in einer Situation sind, in der wir Frauen fragen müssen, denn viele Frauen sind bereit, das zu tun. Ich habe einfach nur skizziert, wie wir das bei uns in der Partei erleben, wie das bei uns und auch in anderen Parteien funktioniert. Ich finde es hervorragend, wenn Sie das machen, und freue mich für Sie, wenn Sie das tun; aber trotzdem sind die Bemühungen in den einzelnen Parteien allem Anschein nach nicht gleichermaßen stark. Deswegen haben wir dieses Problem angesprochen. Ich versuche einfach, dieses Thema, über das draußen diskutiert wird, hier ins Plenum zu bringen und diese Perspektive mitzubringen. Viele Frauen sagen: Die Bemühungen sind nicht genügend, nicht ausreichend. - Das kann man doch daran ablesen, dass in den meisten Parlamenten nur 30 % Frauen sind. Diesen Punkt habe ich deutlich zu machen versucht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

- Trotzdem wird keine Frau abgewiesen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Im Gegenteil: Jeder Frau stehen alle Türen offen. Wir kennen doch unser Problem. Wir würden doch gerne weiblicher sein. Deswegen freuen wir uns über jede Frau, die sich bei uns bewirbt. Ich verspreche Ihnen: Jede, die das tut, wird mit offenen Armen aufgenommen werden. Ihr werden alle Türen geöffnet werden.

(Vereinzelt Lachen SPD)

Es wird keinen Mann geben, der sagt: Nein, das wollen wir nicht. Das ist gelebte Realität bei uns in der Partei. Jetzt aber zu sagen: „Weil das bei euch vielleicht nicht so gut gelingt, weil sich bei euch vielleicht nicht genügend Frauen melden, greifen wir zu gesetzlichem Zwang“, halte ich für die falsche Antwort.

(Beifall CDU und Claus Schaffer [AfD])

Wir haben in dieser Plenartagung an anderer Stelle gehört, dass BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht die Partei sei, die Verbote in den Vordergrund stellen wolle. Das war überraschend und ein wenig neu für mich.

(Vereinzelte Heiterkeit CDU)

Wir haben aber mitgenommen: Die Grünen sind nicht die Partei der Verbote. - Dann sollten wir aber auch nicht zu gesetzlichen Zwangsmaßnahmen

greifen. Das ist nämlich genau das Gleiche, und das ist der falsche Weg. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt AfD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Werner Kalinka.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin einer der Abgeordneten, die eigentlich gar nicht in diesem Haus sein sollten. Auf Listenplatz 31 gesetzt, war meine einzige Möglichkeit, direkt zu gewinnen.

(Zuruf CDU: Kenne ich!)

Wenn ich mir vor Augen halte, dass mir das bei einer gesetzlichen Regelung nicht möglich wäre, dann - dafür haben Sie vielleicht Verständnis - lehne ich diese ab.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, durch ein Überhangmandat der CDU ist sogar eine Frau - nach meiner Kenntnis - ins Landesparlament gekommen.

(Zuruf SPD)

Aber es muss immer noch so sein, dass der Respekt vor dem Wähler der Maßstab ist und dass die Wähler entscheiden, wer ins Parlament gewählt wird.

Lars Harms hat die Realität im SSW aufgezeigt: 50 % Frauen bei euch, aber im Landtag habt ihr nur ein Drittel Frauen. Warum? Weil Lars Harms und Flemming Meyer zwei tolle Kollegen sind, die tüchtig sind, und deswegen zunächst einmal natürlich nicht gerne freiwillig verzichten. Das ist doch ganz logisch. So ist die Lage.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Ich will einen weiteren Punkt hinzufügen: Ich bin zum ersten Mal 1978 CDU-Kreisvorsitzender geworden, vor 41 Jahren. Wir haben in 41 Jahren bei uns in Plön in der CDU nicht einmal ein Problem mit Frauen gehabt. Wenn wir mehr Frauen haben, ist das herzlich willkommen, und wenn wir nicht so viele haben, muss man das auch respektieren. Diese Wahlfreiheit sollten Sie allen Parteien als Selbstverständlichkeit geben und nicht gar als Zugeständnis.

(Beifall CDU, AfD und Stephan Holowaty [FDP])

Meine Damen und Herren, die Bundesvorsitzenden von CDU und SPD sind Frauen. Wir haben seit 16, 17 Jahren eine Kanzlerin, eine Frau.

(Werner Kalinka)

(Zuruf SPD: Ja, wenn Sie die nicht hätten! - Heiterkeit SPD)

- Ja, die hat euch ganz schön kleingekriegt.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP)

Lassen Sie mich noch einen Gesichtspunkt hinzufügen: Ein Parlament muss das Spiegelbild der Gesellschaft sein.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Auch dazu hat Lars Harms etwas sehr Kluges ausgeführt: Wir müssen alle Altersgruppen der Bevölkerung berücksichtigen.

(Beifall Dennis Bornhöft [FDP])

Wir brauchen uns über mangelnde Akzeptanz gar nicht zu wundern, wenn wir meinen, wir könnten vorweg festlegen, wer in ein Parlament kommt. Dann brauchen wir uns überhaupt nicht wundern, dass Frust bei denen aufkommt, die dann überhaupt gar keine Chance mehr hätten.

(Beate Raudies [SPD]: Ja! - Weitere Zurufe SPD)

Wer es wirklich ernst meint mit der Möglichkeit, jedem die Chance zu geben, in ein Parlament zu kommen,

(Glocke Präsidentin)

seine Meinung zu sagen und sich einzubringen, der muss zumindest Respekt vor den Leuten haben, die kandidieren, und wenn sie gewählt werden, dies auch akzeptieren, und Respekt vor den Wählern in dieser Frage haben. Anders geht das überhaupt nicht.

(Beifall CDU, vereinzelt FDP, AfD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Kathrin Wagner-Bockey.

**Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde, man muss jetzt schon fast ein bisschen aufpassen, dass das Ganze, was hier passiert, nicht einen Slapstick-Charakter bekommt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage ganz deutlich, dass ich lange Zeit meines Lebens eigentlich gar keine Quotenfreundin war - in Anführungsstrichen.

(Werner Kalinka [CDU]: Und dann gingen Sie zur SPD! - Vereinzelte Heiterkeit CDU und AfD)

Als ich bei der Polizei begann, 1988, waren wir in meiner Lehrgruppe vier Frauen und 21 Männer. Ehrlich gesagt: Es hat mich nicht gestört. Aber fast 30 Jahre bei der Polizei haben mir gezeigt, welche positive Veränderungen es bringt, wenn sich irgendwann das Verhältnis von Männern und Frauen in der Anzahl der diensttuenden Kolleginnen und Kollegen angleicht. Heute ist das der Fall.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lieber Herr Koch, Sie haben recht, dass Unterrepräsentanz keine Diskriminierung ist. Ich habe mich hier jetzt noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich finde, dass diese Debatte eines ganz deutlich gezeigt hat: Die Frage der Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten und in der Gesellschaft insgesamt, ihre Sichtbarkeit, ist eine Frage von Haltung und nicht von Recht. Ich habe aus Ihren Reihen gehört, man dürfe die Verfassung nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, man habe große Zweifel, dass dieses Ziel überhaupt erreichbar sei. - Herr Loose hat das Plenum ja leider schon verlassen.

(Zuruf CDU)

Ich hätte ihm an dieser Stelle gerne versichert, dass man auch als Frau einen Wahlkreis direkt gewinnen kann. Das ist also keine Frage von Listenrepräsentanz.

(Lukas Kilian [CDU]: Und wer war seine Gegenkandidatin? Eine Frau!)

Ich finde, die Art und Weise, in der die Debatte hier geführt wird, macht eines deutlich: Die Frage, die die CDU ganz offensichtlich mit der Frauenfrage verbindet, zeigt sich an dem Verhalten von Herrn Lehnert, wenn Frau Touré spricht, meine Damen und Herren.

(Zurufe CDU: Was?)

Wenn man sich demonstrativ bei dem Redebeitrag von Frau Touré umdreht und erst dann wieder das Parlament anguckt, wenn Herr Vogt ans Rednerpult tritt,

(Peter Lehnert [CDU]: Also, jetzt aber! - Weitere Zurufe CDU)

**(Kathrin Wagner-Bockey)**

und wenn das zweimal passiert, nämlich auch, als Frau Touré sich noch einmal zu Wort gemeldet hat, dann spricht das Bände.

(Zurufe CDU)

Das zeigt vielleicht auch, worin Ihr wahres Problem an dieser Stelle liegt. - Herzlichen Dank.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist ganz unverschämt! Das ist diskriminierend, was Sie machen! - Zuruf CDU: Da sieht man, wozu eine Quote führt! - Martin Habersaat [SPD]: Das war der Zwischenruf, auf den wir gewartet haben!)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Ich möchte, dass jetzt derjenige spricht, der den nächsten Kurzbeitrag hält, beziehungsweise diejenige, die den nächsten Kurzbeitrag hält. Das ist die Abgeordnete Marlies Fritzen.

(Werner Kalinka [CDU]: Selbst im Parlament wird man beurteilt, ob man nach vorne guckt oder nach hinten! Peinlich! Gucken Sie mal in Ihren eigenen Reihen, wie die gucken!)

- Herr Kalinka, bitte!

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil ich glaube, dass es nicht darum geht, dass wir uns gegenseitig fragen oder zuschreiben, wer persönlich frauenfeindlich ist. Ich glaube, wir sollten uns darüber unterhalten, dass es eine strukturelle Frauenfeindlichkeit gibt.

Der Kollege Christopher Vogt hat vorhin den Hinweis gegeben, dass man auch einmal die Frage stellen muss: Wann beginnen Sitzungen? Wie lange dauern Sitzungen? Wie werden Sitzungen geführt? Ich möchte einmal sagen: Das ist etwas, was ich kenne; das wird auch mir gesagt. Das ist nichts, was nur in den Reihen der Liberalen oder in anderen Parteien auftaucht. Das kenne ich auch aus meiner Partei. Das ist für mich ein Hinweis, dass man an diesen Punkten ansetzen muss. Die Frage wäre ja zum Beispiel, warum die Frau zu Hause bleibt, weil die Sitzungszeit nicht passt, und nicht der Mann, der sagt: Du kannst in die Sitzung gehen, ich mache dann die Familienarbeit. Das ist eine strukturelle Frage.

Jetzt komme ich zur Quote.

(Zurufe AfD - Unruhe)

- Vielleicht lassen Sie mich das einmal sagen, und vielleicht hören Sie zu. Vielleicht lernen Sie noch etwas, ich weiß es nicht, aber ich würde gern meinen Gedanken ausführen, ohne dass Sie von Ihrer Seite immer dazwischen quatschen.

Also: Für mich ist das ein strukturelles Problem, und ein strukturelles Problem kann man nicht lösen, wenn man nicht auch die Strukturen und die Regeln drum herum für alle verbindlich löst.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Deshalb diese Hinweise zur Quote. Wir sind ja nicht die besseren Menschen, wir haben auch nicht die besseren Männer, die sich in die zweite Reihe stellen. Die Quote ist bei den Grünen basisdemokratisch als eine Selbstverpflichtung beschlossen worden. Ich teile das, was der Kollege Dolgner in Bezug auf die Verfassung gesagt hat. Da habe ich auch Schwierigkeiten, Frau Laskowski zu folgen. Das kann ich durchaus unterstützen. Eine verpflichtende Regelung aber, die für alle verpflichtend und verbindlich ist, die führt dazu, dass man nicht jeden Abend aufs Neue diskutieren muss: Gehst du? Oder bringst du die Kinder ins Bett? Sie führt dazu, dass man von vornherein diese Dinge in der Struktur der Aufgabenteilung mitdenkt.

Deswegen, so glaube ich, fordern das im Übrigen nicht nur Frauen der Grünen, sondern viele Frauen in Aufsichtsräten. Das ist angesprochen worden. Ohne eine Quotierung, ohne eine Regelung passiert das nicht. Das ist doch der Punkt, über den wir uns unterhalten müssen. Da ist es mir völlig egal, wer wie im Kopf tickt, sondern die Frage ist: Wenn wir uns dazu entschließen können, eine verbindliche Regelung zu schaffen, die dann automatisch dazu führt, dass man Frauen erstens mehr anspricht und möglicherweise mehr ermutigt, die aber auch zweitens dazu führt, dass Männer in die zweite Reihe treten müssen, weil man ein Reißverschlussystem hat, dann führt das zu dem Ergebnis, dass man zu einem Anteil von 50 % kommen kann. Individuelle Gedanken zu dem einen oder anderen Punkt führen nicht dazu. Deshalb glaube ich, es lohnt sich sehr wohl, darüber nachzudenken, wie man zu einer solchen Verpflichtung kommen kann, und es ist keine Entmündigung der Wähler, sondern das ist eine demokratische Entscheidung. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Ich glaube, wir kommen langsam zum Ende der Rednerliste. Ich habe jetzt nur noch Lars Harms als Redner auf der Liste. Der Abgeordnete Lars Harms hat das Wort zum vorerst letzten Kurzbeitrag.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil der Kollege Dolgner gesagt hat: Klar, man kann politisch eine Verfassung ändern, wenn man das politisch will. Das ist richtig. Allerdings muss ich sagen: Wir müssten dann den Artikel 38 Grundgesetz, freie, geheime und gleiche Wahl, ändern, und dieser gehört zu den Grundfesten unserer Demokratie. Das ist ein Artikel, den man sich errungen hat.

(Beifall CDU, FDP und AfD)

Meine Damen und Herren, ich finde: Ganz ehrlich, wir sollten uns schwer tun, diesen zu ändern. Wir sollten uns schwer tun, einfach aus dem Grund, weil dieser Artikel so schwer errungen ist. Vor dem Hintergrund glaube ich, dass es in Ordnung ist, wenn alle sagen: Mensch, wir sind da sehr vorsichtig.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Lars Harms [SSW]:**

Sehr gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Herr Kollege Harms, ich glaube, wir sind uns einig, dass man immer sehr vorsichtig sein muss, bevor man die Verfassung ändert. Das habe ich Ihnen ja auch zu Ihren jüngsten Verfassungsänderungsvorschlägen gesagt. Mir ist aber kein Gutachten bekannt, das besagen würde, dass eine Änderung des Artikels 38 Grundgesetz gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstoßen würde, also quasi verfassungswidriges Verfassungsrecht wäre. Diese Änderung wäre auch nach meiner Auffassung notwendig, weshalb ich in meinem Redebeitrag auch auf die gemeinsame Bundratsinitiative als ein mögliches Ergebnis abgehoben habe.

Stimmen Sie mir also zu, dass man das natürlich mit Vorsicht machen muss, aber wir sind ja auch gar nicht in der Lage, das Grundgesetz allein zu ändern, dass es aber mitnichten

verfassungswidriges Verfassungsrecht wäre, wenn man das tun würde, und dass man mitnichten gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung verstoßen würde. Das war meine These. Meine These war nicht, dass man das leichtfertig machen sollte.

- Das kann ich Ihnen relativ einfach beantworten. Es gibt ja den Artikel 79, die sogenannte Ewigkeitsklausel.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Darin steht, welche Artikel man auf gar keinen Fall ändern kann. Der Artikel 38 zählt nicht zu den dort genannten Artikeln, also ist es in der Theorie möglich, diesen Artikel zu ändern. Das wäre auch nicht verfassungswidrig, wie es die AfD behauptet. Das ist richtig, was Sie sagen, und dass Sie dafür eintreten und in Kauf nehmen würden, diesen Artikel zu ändern, ist also - ich will nicht sagen - schadlos, aber das ist nichts, was man Ihnen vorwerfen kann. Ich plädiere nur immer dafür, dann, wenn man solche wichtigen Artikel, die nach meiner Auffassung zu den Grundfesten der Demokratie gehören, ändert, genau zu überlegen, wann man sie ändert, zu welchem Zeitpunkt man sie ändern und auf welcher Basis man sie ändert.

Der einzige Grund ist, dass ich sage: Die Bedenken derjenigen, die diese Bedenken haben, kann ich nicht einfach so vom Tisch wischen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Ja. Dass ihr ein grenzenloses Vertrauen darin habt, dass die Landesregierung das beantragt und schon die Regeln finden wird, ehrt euch.

(Weitere Zurufe Serpil Midyatli [SPD])

Darum geht es mir jetzt nicht. Mir geht es darum, dass dies eine ernsthafte Debatte darüber ist, ob man einen Verfassungsartikel einfach so für eine politische Beschlussfassung oder nicht ändert. Dass man diejenigen, die sagen, das ist ein schwerwiegender Eingriff, den sollten wir uns genau überlegen, wir haben hiergegen Bedenken, ernst nimmt und nicht als Frauenfeinde betitelt, darum geht es mir.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das macht doch gar keiner!)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Frau Midyatli, Sie können gern eine Zwischenfrage stellen. Ansonsten antwortet Herr Harms, wenn er es zulässt, noch einmal auf eine Nachfrage von Herrn Dr. Dolgner.

**Lars Harms [SSW]:**

Sehr gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Werter Kollege Harms, Sie haben ausgeführt, dass Sie sich wegen meines Dreiminutenbeitrags noch einmal zu Wort gemeldet haben. Jetzt haben Sie mich aber irritiert. Ich glaube, ich habe die rechtlichen Bedenken, die auch über die meiner Fraktion hinausgehen, ziemlich deutlich gemacht. Ich habe zu keinem Zeitpunkt gesagt, dass das frauenfeindlich wäre. Ich habe gesagt, das ist eine Frage des politischen Willens, den man haben kann oder nicht. Ehrlich gesagt, ich kann das mit Ihrem letzten Satz überhaupt nicht übereinbringen.

Natürlich, wir haben das Wahlrecht in Schleswig-Holstein schon gemeinsam per Verfassungsänderung geändert. Sie rekurren ja auf meinen Beitrag. Ich weiß nicht, wie Sie den Eindruck gewinnen konnten, dass ich unvorsichtigerweise Hand an Verfassungsrecht legen würde. Können Sie mir erzählen, wie Sie diesen Eindruck von meiner Ausschussarbeit gewonnen haben? Ich bin irritiert.

- Lieber Kollege Dolgner, Sie müssen nicht irritiert sein. Ich habe am Anfang auf Ihre Anfrage geantwortet, und ich glaube, da waren wir uns noch einig, dass man den Artikel ändern kann, wenn man das will. Danach kam der Zwischenruf der Kollegin Midyatli, die sinngemäß sagte, dass man das dann auch tun sollte, und nichts anderes wolle man.

(Serpil Midyatli [SPD]: Nein!)

Darauf hatte ich geantwortet, dass es mir darum geht, dass man auch diejenigen Stimmen ernst nimmt, die die Verfassung möglicherweise nicht ändern wollen beziehungsweise Bedenken haben, diesen Artikel zu ändern. Um mehr geht es mir dabei gar nicht. Das ist gar kein Vorwurf gegen die Sozialdemokratie oder gegen irgendjemanden hier. Es geht einfach um das Ernstnehmen der jeweiligen Argumente von beiden Seiten und um die Anerkennung des Willens aller hier, etwas Neues für die Frauen zu schaffen, um Bewegung in die Debatte zu bekommen. Darum ging es mir.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, die Uhr ist zwar weitergelaufen, aber ich möchte noch zwei Punkte, die ich eigentlich sagen wollte, auch sagen dürfen: Nehmen wir als Beispiel den Vorschlag der Kolle-

gin von Kalben, der lautete: Wir machen zwei Listen, eine für Frauen, eine für Männer, und ich darf mir als Wähler eine Frau und einen Mann aussuchen. Was mache ich aber als Wähler, wenn ich sage: Da sind aber zwei geeignete Frauen, die finde ich viel besser als die ganze Truppe der Männer, die auf der Liste stehen? Dann werde ich in meinem Wahlrecht eingeschränkt.

(Beifall Lukas Kilian [CDU])

Das ist genau das Problem, das wir haben. Ich möchte auch zwei Frauen wählen können, und ich möchte Männer auch abwählen dürfen, und das kann ich dann nicht, und das ist ein Eingriff in mein Wahlrecht, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Möglichkeit, wie wir unserem Ziel trotzdem näher kommen können.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten von Kalben?

**Lars Harms [SSW]:**

Wenn die 23 Sekunden bleiben, dann ja.

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Keine Kritik jetzt mehr bitte.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Harms, sind wir uns einig, dass Sie beim derzeitigen Wahlrecht eine Erststimme haben und damit eine Person wählen können? Das heißt, wenn Sie auf der Liste der Personen, die Ihnen zur Auswahl stehen, mehrere Menschen gut finden, dann können Sie trotzdem nur eine Person wählen. Ist das richtig?

**Lars Harms [SSW]:**

Das ist richtig.

- So ähnlich ist das System gedacht, das ich vorgeschlagen habe, nämlich dass man auf jeder Liste, auf der Männerliste und auf der Frauenliste, jeweils nur eine Stimme hat, weil wir ja leider nicht unendlich viele Stimmen vergeben können.

- Ich will Ihnen gern antworten: In dem Moment habe ich zwei Stimmen zur Verfügung und werde gezwungen, eine Stimme einem Mann und eine Stimme einer Frau zu geben, obwohl ich davon überzeugt bin, dass die zwei Stimmen, die man mir gegeben hat, eigentlich eher bei zwei Frauen ange-

**(Lars Harms)**

bracht wären, und das ist ein Eingriff in mein Wahlrecht. Das ist das Problem. Das hat man auch in Brandenburg schon festgestellt, und das ist dort auch so vom Wissenschaftlichen Dienst gesagt worden. Trotzdem hat man ein Gesetz gemacht, das sich nicht an unsere Verfassung hält.

(Beifall CDU, AfD und vereinzelt FDP)

Das finde ich falsch. Wir hätten viel bessere Möglichkeiten. Wir könnten ganz einfach die Wahlkreise abschaffen und ein reines Listenwahlrecht schaffen. Dann hätte man mehr Möglichkeiten.

(Zuruf CDU)

Das könnte man dadurch schaffen, dass die Parteien einfach nur sagen: Wir machen das Reißverschluss-system in eigener Organisationshoheit.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Dann würden wir ganz nah an 50 % herankommen. Das könnten wir ohne Verfassungsänderung machen, wir bräuchten einfach nur das Wahlrecht so zu machen. Es ist natürlich die Frage, ob andere Parteien das wollen. Das ist eine andere Frage.

Aber es wäre jetzt schon möglich. Auch das ist ein Weg, um mehr Frauen in das Parlament zu bekommen, ohne lange an der Verfassung herumdoktern zu müssen. Für so etwas würde ich eher werben. Wir sollten im Ausschuss darüber beraten, ob nicht auch das ein Weg sein kann, um eine Parité von Männern und Frauen in diesem Parlament hinzubekommen. Das war jetzt die Antwort. - Haben Sie noch eine Frage?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wollte nur noch eine Anmerkung machen!)

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Anmerkung der Abgeordneten von Kalben?

**Eka von Kalben** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich freue mich, wenn auch dieser Vorschlag im Ausschuss eine Rolle spielt. Wie Sie sich vorstellen können, haben die Grünen auch für diesen Vorschlag durchaus Sympathie. - Danke.

**Lars Harms** [SSW]:

Das ist ja wunderbar. - Es gibt noch eine Zwischenfrage, wunderbar!

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Es ist hier heute ein bisschen sperrig. Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten Touré?

**Lars Harms** [SSW]:

Sehr gerne.

**Aminata Touré** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mir war es wichtig, mich noch einmal zu Wort zu melden, weil es im Laufe der Debatte oft passiert ist, dass die verschiedenen Modelle, die vorgeschlagen werden, durcheinandergeworfen wurden, und es besteht die Gefahr, dass man dann alles in einen Topf wirft und sagt, das ist das Ergebnis, aber das finden wir schlecht.

Zu den drei Optionen, die vorgeschlagen werden - das möchte ich an dieser Stelle noch einmal sagen -, gehört zum Beispiel das, was wir in Brandenburg haben, nämlich dass man sich auf eine quotierte Liste einigt. Dann kann man beispielsweise für die Wahlkreise verpflichtend vorgeben, dass eine Frau und ein Mann gewählt werden müssen.

Die dritte Option, die Frau Sütterlin-Waack in die Diskussion eingebracht hat, ist, dass der Wähler oder die Wählerin selbst entscheiden, ob sie eine Frau oder einen Mann wählen möchten. Das heißt, es gibt diese unterschiedlichen Optionen, die man diskutieren sollte. Ich halte es auch für sinnvoll, all diese Optionen im Ausschuss zu diskutieren und die Dinge nicht zusammenzuwerfen und dann zu sagen, das funktioniert nicht. Es war mir wichtig, das an dieser Stelle noch einmal zu sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

- Darauf würde ich gerne antworten. Auf das Modell mit den quotierten Listen bin ich schon eingegangen. Ich habe in meinem ersten Redebeitrag schon gesagt, dass ich ein Freund des Reißverschluss-systems bin. Ich muss allerdings eingestehen, dass meine Partei, obwohl unser Frauenanteil 50 % beträgt, bisher immer dagegen votiert hat. Das mag sich ändern. Aber das habe ich als Abgeordneter zu akzeptieren. Insofern ist das meine Privatmeinung.

Was die Frage angeht, dass man eine Frau oder einen Mann einfach wählen kann, so haben wir das in den Wahlkreisen ja jetzt schon.

(Lars Harms)

(Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christopher Vogt [FDP]: Nein, innerhalb einer Partei!)

- Aber dann haben wir wieder das gleiche Problem, auf das ich eben schon bei Frau von Kalben eingegangen bin, dass es nicht verfassungsgemäß wäre und man die Verfassung ändern müsste. Das kann man wollen. Auch dafür habe ich Verständnis und Respekt, und das ist auch in Ordnung. Nur muss man sich darüber Gedanken machen. Ich fände es besser, das Wahlrecht zu ändern und es über das Listenwahlrecht zu machen. Gleichzeitig sollten die Parteien aufgefordert werden, freiwillig eine Diskussion darüber zu führen und dafür zu sorgen, dass Frauen über das Reißverschlussverfahren in die Listen kommen. Dann hätte man natürlich viel größere Chancen, tatsächlich eine Parité zu erreichen. Das wäre mein Modell. Aber auch das ist nur ein Modell von vielen.

Mir geht es darum, dass alle demokratischen Parteien hier im Parlament zum Ausdruck bringen, dass man gewillt ist, etwas zu machen, was Frauen bessere Möglichkeiten verschafft, um in die Parlamente zu kommen, und zwar nicht nur bei uns, sondern auch in allen anderen. So habe ich die Reden aller Vorredner bisher verstanden. Ich finde, es ist schon ein Wert an sich, dass wir bereit sind, im Ausschuss darüber zu reden. Das ist nach meiner Auffassung die wichtigste Erkenntnis, die wir heute haben sollten. - Ich schenke Ihnen jetzt die restlichen 22 Sekunden. - Vielen Dank.

(Beifall Lukas Kilian [CDU])

**Vizepräsidentin Annabell Krämer:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lukas Kilian.

**Lukas Kilian [CDU]:**

Sehr geehrtes Landtagspräsidententeam! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich muss ehrlich sagen, ich finde solche Debatten im Landtag eigentlich immer ganz gut. Die Debatten, bei denen man sich am meisten aufregt, bleiben am meisten hängen. Solche Debatten sind deutlich besser als die, bei denen alle Parteien im Landtag mehr oder weniger das Gleiche erzählen und sagen, wir sind für ein Verbot, oder wir sind dafür, dass das und das geändert wird, oder, oder. Das wird auch für einen Parlamentsneuling relativ schnell langweilig. So ist die Debatte lebhaft; in jeder Richtung fühlt sich der eine oder andere mal auf den Fuß getreten. Das ist eigentlich immer ganz gut; denn es zeigt, dass wir ein erns-

thaftes Thema diskutieren und ernsthaft auf allen Seiten nach eigenen Wegen für Lösungen suchen.

Schauen wir uns einmal die Debatte im Speziellen an. Von der SPD-Fraktion und von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben wir gehört, dass bei ihnen, was ihre Parteien und Wahllisten angeht, eine gleichberechtigte Besetzung stattfindet. Das ist also das Angebot dieser Parteien, das die Wähler bei der Wahl bekommen, ein Produkt, Partei SPD, Partei Grüne, mit einer Zusammensetzung 50 zu 50.

Jetzt sitzen andere Parteien im Landtag, deren Angebotspalette anders aussieht. Sie schmeckt eher männlich. Da kann man sich fragen: Warum wählt der Wähler die? Wenn Sie das alles so gut hinkriegen, dann können wir natürlich darüber diskutieren und sagen, bei Ihnen läuft das alles top, jetzt müssen wir eine gesetzliche Verpflichtung für die anderen Parteien einführen, bei denen wir meinen, dass es nicht so gut läuft. Das ist Ihre Ansicht.

Unsere Ansicht ist: Wir müssen es innerparteilich hinbekommen, Leute zu begeistern, dass sie freiwillig und selbstbestimmt sagen: Wir wollen hier kandidieren. Das ist unser Angebot. Am Ende muss der Wähler entscheiden. Am Ende straft der Wähler möglicherweise eine Partei ab, weil er sagt, es sind mir zu wenig Frauen auf der Liste, oder aber der Wähler einer Partei sagt, ich finde die Zusammensetzung ganz passend.

Schauen wir uns den Ursprung dieser Debatte an: Ursprung dieser Debatte ist nicht das Parité-Gesetz in Brandenburg, sondern Ursprung ist der Vorschlag einer CDU-Ministerin aus diesem Bundesland. Auch daran erkennt man, dass es innerhalb der einzelnen Parteien und Fraktionen eine lebhaftere Diskussion darüber gibt: Wie können wir besser, wie können wir weiblicher werden, möglicherweise ohne gesetzlichen Zwang? Welche Mittel müssen wir einsetzen?

Ich glaube, es haben wirklich alle hier vertretenen demokratischen Parteien in ihren Statements klargemacht - Lars Harms hat es eben auch noch einmal gesagt -: Alle arbeiten daran. Wir streiten eigentlich nur über den Weg. Ich persönlich halte einen gesetzlichen Zwang aus den genannten Gründen für schwierig. Ich glaube, man sollte dem Wähler ein Angebot machen. Im Zweifel wählt er halt etwas anderes, wenn er die Zusammensetzung nicht so gut findet.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Lukas Kilian)

- Wenn er das für so entscheidend hält, dann kann er das tun. - Ich lasse die Zwischenfrage zu.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Sie sind ja ein kluger Abgeordneter und wissen, dass Sie sonst von mir abgewürgt worden wären. Also, Sie gestatten eine Zwischenfrage der Kollegin von Kalben?

**Lukas Kilian [CDU]:**

Ich danke Ihnen zunächst für den „klugen Abgeordneten“, und dann gestatte ich die Frage.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Bitte schön, Frau Kollegin von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Ich möchte nur darauf hinweisen - ich gehe einmal davon aus, dass Sie das teilen -, dass Menschen aus ganz vielen verschiedenen Gründen ihre Wahl treffen. Da gehören neben der Parité und neben der Gendgerechtigkeit in diesem Haus natürlich auch andere inhaltliche Fragen dazu. Die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger auf eine Frage zu reduzieren, finde ich ein bisschen merkwürdig.

**Lukas Kilian [CDU]:**

Liebe Frau von Kalben, mit der Erststimme wählt man meines Erachtens Personen. Erstens.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens ist es ja an Ihnen. Sie sagen, es könnte sein, dass man eine Wahlentscheidung nicht nur wegen dieses Themas trifft. Wenn die Wahlentscheidung nur deshalb getroffen würde, weil man sagt, die Zusammensetzung der Liste bei der SPD oder bei den Grünen ist 50 zu 50, und das Frauenthema ist mir wichtig, dann würden wahrscheinlich alle Sitze von da bis da mit SPD und Grünen besetzt sein. Offensichtlich scheinen Sie Inhalte zu vertreten, die von einer Mehrheit der Bevölkerung nicht für so toll gehalten werden; denn sonst wären Sie stärker im Landtag vertreten. Das heißt, es geht immer um die Zusammensetzung, und der Wähler ist doch berechtigt, in seiner Wahlentscheidung abzuschichten: Welches Thema halte ich für wichtig? Halte ich das Thema Parité für einzig und allein ausschlaggebend, oder gibt es andere Themen, die ich für wichtig halte? Am Ende des Prozesses trifft der Wähler eine selbstbestimmte, abgewogene Entscheidung.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage der Abgeordneten von Kalben?

**Lukas Kilian [CDU]:**

Ja.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kilian, wenn ich Ihre Argumentation teilen würde, würde das bedeuten, dass ich mich, wenn ich die CDU wähle, bewusst dafür entscheide, dass es keine Parité im Landtag gibt, und dass ich, wenn ich mich bei der Direktkandidatur für einen Mann entscheide, ihn deshalb wähle, weil er ein Mann ist und nicht eine Frau, und das tue ich als Wählerin nicht, sondern auch bei der Direktkandidatur schaue ich, mit welchen Werten eine Person antritt, völlig egal, ob Mann oder Frau, und ich entscheide dann bei meiner Wahl, ob ich diese Person wähle. Ich wähle sie nicht ausschließlich nach dem Geschlecht.

- Vielen Dank, Frau von Kalben, dass Sie mir Gelegenheit geben, das Missverständnis bei Ihnen noch einmal aufzuklären. Ich habe gerade sehr deutlich gesagt, dass ein Wähler seiner Entscheidung jeden Grund zugrunde legen darf. Im Zweifel darf ein Wähler die Frage, welche Partei er wählt, einfach nur danach entscheiden, welche Farbe ihm am besten gefällt. Ein Wähler muss keine Rechenschaft darüber ablegen, warum er wen wählt.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn es Wähler gibt, die sagen, ich wähle eine Partei nicht, weil ich finde, dass Parteien mit quotierten Listen, 50 zu 50, antreten sollten, dann ist es das gute Recht eines Wählers, eine derartige Entscheidung zu treffen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Selbstverständlich!)

Ich glaube, dass eine Vielzahl der Wähler in Schleswig-Holstein das nicht zum alleinigen Entscheidungskriterium macht.

Aber ich glaube, dass Wähler dies auch in ihre Entscheidung mit einfließen lassen. Deswegen hat unsere Partei, die CDU, ja gerade eine Klausurtagung zu der Frage durchgeführt, wie wir mehr Frauen in Parlamente bekommen können. Schauen Sie sich einmal unsere Abgeordneten an: Die haben fast alle zuvor Kommunalpolitik gemacht - bis auf ganz wenige Ausnahmen. Fast alle Mitglieder unserer Fraktion saßen zuvor in einer Gemeindevertretung oder

**(Lukas Kilian)**

im Kreistag. Genau da müssen wir bereits ansetzen; da müssen wir Menschen begeistern. Denn innerhalb unserer Partei ist dies nun einmal der Weg nach oben. Und daran arbeiten wir.

(Zurufe und Unruhe)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Jetzt gibt es den Bedarf der Kollegin Touré, Ihnen eine Frage zu stellen beziehungsweise eine Zwischenbemerkung zu machen. Gestatten Sie dies?

**Lukas Kilian [CDU]:**

Ja, natürlich.

**Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kilian, Sie haben in bestimmten Punkten ja absolut recht.

- Danke.

Es ist völlig richtig, dass es der Wählerin oder dem Wähler zusteht, selbst zu entscheiden, wen er beziehungsweise sie wählt. Natürlich gibt es auch Wähler und Wählerinnen, die sich dafür entscheiden: Okay, ich wähle explizit die CDU, weil ich es gut finde, dass die so aufgestellt sind, wie sie sind. - Da haben Sie völlig recht.

Aber Sie haben vergessen, einen Punkt mitzudenken, und das ist die Tatsache, dass manche Menschen nicht zur Wahl gehen, weil sie das Gefühl haben, dass diejenigen, die bei dieser Wahl kandidieren, nicht die Gesellschaft repräsentieren. Wie stehen Sie zu diesem Punkt? Wie beurteilen Sie es, dass Menschen sagen: „Ich gehe gar nicht erst wählen“? Es geht also um die große Zahl der Nichtwählerinnen und Nichtwähler, die beispielsweise sagen: Eine Reihe von gesellschaftlichen Gruppen sind in Parlamenten sowieso nicht vertreten, und deshalb gehe ich gar nicht erst wählen.

- Ich glaube, das Problem, dass manche Leute nicht wählen gehen, können wir durch eine Wahlrechtsänderung kaum in den Griff bekommen. Ich persönlich bin beispielsweise davon überzeugt, dass es sinnvoll ist, in einem Beruf gearbeitet zu haben, bevor man im Parlament sitzt.

Ich persönlich halte es für sinnvoll, dass man dort eine gute Zusammensetzung hat, dass beispielsweise nicht alle aus dem öffentlichen Dienst kommen, sondern auch ein paar Freiberufler dabei sind. Ich fände es hervorragend, wenn nicht vornehmlich

Hochschulabsolventen im Parlament vertreten sind, sondern dort auch Auszubildende oder Gesellen sitzen. Dennoch bin ich weit davon entfernt zu fordern, dass auf jeder Parteiliste mindestens ein Azubi, ein Geselle, ein Jurist, ein Lehrer und so weiter sitzen muss.

Die Zusammensetzung von Fraktionen über das Wahlrecht steuern zu wollen, halte ich daher für mehr als problematisch. Wir müssen vielmehr Wege finden, den Menschen zu vermitteln, dass wir ein breites Angebot für die Wähler

(Zuruf CDU: Genau!)

sowie ein breites Angebot zum Mitmachen haben.

Unsere Partei - ich glaube, bei den Grünen ist das auch so, ebenso wie bei der SPD, der FDP und dem SSW - steht allen offen, die Interesse und Lust haben, an dieser Demokratie mitzuarbeiten.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Kilian, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Raudies?

**Lukas Kilian [CDU]:**

Liebed gern.

**Beate Raudies [SPD]:** Sehr geehrter Herr Kollege Kilian, wäre es Ihnen möglich, in der Debatte über ein Parité-Gesetz und über die Frage des Anteils von Frauen in Parlamenten auf Ihre Sprache zu achten und eine geschlechtergerechte Ausdrucksweise zu wählen?

(Vereinzelter Beifall - Unruhe)

Ich habe hier zur Kenntnis genommen, dass Sie vom „Wähler“, vom „Handwerker“, vom „Studenten“ reden. Wenn Sie nun für die andere Hälfte Ihrer Rede die weibliche Form benutzen, dann bin ich einverstanden. Andernfalls meine ich, es stünde Ihnen gut an, in dieser Debatte auch einmal daran zu denken, dass Parlamente nicht nur von Männern gewählt werden.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sehr geehrte Frau Abgeordnete, Sie haben vollkommen recht. Natürlich ist das auch wichtig; Worte prägen das Denken. Wenn ich vom „Gesellen“ gesprochen habe, dann meine ich natürlich auch die Gesellin, wenn ich vom „Azubi“ gesprochen habe,

**(Lukas Kilian)**

dann meine ich natürlich auch die - spannend! - Azubine.

(Serpil Midyatli [SPD]: Die sind nicht damit gemeint!)

Darüber gibt es auch eine Diskussion, ob dieses Wort richtig ist oder nicht. Wenn ich von „Meister“ gesprochen habe, dann rede ich gleichzeitig von der Meisterin, und wenn ich vom „Freiberufler“ gesprochen habe, dann ist auch die Freiberuflerin mit gemeint. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Ich glaube, es ist eigentlich auch klar, was damit gemeint war. Aber danke, dass Sie mir die Möglichkeit dieser Klarstellung gegeben haben. Daran soll es nun nicht scheitern. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP und der Abgeordneten Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos] - Zurufe)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt der Abgeordnete Rother von der SPD.

**Thomas Rother [SPD]:**

Vielleicht abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zum Thema zurückkommen. Ich habe mich vor allem deshalb gemeldet, weil mich der Beitrag des Kollegen Harms - wie so oft - etwas verwirrt hat. Er sprach mal eben so einfach von Verfassungsänderungen, und er sagte - vielleicht nicht gerade hemdsärmelig, aber doch so ein bisschen ins Blaue hinein - -

Ich schaue einmal; vielleicht kann ich meine Notizen doch erkennen. - Ich finde es bemerkenswert, dies, ohne dass hier ein konkreter Vorschlag vorliegt, zu kritisieren. Wir haben darauf hingewiesen - ich habe in meiner Rede darauf hingewiesen -, dass es in der Rangordnung der Vorschriften des Grundgesetzes natürlich eine Veränderung geben muss. Das ist aus meiner Sicht so. Dies ist beispielsweise in Frankreich - allerdings an anderer Stelle, nicht bei der Frage von Wahlen, sondern tatsächlich in Bezug auf die Gleichstellung - geschehen; und zwar deshalb, um die Eindeutigkeit - auf die in den wissenschaftlichen Gutachten ja auch hingewiesen wird - schlicht und ergreifend herzustellen.

In einem weiteren Punkt hat Herr Harms das auch wieder irgendwie zerredet, und zwar in Bezug auf die Wahlverfahren. Auch darauf haben wir hingewiesen: Es gibt in jedem Bundesland unterschiedliche Wahlverfahren. Nicht alle haben ein Wahlalter von 16. Wir haben sogar im kommunalen Bereich

ein anderes Wahlrecht als im Landeswahlrecht. Da gibt es eine Stimme; hier gibt es zwei Stimmen. Also, auch das muss tatsächlich differenziert betrachtet werden. Da kann man sich natürlich nun irgendetwas zurechtbasteln.

(Lars Harms [SSW]: Ich habe einen Vorschlag gemacht!)

Man kann auch auf das schauen, was andere Länder haben: Auch dort gibt es keine einheitliche Quote. Es gibt noch nicht einmal überall die 50-%-Quote. Auch das ist sehr unterschiedlich geregelt, und auch das muss man sich anschauen, um die anderen Dinge ebenfalls aufzugreifen.

Am irritierendsten finde ich in der Diskussion ehrlich gesagt dann immer den Hinweis auf die angeblich erforderliche Einbeziehung bestimmter Berufs- oder Altersgruppen, oder, oder. Wie gesagt, im Grundgesetz sind Männer und Frauen genannt. All diejenigen, die das jetzt hier anmerken und sagen, das mit der Repräsentanz sei ja nicht so dolle, sind herzlich eingeladen, an dieser Stelle vielleicht den ersten Schritt zu gehen - 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts und 25 Jahre nach Änderung des Grundgesetzes. Das wäre doch etwas.

(Beifall SPD)

Festzustellen ist auch, dass letzten Endes nur die gesetzliche Vorgabe tatsächlich etwas verändert, und zwar auch in den Parteien. Es läuft manchmal freiwillig, wenn man sich dazu bereit erklärt und dies politisch diskutiert. An anderer Stelle aber geht es eben nicht. Wenn wir das zum Maßstab machen und sagen, wir bekämen das ja alles schon freiwillig hin, weil die strukturellen Nachteile, die vonseiten der Grünen ja beschrieben worden sind, auch Frau Fritzen hat diese nochmals genau benannt - - Man muss doch anerkennen, dass so etwas besteht, und dann kann man sich nicht wegducken und sagen: Na ja, wir versuchen das noch einmal 25 Jahre lang, und vielleicht kommen wir dann irgendwo hin.

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

Wenn wir das zum Maßstab machen würden - Frau Ostmeier -, dann könnten Sie doch alle anderen Quoten, beispielsweise in Aufsichtsräten oder Personalräten - - Dann stellen Sie da doch fest, dass das alles überflüssig wäre. Aber es ist eindeutig nachweisbar, dass es dort geholfen hat. Und wenn es auch hier hilft, dann lassen Sie uns das doch bitte machen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt.

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Frau Waldinger-Thiering, Sie kommen nach Herrn Vogt dran. Anders als bei den Grünen sind in der Geschäftsordnung des Landtags nun mal keine quotierten Redelisten vorgesehen.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Deswegen kann ich Sie leider nicht früher drannehmen. - Jetzt hat das Wort der Kollege Vogt, und danach kommt die Kollegin Waldinger-Thiering.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Waldinger-Thiering, ich würde Ihnen ja den Vortritt lassen, wenn ich die Zusage vom Präsidium bekäme, dass ich danach gleich wieder dran bin. - Ich versuche, mich kurzzufassen, Frau Kollegin.

Ich möchte ganz ehrlich sagen: Ich habe nichts gegen lebhaftige Debatten, ganz im Gegenteil. Das finde ich eigentlich gut; solche Debatten gibt es eher zu selten als zu oft. Allerdings hätte ich mir an der einen oder anderen Stelle doch mehr Nachdenklichkeit bei dem einen oder anderen Beitrag gewünscht.

Herr Dr. Stegner, Sie waren ja auch einmal Verfassungsminister. Auch Frau Barley als Justizministerin ist relativ „easy going“ über die verfassungsrechtlichen Bedenken beim Paritätsgesetz hinweggegangen. Das kann man so machen. Ich muss für meine Fraktion aber feststellen: Wir finden das bedenklich, und wir werden das auch weiterhin äußern. Das hat nichts damit zu tun, dass man etwas einfach nicht will, sondern verfassungsrechtliche Bedenken kann man auch äußern, wenn man für etwas ist. Insofern sollte man das, finde ich, etwas ernster nehmen. Ich fand das an dieser Stelle bedenklich.

Ein Punkt kam hier öfter auf, es wurde nämlich gesagt - - Na ja, Frauenfeindlichkeit wurde unterstellt, und da wurde gesagt: Das kam doch gar nicht. Ich fand, ein wenig schwang so eine Unterstellung mit. Wörtlich wurde zwar tatsächlich nichts Entsprechendes gesagt, bei dem einen oder anderen Beitrag schwang dies aber mit.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Was ich wirklich unerschön fand, Frau Kollegin Wagner-Bockey, war Ihre

Unterstellung in Bezug auf den Kollegen Lehnert, die ich überhaupt nicht teilen kann.

(Beifall FDP, CDU und Lars Harms [SSW])

So sollten wir hier nicht miteinander umgehen, finde ich.

Das mag nun daran liegen, dass ich den Kollegen Lehnert schon länger kenne und auch sehr schätze. Ich finde aber, so sollten wir nicht miteinander umgehen, schon gar nicht vom Rednerpult aus. Das ist kein gutes Bild des Parlaments.

Meine Damen und Herren, wir haben noch ein paar Punkte, auf die ich kurz eingehen möchte. Die Kollegin von Kalben hat gesagt: „Na ja, wir haben bei den Grünen dies sozusagen in der Satzung schon lange stehen; mindestens jeder zweite Platz wird von einer Frau belegt, und die Ämter sind paritätisch verteilt.“ Dies sei noch nie irgendwie beklagt worden, und deswegen könne man das im Wahlgesetz doch ebenfalls so machen.

Diese Einschätzung teile ich nicht. Denn das eine ist eine Parteisatzung, sozusagen die Selbstverpflichtung einer Partei - das wurde mit Sicherheit auch noch nie beklagt -, das andere aber ist ein Wahlgesetz. Da muss man sich die Verfassung schon genau anschauen.

(Beifall FDP, CDU und Lars Harms [SSW])

Die Kollegin Fritzen hat - so habe ich es zumindest wahrgenommen - sich aufgeregt, als ich das Thema angesprochen habe. Die Kollegin Fritzen hat noch einmal - zu Recht - meinen Punkt unterstrichen, dass wir nämlich über Rahmenbedingungen sprechen müssen und dass wir über die Familienfreundlichkeit von Parteilarbeit und die Familienfreundlichkeit von kommunalpolitischen und landespolitischen Strukturen sprechen müssen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Da kann man sagen: Man definiert erst das Ziel, und dann guckt man sich den Weg dorthin noch einmal an. Man kann das auch andersherum machen. Ich bin der Meinung, man sollte sich vor allem zunächst um die Rahmenbedingungen kümmern: Es geht um mehr Familienfreundlichkeit, und es geht auch darum, andere gesellschaftliche Gruppen einzubinden. Ich habe noch nie gehört, dass ein Sozialdemokrat gesagt hat: „Mensch, wir haben bei der SPD zu viele Beamte und zu viele aus dem öffentlichen Dienst.“ Ich habe sehr früh fürs Parlament kandidiert, weil ich der Meinung war, dass die junge Generation stärker in Parlamenten vertreten sein muss.

(Christopher Vogt)

(Beifall und Zurufe)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Kollege Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Stegner? - Das tun Sie; dann haben Sie das Wort, Herr Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Herr Kollege Vogt, Sie haben gesagt, wir würden die rechtlichen Bestimmungen leichtfertig betrachten. Das ist überhaupt nicht der Fall; die Rednerinnen und Redner aus unserer Fraktion, die sich darauf bezogen haben, haben auf Artikel 3 des Grundgesetzes und die Formulierung der aktiven Umsetzung Bezug genommen. Es wird sich eine rechtliche Regelung finden lassen, die verfassungskonform ist. Anders als Sie es gerade ausgeführt haben, Herr Kollege Vogt, sind die Anforderungen an Parteien, die demokratische Willensbildung zulassen müssen, in Deutschland nach den Erfahrungen unserer Geschichte sehr streng. Auch das, was Parteien für sich selbst regeln, unterliegt strengen rechtlichen Vorgaben. Und wir reden ja über demokratische Parteien.

Deswegen können Sie in keiner Weise sagen, wir machten es uns zu einfach. Es geht um die Frage, ob der politische Wille so ausgeprägt ist, das regeln zu wollen, und unser Antrag stellt genau dies fest: Wir haben den politischen Willen, das zu ändern, und suchen nach dem richtigen Weg. Deswegen finde ich, dass Sie danebenliegen, wenn Sie behaupten, wir nähmen Rechtsbedenken nicht ernst. Wir nehmen sie schon ernst, aber das heißt nicht, dass es unmöglich ist. Man kann das machen, wenn man es möchte.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Kollege Dr. Stegner, andere Fraktionskollegen der SPD haben auf die Probleme hingewiesen, Sie sind relativ einfach darüber hinweggefegt. Darauf habe ich hingewiesen. Auch die Bundesjustizministerin - das ist für eine Justizministerin wirklich erstaunlich - hat es sich relativ einfach gemacht und gesagt, man macht einfach ein Parité-Gesetz, und dann ist gut. Auf die verfassungsrechtlichen Bedenken hat sie gar nicht hingewiesen. Darauf habe ich gerade hingewiesen.

Die Kollegin Touré hat einen Punkt völlig richtig genannt. Die Modelle, die in der Diskussion sind, sind hier munter durcheinandergelassen, pro Partei und Wahlkreis Mann und Frau. Das ist ein ganz anderes Modell, als Listenparität vorzuschreiben. Das

liegt daran, dass der SPD-Antrag so oberflächlich ist und im Ungefähren bleibt.

(Werner Kalinka [CDU]: Genauso ist das!)

Der Grund dafür, dass Sie den Antrag eingereicht haben, ist, dass Sie sagen: Es gibt einen Weg, das verfassungsgemäß zu machen, aber Sie haben ihn auch noch nicht. Das ist in dieser Debatte ein Stück weit das Problem, dass Sie behaupten, es gehe, uns aber nicht sagen, wie es geht.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Kollege Vogt, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Kollegen Stegner?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Herr Kollege Vogt, es ist doch genau andersherum: Gerade weil einem mit Blick auf das Brandenburger Gesetz vorgehalten wird, darüber habe noch kein Verfassungsgericht entschieden, haben wir gesagt: Wir wollen zunächst einmal feststellen, ob es einen gemeinsamen politischen Willen in diesem Hause gibt, sich in diese Richtung zu bewegen. Wir sind ja nicht die Einzigen, die juristischen Sachverstand haben; danach suchen wir nach einem Weg.

Natürlich hat das Modell einer Doppelbesetzung in Wahlkreisen auch Nachteile, weil ich es für falsch halte, die Anzahl der Wahlkreise zu reduzieren, um nicht die Entfernung zu den Bürgerinnen und Bürgern zu vergrößern, was wir uns nicht leisten können. Ich würde andere Wege präferieren.

Aber die Frage ist nicht, was wir im Einzelnen präferieren, sondern ob es einen gemeinsamen politischen Willen gibt, das zu bewegen und dann nach juristisch und verfassungsrechtlich tragbaren Wegen zu suchen. Das sagt unser Antrag aus, nichts anderes. Er baut eine Brücke, das festzustellen.

Herr Kollege Vogt, nach der heutigen Debatte bin ich nicht sicher, ob dieser politische Wille bei jedem Einzelnen in diesem Hause vorhanden ist. Darüber bin ich wirklich im Zweifel.

(Werner Kalinka [CDU]: Das müssen Sie auch jedem Einzelnen überlassen!)

**(Christopher Vogt)**

- Ich bin Ihnen dankbar für den Hinweis. Sie haben auf das Modell Oppermann hingewiesen, der das ein Stück weit mit der Größe des Deutschen Bundestags vermengt und als Vizepräsident den Vorschlag gemacht hat, die Zahl der Wahlkreise deutlich zu reduzieren und dort Parität vorzuschreiben. Auch ich halte diesen Vorschlag für falsch, weil damit die Entfernung zwischen dem einzelnen Wähler und der einzelnen Wählerin und dem Parlament vergrößert wird. Wir sollten das Wahlrecht eher bürgernäher gestalten und uns nicht weiter von den Bürgern entfernen. - Dann sind wir uns in dem Punkt immerhin einig.

Ich bin Ihnen dankbar für den letzten Punkt. Ich habe in meiner Rede ausdrücklich darauf hingewiesen: Wir wünschen uns das Ende von jeder Form von Diskriminierung. Wir wünschen uns endlich richtige Gleichberechtigung. Aber unser Wunsch ist nicht, Parität, also 50 zu 50, vorzuschreiben, sondern wir wollen Chancengleichheit, nicht Ergebnisgleichheit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

In dem Punkt sind wir auseinander. Danke, dass ich darauf noch einmal hinweisen konnte.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Jetzt hat die Kollegin Waldinger-Thiering für die Abgeordneten des SSW das Wort.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrter Landtagspräsident! Sehr geehrte Kollegen und Gäste oben auf der Tribüne! Ich finde, wir führen am heutigen Weltfrauentag eine großartige Diskussion über Parität. 100 Jahre nachdem die Frauen das Wahlrecht bekommen haben, haben wir gesehen, dass Frauen zur Wahl gehen, sich aber nicht viele, nicht genügend Frauen für Ämter aufstellen lassen.

(Werner Kalinka [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Wenn wir im Ausschuss über den SPD-Antrag beraten, sollten wir auch überlegen, wie wir das auf kommunaler Ebene regeln. Da müssten wir das eigentlich genauso machen wie auf Landesebene.

Was ich in der heutigen Diskussion vermisse, ist: Ich möchte den Familien nicht vorschreiben, wie sie zu Hause ihre Rollen verteilen. Ich gehe davon aus, dass die Rollen im Jahr 2019 zu Hause so verteilt sind, dass auch einmal ein Mann die Geschirrspülmaschine ausräumt.

(Beifall SSW, CDU, FDP und AfD)

Wir Mütter haben die große Aufgabe, unseren Jungs beizubringen, wie Gleichstellung des Mannes aussieht.

(Zurufe)

- Mütter und Väter. Wir sprechen über Parität, wir sprechen aber nicht über die Grundvoraussetzungen dafür: Wie schaffen wir es, dass mehr junge Frauen und Männer in den Landtag kommen? Wir müssen ganz andere Voraussetzungen schaffen.

In Skandinavien ist es so: Wenn man ein gewähltes Mandat innehat, ist es reversibel. Das heißt: Bin ich schwanger, gehe ich für ein halbes oder ein Jahr in Mutterschutz, dann rückt jemand von der Liste nach. Nach dem Mutterschutz oder der Erziehungszeit kehre ich zurück.

Über diese Themen müssen wir reden. Es nützt nichts, nur über Parität zu reden. Wir müssen das ganze Spektrum mitdenken. Das gilt auch für junge Väter, die Erziehungszeit anmelden.

Insofern finde ich, das Thema ist ausbaufähig; wir sollten nicht nur im Innen- und Rechtsausschuss über den Antrag sprechen, sondern auch im Sozialausschuss.

(Beifall Lars Harms [SSW] und Barbara Ostmeier [CDU])

Was unterscheidet Männer und Frauen? Warum haben Frauen vielleicht nicht unbedingt Lust, jeden Tag Politik zu machen? - Ich glaube, dass viele Frauen sagen: Mein Gott, ich kann meine Lebenszeit anders nutzen.

Lukas Kilian, ich möchte noch eines klarstellen: Egal ob man direkt gewählt oder über die Liste ins Parlament gekommen ist - jeder von uns, der hier im Landtag sitzt, hat seine Qualifikation. Der nächste Punkt - -

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Frau Kollegin, der nächste Punkt wird zeitlich ein bisschen schwierig.

(Unruhe)

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Wir haben noch nicht über die Partizipation von Menschen mit Handicap gesprochen. Auch solche Themen müssen wir beraten.

Ich freue mich an so einem großartigen Tag, diese Themen mit Ihnen diskutiert zu haben.

**(Jette Waldinger-Thiering)**

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Jetzt erteile ich für die Landesregierung der Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung, Frau Dr. Sütterlin-Waack, das Wort.

**Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer hätte gedacht, dass wir heute im Landtag so leidenschaftlich und in weiten Teilen doch sachlich über ein Thema debattieren, dessen Verwirklichung schon längst Normalität sein sollte.

(Beifall im ganzen Haus)

Ich habe mit größtem Interesse die Für- und Widerworte meiner Vorrednerinnen und Vorredner gehört. Diese Debatte macht deutlich, warum wir uns bei der Frage der Geschlechterparität in Parlamenten in einem laufenden Prozess befinden. Dessen Ende ist für mich noch nicht absehbar. Allein dass wir hier heute in aller gedanklichen Offenheit diskutieren, halte ich für einen großen Fortschritt - und das auch noch am Weltfrauentag.

Ich habe im Januar - das ist schon erwähnt worden - einen Vorschlag zur Wahlrechtsdiskussion gemacht; den will ich hier nicht wiederholen, Sie kennen ihn alle. Die Reaktionen darauf waren durchaus vielfältig. Daher möchte ich an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen: Ich bin für alles zu haben, was die Chancengleichheit der Geschlechter erhöht. Das ist durch Sie eben noch einmal wunderbar zum Ausdruck gebracht worden. Ich bin aber nicht für Lösungen zu gewinnen, die einer Quote nahekommen.

(Beifall CDU, FDP und AfD)

Da alle weiteren Modelle schon angesprochen und diskutiert worden sind, ich zu ihnen tatsächlich auch verfassungsrechtliche Fragen habe, werde ich Ihnen ersparen, das alles vorzutragen. Wir haben schon alle Modelle angerissen, die diskutiert werden.

Es stellen sich aber noch weitere Fragen: Wollen wir das Leitbild des Grundgesetzes, wonach die Abgeordneten „Vertreter des ganzen Volkes“ sind, aufgeben? Sind „die Frauen“ und „die Männer“ tatsächlich homogene Interessengruppen ohne Möglichkeit einer gegenseitigen Interessenvertretung? -

Wir haben von Jette Waldinger-Thiering gehört, über welche Themen wir noch reden müssen; für diese Fragen, finde ich, gilt das auch. Wollen wir die Gruppenzugehörigkeit zum entscheidenden Kriterium machen, das wichtiger ist als politische Ideen, Werte oder Überzeugungen? - Das sind alles Fragen, die in die Diskussion einfließen müssen. Ich persönlich möchte den Wählerinnen und Wählern die Entscheidung überlassen.

(Beifall CDU - Werner Kalinka [CDU]: So ist es gut!)

Noch ein ganz kurzer Blick zurück, meine sehr geehrten Damen und Herren, Marie Juchacz, die heute schon so oft erwähnt worden ist, eine Sozialdemokratin - darauf ist gleich zu Anfang hingewiesen worden - trat vor 100 Jahren als erste Frau in der Weimarer Nationalversammlung mit den Worten an das Rednerpult:

„Meine Herren und Damen, es ist das erste Mal, daß in Deutschland die Frau als Freie und Gleiche zum Volke sprechen darf ...“

„Heiterkeit“, vermerkte das Protokoll zur Reaktion im Hohen Haus.

Meine Damen und Herren, zur spöttischen Heiterkeit besteht heute kein Anlass. 100 Jahre Frauenwahlrecht, 70 Jahre Grundgesetz und 25 Jahre Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes bieten uns mehr als die Gelegenheit, nur in Erinnerungen zu schwelgen. Sie beleben - das haben wir heute gehört - die notwendige Diskussion und verpflichten uns, weiterzumachen. Es gilt also - auch das haben wir heute oft gehört -, Möglichkeiten zu finden, um den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen. Es ist gut, dass wir dabei sind, den Weg dorthin auszuloten. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag mit der Drucksachennummer 19/1305 dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Die Gegenprobe! - Dann ist dies mit übergroßer Mehrheit gegen die Stimmen der AfD-Fraktion so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

**Keine Rolle rückwärts beim Mieterschutz! Mieterinnen und Mieter im Land auch weiterhin vor Wucher und Mietpreisüberhöhungen schützen!**

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 19/1304

**Instrumente zur Entlastung der Wohnungssituation**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1337

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Özlem Ünsal.

**Özlem Ünsal [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr als die Hälfte aller Deutschen, und zwar etwa 55 %, sind Mieterinnen und Mieter. Das ist ein Spitzenwert in Europa und entsprechend viele Menschen leiden darunter, dass die Mietpreise seit Jahren stetig ansteigen. Vor allem in Ballungsräumen haben Mieterinnen und Mieter nach wie vor mit Ängsten und hohen Wohnkosten zu kämpfen. Bezahlbare Wohnungen in nachgefragten Lagen sind weiterhin Mangelware. Wohnungssuche kann auch in Schleswig-Holstein zu einem echten Horrortrip werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja!)

- Das ist so.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, sage ich ja!)

Die gute Nachricht für Mieterinnen und Mieter ist: Die Bundesregierung hat bei der Mietpreisbremse und beim Mieterschutz insgesamt nachgebessert. Die neuen Regelungen sind seit Beginn des Jahres in Kraft und sollen vor allem den Mieterschutz stärken.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Die schlechte Nachricht ist, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Genau diesen Vorstoß des Bundes zugunsten der Betroffenen wollen Sie hierzulande gerade, nach 8 bis 10 Wochen, wieder einkassieren. Die Landesregierung will die Mietpreisbremse bereits Ende November abschaffen und die Kappungsgrenzenverordnung obendrein.

Wer die Wirkung der erst seit Jahresbeginn in Kraft getretenen Regelung noch nicht einmal abwarten will, diskreditiert sich aus unserer Sicht selbst.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW] - Zuruf SPD: Ja!)

Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Pläne der Landesregierung alle Mieterinnen und Mieter im Lande aufhorchen lassen müssten.

Die 2015 eingeführte Mietpreisbremse hat unter anderem deshalb nicht zu der erhofften Wirkung geführt, weil Mieterinnen und Mieter nicht beurteilen konnten, ob die vom Vermieter verlangte Miete angemessen und den Vorgaben der Mietpreisbremse entsprechend war. Das ist jetzt anders; das hat der Bund uns nun deutlich vorgelegt. Als Rechtsfolgen sind Geldbußen und Schadensersatzansprüche vorgesehen.

Übrigens betreffen beide Verordnungen, lieber Herr Innenminister, derzeit zwar nur 12 von 1.106 Orten in Schleswig-Holstein, aber immerhin 14 % der Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes.

(Beifall SPD - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Das ist in Ballungsräumen in Hamburg, Kiel und auf den Nordfriesischen Inseln der Fall.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Wenn Sie behaupten, dass das nur ein ganz kleiner, winziger Teil der Bevölkerung ist, muss ich dem deutlich widersprechen, weil wir von etwa 410.000 Menschen in ganz Schleswig-Holstein sprechen. Das ist kein unbedeutender Teil.

(Beifall SPD - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Nach Meinung von Innenminister Hans-Joachim Grote hemmt die Mietpreisbremse Investitionen. Deshalb soll sie durch ein neues Bündel von Maßnahmen ersetzt werden. Das Ganze liegt mal eben schnell als Alternativantrag auf dem Tisch.

Selbstverständlich sperren wir uns nicht gegen sinnvolle Vorschläge, die zur Dämpfung der Mietsteigerung in Schleswig-Holstein führen. Es ist aber nicht nachvollziehbar, warum deshalb die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenzenverordnung abgeschafft werden sollten. Das eine und das andere gehen doch zusammen, oder?

(Vereinzelter Beifall SPD)

Klare gesetzliche Regelungen durch schwammige und unkonkrete Ankündigungen zu ersetzen, ist nicht unsere Vorstellung von einer optimalen Lösung.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das haben wir mit dem Mieterbund, dem Sozialverband, dem DGB und Kommunen wie der Landes-

(Özlem Ünsal)

hauptstadt Kiel gemeinsam, und wir sind auch weiterhin der Meinung, dass die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenze beibehalten werden müssen. Vielmehr muss doch alles zusammenwirken; das predige ich seit Anbeginn dieser Legislaturperiode. Land und Kommunen müssen gemeinsam den Mieterschutz verbessern und nicht dazu beitragen, dass er weiter ausgehöhlt wird.

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kilian?

**Özlem Ünsal [SPD]:**

Ja.

**Lukas Kilian [CDU]:** Liebe Frau Kollegin Ünsal, ich habe eine Frage zu einer Pressemitteilung, die ich vom Verband Haus & Grund, Herrn Blažek, und einem Herrn Andreas Breitner, Direktor des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen, gelesen habe.

(Zurufe SPD: Ah!)

Er sagt dort:

„Die SPD stellt heute im Landtag einen Antrag, der rechtlich jeder Grundlage entbehrt. Wer derartige Anträge stellt, produziert auch Fake News.“

Wenn ich richtig informiert bin, war der besagte Andreas Breitner der Wohnungsbauminister der SPD in der vergangenen Wahlperiode.

- Ja und?

- Wie ordnen Sie diese - -

- Ja und? Das widerspricht aus meiner Sicht - -

(Christopher Vogt [FDP]: Lassen Sie ihn doch einmal die Frage stellen!)

- Wie ordnen Sie diese Aussagen und insbesondere die Bewertung Ihres Antrags ein?

- Dass Herr Andreas Breitner als Verbandsvertreter eine andere Position vertritt als ich als Sozialdemokratin aus Sicht des Mieterschutzes hier vertrete, liegt ein Stück weit in der Natur der Sache.

(Beifall SPD)

Das jetzt anzuführen, finde ich ein bisschen schwach.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Kilian?

**Özlem Ünsal [SPD]:**

Bitte.

**Lukas Kilian [CDU]:** Würden Sie auch noch zu dem Teil antworten wollen, der sich mit den Fake News und der inhaltlichen Kritik an Ihrem Antrag beschäftigt?

- Ich bin keine Freundin von Fake News. Ich führe etwas aus, damit Sie von diesen Fake News wegkommen und vielleicht meiner Argumentation stringent folgen.

(Beifall SPD - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Mit dem Schnellschuss zur Mietpreisbremse, den Sie hier einbringen - das wäre vielleicht eher einmal unter „Fake News“ zu verbuchen -, machen Sie klar, dass Sie sich weniger für den Mieterschutz und echte, sinnvolle Lösungen für Schleswig-Holstein einsetzen - und vor allem nicht für die betroffenen Mieterinnen und Mieter. Wie schaffen wir es, mehr bezahlbaren Wohnraum in Schleswig-Holstein zu realisieren, ohne den Mieterschutz auszuhebeln? - Die Frage könnten Sie mir vielleicht beantworten. Wir brauchen keine Pseudoalternativen, die die Mieterrechte weiter aushöhlen, sondern echte Lösungen.

(Beifall SPD)

Vor allem möchte ich nachher in Ihren Redebeiträgen einmal deutlich raushören, was Ihr Argument dafür ist, dass hierzulande, während die Bundesregierung genau diese Lücken schließt, eine knallharte Rolle rückwärts gemacht wird. Das geschieht vor allem auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter und an einer Stelle, die aus meiner Sicht im Moment völlig unbegründet ist.

Besonders irritiert mich, dass die Grünen da mitziehen. Auf Bundesebene fordern Sie ganz andere Dinge. Sie unterstützen die Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum. Wie geht denn das alles zusammen? Das müssen Sie mir bitte nachher einmal erklären.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stellen in dem Antrag, der Ihnen vorliegt, zum Schutz der Mieterinnen und Mieter mehrere Forderungen zugunsten des bezahlbaren Wohnraums. Es ist beachtlich, dass Sie in Ihrem Alternativantrag einen Großteil dieser Forderungen aufgreifen. Wir sagen aber ganz klar: Im Ergebnis muss die Mietpreisbremse erhalten

**(Özlem Ünsal)**

bleiben, solange wir keine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt haben.

(Beifall SPD und SSW)

Wir fordern zudem die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Änderung des Wirtschaftsstrafgesetzes einzusetzen. Das haben Sie in Ihrem Alternativantrag auch aufgegriffen. Wir werden ganz klar die Initiative der Bundesministerin Katarina Barley, nämlich im Frühjahr den Gesetzentwurf einzubringen, unterstützen, durch die die Geltungsdauer der Mietpreisbremse auch auf Bundesebene verlängert werden soll.

Flankierend - das sage ich ausdrücklich auch in aller Deutlichkeit, das sage ich hier nicht zum ersten Mal, aber ich unterstreiche es gern noch einmal - sind wir auch für die Vereinfachung des Baurechtes, mehr Bauland zu schaffen, die Nachbesserung der Förderprogramme und natürlich auch die Frage der Belegbindung mit nachhaltigen sozialen Kriterien zu klären. - Das ist wunderbar, dass Sie auch das alles in Ihrem Alternativantrag aufgreifen und das auch noch einmal schön ausführen.

Aber am Ende muss es auch - wie gesagt - zugunsten der Mieterinnen und Mieter optimal funktionieren, das heißt, die Maßnahmen müssen Hand in Hand gehen. Das betrifft auch den Mieterschutz mit der Mietpreisbremse und der Kappungsgrenzenverordnung. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und um getrennte Abstimmung zu Punkt 7 des Alternativantrags. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und SSW)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Peter Lehnert.

**Peter Lehnert [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Schaffung von zusätzlichem bezahlbarem Wohnraum in den Landesteilen mit hoher Wohnraumnachfrage bleibt eine dauerhafte Herausforderung für die Politik und die Wohnungswirtschaft in Schleswig-Holstein. Ich bin an dieser Stelle sehr dankbar dafür, dass unsere Landesregierung diese Herausforderung aktiv annimmt und auch mit Hilfe der Bundesregierung erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um das Wohnraumangebot, insbesondere von bezahlbarem Wohnraum, weiter auszubauen.

Für den gesamten Wohnungsmarkt bleibt es darüber hinaus von entscheidender Bedeutung, dass die

Zahl der Baufertigstellungen weiter kontinuierlich steigt; denn nur ein ausreichender Neubau in allen Wohnungsbausegmenten kann zu einer Stabilisierung des Mietniveaus führen. Deshalb brauchen wir neben dem geförderten Mietwohnungsbau weitere ergänzende Instrumente zur Abdeckung einer weiter steigenden Wohnraumnachfrage. Dabei ist für uns als CDU auch die bessere Förderung der Bildung von Wohneigentum zu berücksichtigen.

Deswegen begrüßen wir ausdrücklich die Initiative der Landesregierung, im Bereich der Grunderwerbsteuer durch eine umfassendere Besteuerung bei gewerblich gehandelten Wohnimmobilien die dadurch zu erzielenden Mehreinnahmen zu nutzen, um Familien beim Ersterwerb selbstgenutzten Wohneigentums finanziell zu entlasten und damit den Einstieg in eine privat finanzierte Eigentumsbildung erst zu ermöglichen.

(Beifall CDU)

Dies ist übrigens auch die beste Möglichkeit, um dauerhaft und nachhaltig das Risiko von Altersarmut zu bekämpfen. Die private Wohneigentumsbildung ist in Deutschland im Vergleich zum europäischen Ausland deutlich unterdurchschnittlich. Deshalb sollten wir die derzeit günstige Zinssituation und die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nutzen, hier deutliche Fortschritte zu erzielen.

Mit dem heutigen Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP bündeln wir die wichtigsten Instrumente zur nachhaltigen Entlastung der Wohnsituation in Schleswig-Holstein. In diesem Zusammenhang möchte ich mich ausdrücklich bei unserer Landesregierung bedanken, die mit ihrem Kabinettsbeschluss am Dienstag den Weg geebnet hat, um deutlich mehr Wohnraum zu mobilisieren und damit eine entscheidende Grundlage dafür zu schaffen, Mietpreissteigerungen zu begrenzen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Neben einer Bundesratsinitiative zur Änderung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz fordern wir gemeinsam eine Dynamisierung des Wohngeldes, zu der sich der zuständige Bundesbauminister erfreulicherweise bereits öffentlich bereit erklärt hat. Des Weiteren wollen wir Privatpersonen beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohnraum steuerlich entlasten und Förderprogramme zur Stärkung der Eigentumsbildung und des Mietwohnungsbaus auf den Weg bringen. Dabei sollen auch die Verlängerung von auslaufenden Bindungen und zur Schaffung von Belegbindungen im Bestand etabliert werden. Zur besse-

**(Peter Lehnert)**

ren Ausnutzung der Baulandbestände beim Dachgeschossausbau und bei der Aufstockung von Wohnraum soll die Landesbauordnung zeitnah angepasst werden. Damit erreichen wir ein bislang in diesem Umfang einzigartiges Programm zur zusätzlichen Mobilisierung von Wohnraum in Schleswig-Holstein.

Diese Initiative findet ausdrücklich breite Zustimmung und Unterstützung in allen Teilen der schleswig-holsteinischen Wohnungswirtschaft. Auch der ehemalige SPD-Wohnungsbauminister und ehemalige stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Andreas Breitner unterstützt dieses Vorhaben nachdrücklich. Der Kollege Kilian hat das schon angesprochen. Ich erlaube mir dann doch, aus der heutigen Presseerklärung des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen und von Haus & Grund zu zitieren:

„Fakten statt Fake News sollten auch bei der Politik der Maßstab sein. Die Jamaika-Koalition hat mit der beschlossenen Abschaffung der Mietpreisbremse bewiesen, dass sie sich dabei an Fakten orientiert hat. Der Antrag der SPD ist hingegen den Fake News zuzuordnen. In Schleswig-Holstein gibt es weder explodierende Mieten noch profitiert die Zielgruppe mit dem kleinen Einkommen von der Mietpreisbremse.“

Wörtliches Zitat von Herrn Breitner und dem Verband Haus & Grund.

(Werner Kalinka [CDU]: Hört mal gut zu! - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Dazu komme ich gleich noch, Herr Kollege Dolgner. - Weiter:

„Die SPD stellt heute im Landtag einen Antrag, der rechtlich jeder Grundlage entbehrt. Wer derartige Anträge stellt, produziert auch Fake News.“

Jetzt komme ich zu diesen Fake News:

„Als Fake News hätten sich angeblich explodierende Mieten erwiesen. Laut Mietenmonitoring 2017 der Investitionsbank Schleswig-Holstein ... betrage ... der reale Anstieg der Mieten in Schleswig-Holstein seit 2010 ... 1,7 % pro Jahr...“

(Kay Richert [FDP]: Ein Explosiönchen!)

„Des Weiteren profitiere die Zielgruppe mit dem kleinen Einkommen nicht von dem Instrument der Mietpreisbremse.“

Das sagt jetzt allerdings nicht die Investitionsbank, sondern - hören Sie zu -:

„Zu dieser Erkenntnis komme selbst ... Bundesjustizministerin Katarina Barley ...“

- soweit ich weiß auch Sozialdemokratin - -

(Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Lehnert!

**Peter Lehnert [CDU]:**

Ja. Ich möchte das gern zu Ende ausführen, dann lasse ich die Frage gern zu.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Ja, Ihre Zeit rennt ja auch parallel.

**Peter Lehnert [CDU]:**

Oh, das hilft mir dann ja weiter.

„Richtig sei, das Wohngeld zu erhöhen und zu dynamisieren, wie seitens der Landesregierung vorgeschlagen. Das helfe Menschen mit dem kleinen Geldbeutel zielgenau, sich Wohnraum leisten zu können.“

Jetzt lasse ich gern eine Zwischenfrage zu.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Dann hat Herr Dolgner das Wort.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Ja, Kollege Lehnert, Ihr Argument ist so einfach wie viel genutzt. Natürlich brauchte ich keine Narkose, wenn ich den Schmerz auf 24 Stunden verteilen kann.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist auch falsch!)

Es geht ja bei solchen Sachen nicht um Durchschnittsbetrachtungen, sondern um regionale Betrachtungen. Wie erklären Sie es sich - wenn es kein Problem gibt -, warum der Kreis Rendsburg-Eckernförde kürzlich in seiner Satzung über die anerkennungsfähigen KDU-Kosten im Kieler Umland Steigerungen um bis zu 25 % hatte, wenn es da gar kein Problem explodierender Mieten bei entsprechendem Wohnraum gibt?

Zweitens. War die Expertise von Herrn Breitner und Haus & Grund die einzige Grundlage für Ihre Entscheidung? War das die wissenschaftliche Untersuchung der Wirkung der

**(Vizepräsident Rasmus Andresen)**

Mietpreisbremse? Was das die Grundlage für die Abschaffung der Mietpreisbremse?

**Peter Lehnert [CDU]:**

Ich habe nicht behauptet, dass es nicht regional und vereinzelt Problemstellungen gibt.

(Zurufe)

- Wenn Sie meiner Rede zugehört hätten: Ich kann Ihnen die Passage gern, wenn ich die Zeit dazu habe, nochmal vorlesen.

(Martin Habersaat [SPD]: Warum kommen Sie denn mit Durchschnitten, wenn Sie behaupten, es gibt regional Probleme?)

- Das habe ich doch zu Beginn gesagt, dass wir gemeinsam, die koalitionstragenden Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, einen sehr umfangreichen Antrag vorgelegt haben, um Problemstellungen in einzelnen Gebieten mit erhöhter Wohnraumnachfrage anzugehen. Das ist doch ganz logisch. Das haben wir hier doch ganz deutlich gemacht. Sie versuchen, immer wieder deutlich zu machen, dass es ein flächendeckendes, in ganz Schleswig-Holstein existierendes, riesiges Problem mit exorbitanten Mietsteigerungen gäbe. Da sagen die Zahlen ganz ausdrücklich etwas anderes.

Wir beziehungsweise die Landesregierung hat dazu ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Grundlage der Beschlussfassung dieses Pakets der Landesregierung gewesen ist, das die Folgen oder die möglichen Folgen dort analysiert. Dazu hat Ihnen der Innenminister sehr umfangreich am letzten Dienstag in einer Pressekonferenz Auskunft gegeben, wie dort die Konsequenzen sind. Dieses Gutachten sagt ganz eindeutig, dass die Mietpreisbremse in Schleswig-Holstein nicht die erhofften Wirkungen gezeigt hat.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung oder Frage des Kollegen Dolgner?

**Peter Lehnert [CDU]:**

Ja, gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Sie haben uns beim Thema Mietpreisbremse Fake News vorgeworfen und haben das begründet.

- Ich nicht. Nein, das stimmt nicht. Ich habe hier Herrn Breitner zitiert.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Die Frage darf man trotzdem erst einmal stellen, bevor man sie beantwortet.

**Peter Lehnert [CDU]:**

Entschuldigung, Entschuldigung.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Sie haben das Zitat der Pressemitteilung zur Grundlage Ihrer Argumentation genommen und haben gleichzeitig als Grundlage Ihrer Argumentation einen Durchschnittswert genommen. Ist Ihnen bewusst und bekannt, dass sowohl die Kappungsverordnung als auch die Mietpreisbremsenverordnung beides eine regionale Komponente haben und nicht auf einen Durchschnitt zielen? Und warum sagen Sie dann, wir würden mit diesem Antrag quasi über Flächendeckung sprechen? In Schleswig-Holstein sind die Instrumente dieser beiden Verordnungen zu regionalisieren, und sie sind auch regionalisiert. Wo das genau notwendig ist, entscheidet übrigens das Ministerium. Sie haben eben mit einem Flächenargument für die Abschaffung von zwei Verordnungen argumentiert, die rein regional wirken. Ich habe Ihnen gerade vorgestellt, dass es sehr wohl regionale Probleme gibt, wo sie dann auch regional wirken würden. Ihre Argumentation bezüglich regional, Durchschnitt und Fläche finde ich da nicht schlüssig. - Konnten Sie dem folgen?

- Am Ende nicht mehr, muss ich ganz ehrlich sagen. Ich verstehe aber umgekehrt Ihre Argumentation auch nicht so ganz. Ich habe mir die ganzen Presseerklärungen vom Kieler Oberbürgermeister, Herrn Kämpfer, und des DGB durchgelesen. Da kommen sehr unterschiedliche Argumentationen. Der DGB argumentiert - auch mit Zahlen -, dass die Mietpreisbremse angeblich in den letzten Jahren erfolgreich gewesen wäre. Herr Breitner argumentiert - so ähnlich wie Frau Ünsal das heute auch gemacht hat -, indem er sagt, das war nicht erfolgreich, aber jetzt wird sie ja verschärft, und jetzt sollten wir noch einmal gemeinsam überprüfen, ob uns nicht diese Verschärfung weiterhilft. Sie müssen sich in Ihrer Argumentation schon einmal überlegen, ob die alte Mietpreisbremse denn nun gewirkt hat oder nicht. Das ist mir bisher nicht klar geworden. - So, jetzt ist meine Redezeit zu Ende.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das ist korrekt.

**Peter Lehnert [CDU]:**

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und die Zwischenfragen, Kollege Dolgner.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Andreas Tietze.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In der Tat ist kaum ein Thema in unserem Land so wichtig wie dieses, was wir gerade diskutieren. Ich stelle für meine Fraktion und für die Grünen insgesamt fest: Mieterschutz ist ein hohes Gut, und wir müssen Mieterinnen und Mieter vor unverhältnismäßig hohen Mieten und vor Mietwucher schützen.

Aber in diesem Haus gibt es darüber auch wenig Dissens. Denn der Antrag, den wir Ihnen vorlegen, hat gerade bei dem Thema auch einen Alternativvorschlag vorgesehen. Zu dem komme ich gleich noch.

Meine Damen und Herren, die Lösung der Problemlage, wie wir sie momentan auf dem Wohnungsmarkt haben, ist schwierig. Wenn es da ein Patentrezept gäbe, was sofort wirken würde, dann wären wir alle glücklich. Aber wir wissen, aufgrund der Komplexität und der Schwierigkeit des Marktes, dass dem nicht so ist.

Der Mietzins ist in den Ballungsgebieten überproportional gestiegen, gerade in den Städten und Regionen, die wir genannt haben: Kiel, Hamburger Rand und Sylt. Freie Wohnungen sind nicht vorhanden, aber auch bebaubare Grundstücke sind Mangelware. Richtig ist auch, dass wir einen Großteil der Probleme nicht hätten - darauf möchte ich noch einmal hinweisen -, wenn die Wohngemeinnützigkeit vor Jahrzehnten nicht abgeschafft und kommunale Wohnungsunternehmen nicht verkauft worden wären.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das ist ein Problem, für das wir auch selbst verantwortlich sind. Es waren daran verschiedene Parteien beteiligt, liebe Frau Ünsal, auch die SPD. Natürlich ist es immer leicht, aus der Opposition heraus den Vorwurf an die regierungstragenden Fraktionen zu machen, aber es ist nicht so einfach, hier einfach die Verantwortung von sich zu schieben.

Auch Herr Kämpfer, den ich im Übrigen sehr schätze, muss für seine Stadt Kiel feststellen, dass der Quadratmeterpreis für eine 60 m<sup>2</sup> große Wohnung im Jahr 2011 bei 5,72 € und im Jahr 2018 bei 8,20 € lag. Trotz der Mietpreisbremse konnte er diesen Anstieg nicht verhindern. Andere eben im Grunde genommen auch nicht.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie haben gerade gesagt, es gab gar keinen Anstieg!)

Meine Damen und Herren, ich plädiere dafür, dass wir an der Stelle, an der wir jetzt stehen, parteiübergreifend nach Lösungen suchen und nicht auf gegenseitige Schuldzuweisungen setzen. Wir müssen den Preisanstieg nach oben bremsen. Das ist richtig.

Die Große Koalition aus SPD und CDU im Bund hat die Mietpreisbremse auf den Weg geschickt. Zunächst war sie nicht scharf, dann wurde sie jetzt im Januar 2019 verschärft. Für meine Fraktion sage ich: Die Auswirkungen hätten wir gern abgewartet. Aber die Situation, in der wir den Koalitionsvertrag im Jahr 2017 aufgestellt haben, war noch eine andere. Durch die Einführung dieser etwas schwierigen Mietpreisbremse haben sich die Mieten eben auch innerhalb eines Jahres exorbitant erhöht. Das Ziel, die Mieten zu deckeln, hat sie nicht erreicht, zumindest nicht in der Form, wie sie in den Kompromissen - die auch Sozialdemokraten manchmal machen müssen, wenn sie in einer Koalition sind, auch wenn sie das nicht gern haben wollen - vorgesehen war.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das haben wir sogar mit euch gemacht!)

Das muss ich an der Stelle auch sagen. Es bringt deshalb wenig, dieses Spiel des Hin und Her.

Frau Ünsal, die genannte Verschärfung ist ja richtig, aber hätten Sie richtig verschärft, dann hätten Sie im Bund auch durchgesetzt, dass nicht die Länder sozusagen frei entscheiden können, sondern dann hätten Sie im Bundesgesetz gleich gesagt: Das gilt für das gesamte Bundesgebiet.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch da will ich einmal mit einem Blick zurück sagen: Wenn man es gewollt und wirklich scharf hätte schalten wollen, hätte es diese Möglichkeit gegeben. Man hat das aber nicht durchgesetzt.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Also, meine Damen und Herren: Bitte nicht den Heiligenschein aufsetzen, manchmal drückt er

**(Dr. Andreas Tietze)**

auch, und manchmal wird es dann doch allzu scheinheilig.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Kollege Dr. Tietze - -

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja, ich lasse eine Zwischenfrage zu.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Es wäre nett, wenn Sie mich trotzdem erst einmal ausreden lassen würden. - Aber dann hat jetzt der Kollege Dunckel das Wort.

**Dr. Heiner Dunckel [SPD]:** Vielen Dank, Herr Kollege Tietze. - Ich bin in diesem Bereich sicherlich kein Fachmensch. Deshalb bitte ich einfach, mich noch einmal zu informieren. Ich habe jetzt zwei verschiedene Positionen gehört. Also haben sich die Mieten nun exorbitant erhöht, oder haben sie sich nicht erhöht? Eins von Beidem kann doch nur stimmen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist regional unterschiedlich!)

- Also die Botschaft ist: Regional haben sie sich durchaus exorbitant erhöht, aber nicht überall? Habe ich das so richtig verstanden?

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich glaube, die Antwort sollte Andreas geben! - weitere Zurufe)

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

- Also ich bin sehr dankbar, dass hier auch sehr fachkundige Kolleginnen und Kollegen sitzen. Es ist eben nicht stringent. Sie haben sich nicht überall exorbitant erhöht, das wissen Sie auch. Es ist ein Mangelmarkt. Wenn ich einen Mangelmarkt habe, das heißt wenig Angebot und viel Nachfrage, dann haben die Leute natürlich die Möglichkeit, die Preise nach oben zu setzen. Viele tun das eben in nicht fairer Art und Weise, tun es eben auch so, dass sie ganz schnell Kasse machen können. Das ist etwas, was nicht richtig ist, denn Wohnen ist für uns ein Grundrecht, Wohnen gehört zu einem guten Leben dazu. Deshalb wenden wir uns natürlich auch gegen diese exorbitanten Mietsteigerungen oder dagegen, dass Hedge-Fonds und andere Wohnungen gar nicht mehr zum Mieten auf den freien Markt stellen, sondern sie nur noch als reine Spekulationsobjekte in

ihren Portfolios behalten. Das ist unanständig. Das ist auch etwas, was wir gemeinsam bekämpfen wollen. Deshalb setzen wir auf die Verschärfung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz. Das ist ein scharfes Schwert. Da sind Bußgelder bis zu einer Höhe von 50.000 € geplant, Mietrückzahlungen, und man kann da auch einmal in den Knast gehen, wenn man an der Stelle meint, dass man exorbitant Leute beschließen möchte.

(Zurufe CDU: Oh!)

Das ist eine wirksame Maßnahme, die wir im Strafrecht ansiedeln. Da gehört es auch hin.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Kollege Tietze, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Dunckel?

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr gern. Wenn ich Ihnen helfen kann, das zu beantworten, dann tue ich das sehr gern.

**Dr. Heiner Dunckel [SPD]:** Genau, deshalb ist das sehr schön. Aber es ist doch ein bisschen trivial festzustellen, dass in bestimmten Bereichen des ländlichen Raumes die Mieten nicht exorbitant gestiegen sind. Das ist doch vermeintlich eine triviale Aussage. Dass sie in Ballungsgebieten natürlich gestiegen sind, ist doch genauso trivial. Das ist das, was ich jetzt verstanden habe.

- Ja, genau das habe ich geantwortet. Sie erkennen schon allein daran, dass die Mietpreisbremse nur von 12 Gemeinden eingeführt worden ist und 1.146 Gemeinden dies nicht getan haben, dass es dieses Problem nur in bestimmten Regionen gibt. Die Kollegin Ünsal hat darauf auch noch einmal rekurriert. Das ist eben Sylt, das ist Kiel, das sind die großen Städte, auch Lübeck, und das ist so im Hamburger Rand.

(Martin Habersaat [SPD]: Ja! Und warum nehmen Sie denen jetzt dieses Instrument? - Christopher Vogt [FDP]: Weil es nicht funktioniert hat! - Weitere Zurufe)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Tietze!

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Frage ist, warum geben Sie ihnen das Instrument als mitregierungstragende Bundespartei nicht?

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Kollege Tietze, nun warten Sie doch erst einmal ab. - Gemeldet hat sich jetzt die Kollegin Ünsal zu einer Zwischenbemerkung oder -frage. Ich frage, ob Sie die gestatten.

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern, Herr Präsident.

**Özlem Ünsal** [SPD]: Ich möchte gern noch einmal nachfassen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie auch der Auffassung sind, dass ergänzend zu dem Instrumentenkoffer, den Sie uns jetzt mit Ihrem Alternativantrag vorlegen, die Mietpreisbremse weiterhin hätte bestehen bleiben können, dass es keine Notwendigkeit gegeben hätte, die jetzt abzuschaffen?

- Na ja, ich habe Ihnen ja gesagt, nach unserer Auffassung hätten wir das weitergeführt. Aber wir haben einen Koalitionsvertrag zu einer Zeit abgeschlossen, in der dieses Instrument nicht geeignet war, sondern Mieten erhöht hat.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben damals gemeinsam in der berühmten Nacht festgestellt, in der wir verhandelt haben, dass das Instrument, was zu der Zeit gültig war, eben keine Wirkung entfaltet hat.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Jetzt gilt für uns - das gilt für Sie übrigens auch, wenn Sie seriös Koalitionsverträge abschließen - pacta sunt servanda, was vereinbart ist, ist vereinbart. Daran halten wir uns.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Özlem Ünsal** [SPD]: Darf ich eine Nachfrage stellen? Das heißt, die Entwicklung in Bezug auf die Mietpreisbremse ist kein Grund für die Jamaika-Koalition, genau an diesem Punkt in dem Instrumentenkatalog nachzufassen und vielleicht der Lage entsprechend auch zu handeln?

- Frau Ünsal: hätte, hätte. Wir wissen ja noch gar nicht - -

- Nein. Ich frage Sie ganz konkret, weil - -

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Moment, Frau Ünsal.

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Ünsal, wir wissen, dass Sie jetzt die Mietpreisbremse verschärft haben. Frau Barley hat dazu ein Gutachten vorgelegt, das sagt: Ja, eine gewisse Wirkung auf die Miete, dass sie gedeckelt ist, hatte diese Mietpreisbremse. Was die Mietpreisbremse aber nicht geschafft hat, ist, dass sie Wohnungen in großer Zahl geschaffen hat. Wir erkennen: keine Wohnungen, knapper Markt, hohe Mieten. Deshalb haben wir jetzt genau dieses Maßnahmenpaket aufgelegt, für das wir im Übrigen nicht nur von den Verbänden gelobt werden, sondern zu dem wir auch von anderen hören: Das ist ein sehr pragmatischer Vorschlag, den Sie da machen, aber einer, der wirken kann, weil Sie endlich einmal eine Alternative diskutieren, auch im Markt selbst mehr möglich zu machen.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

48.000 Wohnungen allein durch den Dachgeschossausbau, das ist doch nicht nichts, liebe Frau Ünsal, wenn wir auf der anderen Seite in den letzten Jahren viele Sozialwohnungen verloren haben.

(Beifall Kay Richert [FDP])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Wir machen das hier so wie gestern, sprich es gibt zwei Fragen, ansonsten bitte ich darum, sich noch einmal zu Kurzbeiträgen melden. - Jetzt hat sich der Kollege Habersaat zu einer Zwischenfrage oder -bemerkung gemeldet.

**Dr. Andreas Tietze** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Kollege Habersaat, bitte schön. Gern.

**Martin Habersaat** [SPD]: Herr Kollege Tietze, ich würde von Ihnen gern noch einmal die Gründe dafür hören, warum Sie jetzt nicht beispielsweise ein Jahr lang die verschärfte und neue Mietpreisbremse wirken lassen und gucken, ob die zieht oder nicht zieht. Dann könnten Sie sie in dieser Koalition immer noch abschaffen, und parallel, nebenbei all die segensreichen Dinge tun, die Sie sich vorgenommen haben und gegen die ja niemand etwas hat.

**(Dr. Andreas Tietze)**

- Herr Kollege Habersaat, Sie hätten mir zuhören müssen. Ich habe das in der vorherigen Antwort ausführlich beantwortet, und ich will jetzt die Kollegen nicht von der Mittagspause abhalten.

(Zuruf: Es gibt keine Mittagspause!)

- Okay, wir haben zwar keine Mittagspause, aber ich finde es schwierig. Sie stellen eine Frage, die ich vorher beantwortet habe, noch einmal. Ich habe in der zweiten Antwort dazu sehr ausführlich Stellung bezogen. Deshalb sehe ich jetzt keinen Grund, weiter darauf einzugehen.

Meine Damen und Herren, jetzt kommen wir einmal zu den Maßnahmen, die wir voranbringen wollen, und die ich richtig finde. Wir wollen Förderprogramme des Zweckvermögens so verändern, dass der Erwerb von Wohnungseigentum leichter zu realisieren ist. Wohnungseigentum ist ein wichtiger Baustein zur Verhinderung von Altersarmut. Das Programm „Jung kauft alt“ ist zum Beispiel etwas, worauf wir in diesem Paket sehr stark setzen. Junge Menschen haben die Möglichkeit, durch Förderprogramme im Bestand zu kaufen. Es ist nicht billig, wenn man Altbau saniert, aber dass man Möglichkeiten hat, gute Gebäude im Bestand zu sanieren, ist sinnvoll und nachhaltig.

Ich darf Ihnen auch sagen: „Alt baut um für jung“. Wie viele Häuser haben wir, in denen alleinstehende Menschen wohnen, die sich wünschen, dass man vielleicht eine Wohnung umbaut, dass der Garten gemacht wird, dass Gemeinschaft entsteht, vielleicht Familien wieder neue Menschen dazugewinnen und man plötzlich feststellt, dass es eine sinnvolle Möglichkeit ist? Das sind die sinnvollen Instrumente, von denen wir glauben, dass sie sehr schnell und zeitnah zu mehr Wohnungen führen und dass das den Menschen richtig und konkret hilft. Deshalb haben wir uns für solche Modelle entschieden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Nehmen Sie, meine Damen und Herren, die Dynamisierung des Wohngeldes. Das ist doch richtig. Das ist eine soziale Ausrichtung unseres Wohnungsmarktpaketes. Das ist auch ein Stück Sozialpolitik, liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Martin Habersaat [SPD])

Ich glaube, dass wir bei der Dynamisierung gemeinsam auf dem richtigen Weg sind, wenn wir

wollen, dass auch armutsgefährdete Haushalte die Möglichkeit haben - -

(Zurufe SPD)

- Meine Damen und Herren, wir können jetzt streiten, wie wir wollen. Aber das ist ein wichtiger Baustein, auch für Menschen mit niedrigem Einkommen.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Sie können jetzt nicht mehr so viel streiten.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Deshalb ist das richtig, meine Damen und Herren. Lassen Sie mich den letzten Satz formulieren. Eigentum verpflichtet. Deshalb will ich daran erinnern, auch im Baugesetzbuch gibt es ein sogenanntes Baugebot.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Tietze!

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich wünsche mir, dass durch unsere Initiative in Schleswig-Holstein Wohnungen für die Menschen entstehen und wir das Problem da lösen, wo es anfällt, nämlich in einem - -

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Tietze!

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Vielen Dank, Herr Präsident.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das waren sechs letzte Sätze. Sie haben in Ihrer Rede auch Wörter benutzt, über die Sie noch einmal nachdenken sollten, ob die hier im parlamentarischen Raum angemessen sind.

Das Wort hat für die FDP-Fraktion der Vorsitzende Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich gleich auf den sachkundigen Beitrag des Kollegen Habersaat, der schon mit Fragen gegläntzt hat.

(Christopher Vogt)

„Keine Rolle rückwärts beim Mieterschutz“ - so lautet der aus meiner Sicht etwas abgegriffene Slogan der SPD-Fraktion zum Thema Wohnen. Die Unterzeile „Mieterinnen und Mieter auch weiterhin vor Wucher, Mietpreisüberhöhungen schützen“ wurde immerhin geändert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Das muss man schon einmal sagen. Aber ich muss ehrlich sagen: Leider geht das an der Realität vorbei.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe SPD)

- Sie tun ja so, als hätten Sie es in der Vergangenheit erfolgreich geschafft. Das ist eben nicht der Fall. Die von der SPD so hoch gehaltenen regulatorischen Instrumente bestehen keinen Faktencheck.

(Werner Kalinka [CDU]: Ja!)

Sie funktionieren nicht, wie es sich die SPD erhofft hatte. Das kann auch niemanden überraschen, der sich mit wirtschaftlichen Zusammenhängen auseinandersetzt oder der sich die gesammelten Erfahrungen mit solchen Instrumenten in der Vergangenheit genau angeschaut hat.

(Beifall FDP und CDU)

Wir können nicht so lange warten, bis der Murks von der SPD irgendwann einmal funktioniert. Auch die vielbeschworene Verschärfung der Mietpreisbremse wird daran nicht wirklich etwas ändern. Ich könnte jetzt viel zur Wohnungsbaupolitik der SPD in den vergangenen Jahren sagen. Die Probleme, die Sie beklagen, sind die Ergebnisse Ihrer Politik. Aber es geht uns eben nicht um eine Rolle rückwärts, sondern um einen echten Sprung nach vorn.

(Beifall FDP und CDU)

Die vielerorts steigenden Immobilien- und Mietpreise und das dadurch bedingte Zwangspendeln vieler Menschen - auch das sollten wir im Auge haben - können wir effektiv nur durch mehr Wohnungsbau in den nachgefragten Regionen ausbremsen. Dann müssen wir eben Geschwindigkeit ins Spiel bringen.

Es ist deshalb der richtige Weg, dass diese Koalition mit einem durchdachten Maßnahmenpaket neue Impulse für den Wohnungsbau in Schleswig-Holstein setzen wird. Die Mietpreisbremse und die Kappungsgrenzenverordnung, die ohnehin nur in 12 beziehungsweise 15 Gemeinden unseres Landes gelten und eben auch da nicht weiterhelfen, können durch geeignete Instrumente ersetzt werden. Wir

brauchen echte Lösungen und keine Beruhigungspillen, die die Probleme nicht lösen und teilweise sogar kontraproduktiv wirken. Auch darauf sollte man noch einmal abstellen.

Es gibt beispielsweise eine psychologische Wirkung, die Sie immer wieder negieren, die aber vorhanden ist. Wir wollen beim Mietwucher - darum muss es in der Tat gehen, Frau Kollegin Ünsal, die schwarzen Schafe treffen, aber auch kein Investitionsbremsen und kontraproduktive Fehlanreize unterstützen. Es ist absolut richtig, nicht nur in den vielen kleineren Gemeinden - das haben Sie in der Vergangenheit abgelehnt, aber ich habe heute herausgehört, dass Sie es begrüßen, im neuen Landesentwicklungsplan die Schaffung neuen Wohnraums zu ermöglichen -, sondern auch in den Städten mit einer entrümpelten Landesbauordnung die durchaus vorhandenen Potenziale besser zu nutzen. Auch Hamburg hat dort schon eine Menge herausgeholt und ist weiterhin auf dem Weg.

Wir wollen die Nachverdichtung erleichtern, um mehr innerstädtischen Wohnraum zu ermöglichen. Allein durch die Aufstockung von Gebäuden könnten in Schleswig-Holstein absehbar bis zu 48.000 neue Wohnungen entstehen. Das ist schon einmal ein enormes Potenzial, das wir nicht länger liegen lassen dürfen und auch nicht länger liegen lassen wollen.

(Beifall FDP und CDU)

Wir wollen zum Beispiel die Verwendung von Holz als Baumaterial erleichtern und die Pflicht zur Nachrüstung von Aufzügen beim Dachgeschossausbau oder bei der Aufstockung abschaffen. Gerade bei den Studentenwohnungen in Kiel wäre das eine gute Möglichkeit. Außerdem wollen wir in bestimmten Gebieten geringere Abstände zwischen den Gebäuden erlauben. Man kann in vielen älteren Stadtteilen sehen, dass das durchaus angenommen wird, wenn man es attraktiv gestaltet. Deshalb wollen wir die Nachverdichtung vorantreiben. Sie hat den großen Vorteil, dass vorhandene Infrastruktur - auch das ist ein Thema - genutzt werden kann und eben keine neuen Flächen versiegelt werden müssen. In den großen Städten sehen wir, dass es diese Flächen gar nicht gibt. Deshalb müssen wir in die Höhe wachsen.

Unser Ziel ist es, die Reform der Landesbauordnung im Laufe dieses Jahres umzusetzen. Auch eine Überarbeitung der Regelung zur Barrierefreiheit und zur Stellplatzpflicht wollen wir nach einer Evaluation in Angriff nehmen. Die Umnutzung von Flächen, auch im ländlichen Bereich - Herr Breit-

**(Christopher Vogt)**

ner, ich teile bei Weitem nicht alles, was er sagt - sprechen wir von Donut-Dörfern. Das liegt daran, dass die Umnutzung von Flächen bei alten Bauernhöfen und so weiter unheimlich aufwendig und zeitintensiv ist und deshalb nicht innerorts etwas Neues gebaut wird, sondern am Ortsrand. Das ist einer der wesentlichen Faktoren. Auch da muss man rangehen.

Das Wohngeld wurde schon angesprochen. Wir brauchen sinnvolle Förderprogramme, um den Mietwohnungsbau attraktiver zu machen. Investoren für Neubau werden sich nur finden, wenn es sich lohnt.

Meine Damen und Herren, anstatt über Enteignungen, Verstaatlichungen oder höhere Steuern zu sprechen, die dann aber nicht auf die Mieter umgelegt werden sollen - in welcher Welt leben Sie eigentlich?

(Beifall FDP und CDU)

Wollen wir nicht den Kommunen mehr Freiräume zur Schaffung neuen Wohnraums geben? Wir wollen Bremsen lösen, Investoren anlocken, die nicht nur im Luxussegment unterwegs sein wollen. Wir wollen mehr jungen Familien den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglichen. Deutschland hat in der Tat eine der niedrigsten Wohneigentumsquoten Europas. Das ist auch ein Problem für die Altersversorgung, gerade beim deutschen Rentensystem, und für die Vermögensbildung unserer Mittelschicht. Ein Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer würde Familien den Weg ins Eigenheim viel stärker erleichtern. Das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart. Da muss der Bund jetzt endlich einmal liefern.

(Zuruf Jörg Nobis [AfD])

Abschließend möchte ich sagen, meine Damen und Herren, es würde helfen, wenn wir uns bei Steuern und Abgaben, auch was die zweite Miete angeht, ein wenig zurückhalten würden,

(Werner Kalinka [CDU]: So ist das!)

wenn wir Bürokratie abbauen, statt immer neue Bürokratie zu schaffen. Das würde sehr viel bringen.

(Beifall FDP und CDU)

Das werden wir tun. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Jörg Nobis.

**Jörg Nobis [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD beantragt ein Festhalten an der Mietpreisbremse und hält es nicht einmal für nötig, ihren Antrag mit zwei oder drei dürftigen Zeilen zu begründen. Die Mietpreisbremse wurde 2015 eingeführt und kann heute getrost als gescheitert betrachtet werden. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hat sich überhaupt nicht entspannt, und ein weiterer Anstieg der Mieten - wir haben es eben gehört - wurde nicht verhindert. Die Mietpreisbremse hat akutes Bremsversagen, meine Damen und Herren. Bremswirkung gleich null. Das verwundert jeden halbwegs marktwirtschaftlich denkenden Menschen nicht. Wenn es in einer Region zu wenig Wohnraum gibt, dann hilft eine Mietpreisbremse eben nicht, neuen Wohnraum zu schaffen. Ganz im Gegenteil. Für Investoren wirken die immer weitergehenden Regulierungen des Wohnungsmarktes abschreckend.

Daher ist es an der Zeit, endlich einzusehen, dass sich der angespannte Wohnungsmarkt nicht mit Mitteln des Ordnungsrechts regulieren lässt. Wir brauchen in Deutschland und Schleswig-Holstein vielmehr ein investitionsfreundliches Klima, damit mehr Wohnungen entstehen können.

Deshalb dürfen besonders private Vermieter nicht durch zusätzliche Vorgaben davon abgehalten werden, Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen und Neuvermietungen vorzunehmen. Das betrifft auch die beispielsweise immer umfassenderen Dämmvorschriften, die den Wohnungsbau noch zusätzlich verteuern. Zügiger Wohnungsbau scheitert oftmals an viel grundlegenden Fragen, etwa der nach verfügbarem Bauland, zügigen Baugenehmigungen und so weiter.

Den Ansatz der Landesregierung, hier ein Maßnahmenpaket vorzulegen, um den Bau zusätzlichen Wohnraums zu befördern, begrüßen wir daher ausdrücklich. Im Einzelnen wird natürlich zu diskutieren sein, welche Maßnahmen sinnvoll und besonders wirksam sind. Insbesondere werden wir darüber zu beraten haben, wo überhaupt weiteres Wachstum stattfinden soll. Nicht alle Regionen, nicht alle Gemeinden eignen sich gleichermaßen für weiteres Wachstum.

Die Ankündigung, die Mietpreisbremse auslaufen zu lassen, ist jedenfalls ein erster richtiger Schritt,

(Jörg Nobis)

auch wenn das den staatsdirigistischen Grundüberzeugungen der Genossen zuwiderlaufen mag. Von Ihren Antragspunkten, liebe SPD, halten wir ausschließlich den letzten Punkt für sinnvoll. Natürlich muss das Baurecht vereinfacht werden, ich glaube, das ist wahrscheinlich sogar fraktionsübergreifend Konsens. Natürlich sollten auch weitere Förderprogramme geprüft werden.

Aber wenn schon, denn schon: Ein vereinfachtes Baurecht hilft gar nichts, wenn die Vermietung mit bürokratischen Hürden unnötig erschwert wird. Das machen die Jamaika-Fraktionen etwas besser, etwa wenn sie in ihrem Alternativantrag die Bundesratsinitiative zur Entlastung von Privatpersonen bei der Grunderwerbsteuer unterstützen.

Aber auch Sie machen es nicht so gut wie wir. Konsequente Förderung heißt Verzicht auf die Grunderwerbsteuer, meine Damen und Herren. Dafür stehen wir als AfD schon seit Langem. Es hieß in unserem Landtagswahlprogramm:

„Selbstgenutzter Wohnraum soll von der Grunderwerbsteuer befreit werden.“

(Beifall AfD)

Es ist wirklich an sich widersprüchlich, wenn der Staat einerseits für Bezieher kleiner Einkommen Wohngeld gewährt, den sozialen Wohnungsbau mit erheblichen Mitteln bezuschusst, andererseits aber die lebenslange Selbstversorgung des Bürgers durch eine eigene Wohnung steuerlich mit der Grunderwerbsteuer belastet. Wenn Sie also wirklich etwas verbessern wollen bei der Grunderwerbsteuer, dann machen Sie keine halben Sachen: Keine Grunderwerbsteuer für selbstgenutzten Wohnraum! Das wäre mal eine echte Förderung.

Anträge, die die Worte „Bremse“ und „Miete“ enthalten, lehnen wir aus Prinzip ab.

(Lachen Sandra Redmann [SPD])

So funktioniert das nämlich nicht. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Das Wort hat für die Abgeordneten des SSW der Abgeordnete Flemming Meyer.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Egal ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, bei der Schaffung und beim Erhalt von bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum stehen wir vor einer großen Herausfor-

derung. Seit Jahren ist klar, dass bezahlbare Wohnungen fehlen, und zwar längst nicht nur in den Städten, sondern auch im ländlichen Raum. Da können wir selbst in Schafflund zurzeit mitreden.

Dieses Problem hat verschiedene Ursachen. Es gibt daher auch keine Patentlösung, ganz im Gegenteil: Wir brauchen möglichst vielfältige Maßnahmen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und dauerhaft zu sichern. Das wird nicht zuletzt durch den Antrag der SPD und durch die aktuellen Vorschläge der Landesregierung deutlich.

Wir haben bei diesem Thema immer wieder klar gesagt, dass wir selbstverständlich jede Maßnahme unterstützen, die zu mehr und zu günstigerem Wohnraum führt. Aus meiner Sicht ist dieses Problem viel zu drängend, um sich gegenseitig Verfehlungen vorzuwerfen oder in irgendwelchen politischen Lagern zu denken. Wir haben gemeinsam die unheimlich wichtige Aufgabe, mehr Menschen zu ihrem Recht auf eine bezahlbare Wohnung zu verhelfen. Hierfür liegen nicht nur gute Vorschläge vonseiten der SPD auf dem Tisch, auch den Maßnahmen, die die Jamaika-Fraktionen hier auf den Weg bringen wollen, stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

Doch gerade weil es uns einzig und allein um mehr bezahlbaren Wohnraum geht, kann ich die Position der Regierung zum Thema Mietpreisbremse nicht nachvollziehen. Ich gebe gern zu, dass dieses Instrument bisher nicht das schärfste Schwert auf dem Wohnungsmarkt war; aber diese Maßnahme, die die Höhe der Neuvermietungsrenten begrenzen soll, wurde doch gerade erst verschärft. Die Regelung gibt vor, dass Vermieter bei Vertragsabschlüssen keine Miete verlangen dürfen, die mehr als 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt. Nach der aktuellen Verschärfung sind Vermieter dazu verpflichtet, bereits vor Abschluss des Mietvertrages mitzuteilen, ob und, wenn ja, warum sie dagegen verstoßen. Gerade nach dieser Neuerung ist doch davon auszugehen, dass die Bremse endlich besser wirkt.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Deshalb kann ich nicht verstehen, warum man diese Verschärfung nicht zumindest erst einmal wirken lässt und in Ruhe evaluiert. Ich verstehe nicht, warum die Jamaika-Fraktionen eine der Möglichkeiten, Mietwucher zu verhindern, ohne Not aus der Hand geben wollen. Niemand zweifelt daran, dass die Wohnraumförderung gut und wichtig ist. Aber ohne eine flankierende Mietpreisbremse werden

**(Flemming Meyer)**

auch diese neuen Wohnungen absehbar zu teuer für Normalverdiener sein.

Ich teile daher die Meinung des Mieterbundes, dass eine Mietpreisbremse so lange ihre Daseinsberechtigung hat, wie es an bezahlbarem Wohnraum mangelt. Wir fordern die Landesregierung dringend dazu auf, die Abschaffung zu überdenken. Wir alle kennen die Probleme, die durch überbezahlte Mieten und knappen Wohnraum entstehen. Viele Menschen werden wortwörtlich an den Rand gedrängt und haben dadurch immer weitere Wege zwischen Arbeits- und Wohnort. Oder ihnen bleibt ein immer geringeres Budget für die Lebensführung. Gerade die Mieten in der Stadt steigen seit Jahren deutlich schneller als die Einkommen. Heute zahlen schon über 40 % aller Mieter Mieten, die sie sich eigentlich gar nicht leisten können. Damit macht das Wohnen immer mehr Menschen arm.

Auch wenn diese Folgen bei uns im Norden vielleicht noch nicht ganz so stark durchschlagen, wird es allerhöchste Zeit, diese Entwicklung auch hier zu stoppen. Aus Sicht des SSW müssen wir uns deshalb gemeinsam dafür einsetzen, bestehende Wohnungsbestände zu sozialverträglichen Mietpreisen zu erhalten. Wir müssen gemeinsam mit den Kommunen eine noch aktivere und sozialere Wohnungsbaupolitik betreiben; denn wir brauchen vor allem in Ballungsgebieten deutlich mehr Wohnraum. Noch dazu müssen wir da, wo noch Wohnungen verfügbar sind, klare Anreize für die Schaffung von senioren- und familiengerechtem sowie barrierefreiem Wohnraum schaffen. Wenn wir unverhältnismäßige Mietsteigerungen wirklich effektiv bremsen wollen, brauchen wir eben auch eine ganz klare Mietobergrenze und die Deckelung von Preiserhöhungen. - Jo tak.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Meyer. - Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote.

**Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seien wir doch mal ehrlich: Der Begriff der Mietpreisbremse vermittelt eigentlich mehr das Gefühl einer Beruhigung, einer Sicherheit - nach dem Motto: Wir tun doch was, wir haben doch was -, als dass sie eine reale Verbesserung insgesamt bringt.

Nur wenigen Mietern ist überhaupt bekannt - liebe Frau Ünsal, Sie haben das vorhin ausgeführt -, dass es von den 1.106 Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein in lediglich zwölf Gemeinden überhaupt eine Mietpreisbremse gibt. Das heißt, in 99 % unserer Städte oder, bezogen auf die Bevölkerung, bei 2,5 Millionen Menschen in diesem Land gibt es keine Mietpreisbremse. Die einzigen größeren Städte, in denen sie überhaupt zur Anwendung kommt, sind Kiel und Norderstedt. Es gibt sie nicht in Flensburg, es gibt sie nicht in Neumünster, es gibt sie nicht in Lübeck, es gibt sie nicht in Elmsborn, und es gibt sie nicht in Pinneberg. 12 von 1.106! Machen wir uns doch nichts vor: Einige tun momentan so - den Eindruck gewinnt man, wenn man in den Zeitungen liest -, als ob das ganze Land Nutznießer dieser Mietpreisbremse wäre. Da sollten wir ehrlich sein: Das stimmt definitiv nicht. Manche Befürworter suggerieren sogar, dass sich dieses Instrument so auswirke, dass die Mieten automatisch im bezahlbaren Bereich lägen. Auch das ist schlicht nicht richtig. Außerdem muss eigentlich allen klar sein, dass die Mietpreisbremse nur für einen ganz begrenzten Bereich der Wohnungen überhaupt gilt. Sie gilt nicht für Neubau, sie gilt nicht für grundlegend modernisierte Wohnungen, sondern nur für normal genutzte Wohnungen.

Lassen Sie mich das einmal ganz einfach an einem Beispiel konkretisieren: Nehmen wir eine 25 Jahre alte 80 m<sup>2</sup> große Wohnung, nicht modernisiert. Unter den Bedingungen der Mietpreisbremse, 10 % plus, heißt das: In Norderstedt, einem der Orte, in denen die Mietpreisbremse gilt, können 780 € Kaltmiete genommen werden. In Wedel, auch dort gilt sie, können 750 € Kaltmiete genommen werden, wohlgemerkt zuzüglich Nebenkosten. 780 € bedeuten 9,75 € pro Quadratmeter kalt. Bei 750 € heißt das 9,35 € pro Quadratmeter kalt. Meine Damen und Herren, seien wir doch ehrlich: Das ist doch keine bezahlbare Wohnung nach dem Terminus „bezahlbares Wohnen“, wie wir dies derzeit diskutieren. Nein, meine Damen und Herren, das ist es nicht. Das ist nicht der richtige Weg.

Richtig ist es, sich auf die Wohnraumförderung zu konzentrieren und das Angebot zu erweitern. Das ist das, was diese Landesregierung auf den Weg gebracht hat. 788 Millionen € werden zur Verfügung gestellt. Die Wohnraumförderung steht darüber hinaus in allen Regionen dieses Landes zur Verfügung und nicht nur in diesen berühmten zwölf Städten, in denen die Mietpreisbremse gilt. Die Förderung sieht dann eine Miete von 5,25 € bis maximal 6,10 € pro Quadratmeter im ersten Förderweg vor. Meine Damen und Herren, das ist bezahlbares

**(Minister Hans-Joachim Grote)**

Wohnen, das ist bezahlbarer Wohnraum, wie wir ihn verstehen. Die Mietpreisbremse hilft somit den Menschen mit kleinen Budgets, über die wir immer gesprochen haben, überhaupt nicht.

Die Frage, die heute mehrfach diskutiert wird, ist: Müssen wir eigentlich das bestehende Instrument abschaffen, wenn es doch gerade reformiert worden ist?

Ich lese Ihnen einmal eine Aussage des Deutschen Mieterbundes vom 5. September 2018 vor: Reform der Mietpreisbremse geht nicht weit genug. Die vorgestellte Reform der Mietpreisbremse sei zwar ein kleiner Schritt vorwärts, sagte Lukas Siebenkotten, der Direktor des Deutschen Mieterbundes, solange die Ausnahme in der Regel bestehen bleibe, werde die Mietpreisbremse jedoch nicht greifen. Ferner sagte er: Diese krankt daran, dass als Folge der mangelnden Informationsrechte der Mieter diese keinen Überblick haben, wie hoch denn die Vormiete tatsächlich ist. Der Deutsche Mieterbund begrüßt die weitere Auskunftspflicht für Vermieter, die in dieser Reform angesprochen ist, sieht aber nach wie vor die Hauptprobleme als ungelöst, nämlich weil sie erstens nicht flächendeckend gilt, und zweitens fehle eine wirkungsvolle Sanktion für Vermieter, die sich nicht an diese Gesetze halten.

Meine Damen und Herren, der Deutsche Mieterbund selbst sagt: Das Ganze, das wir haben, ist nicht richtig. - Nun bin ich schon einige Jahre in der Verwaltung, und auch hier im Parlament wird immer wieder darüber diskutiert, dass wir bei Reformen und Gesetzen, die wir nicht mehr brauchen und die nicht mehr so wirksam sind, wie sie eigentlich sein sollten, bereit sein sollten, sie abzuschaffen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Da stellt sich mir die Frage, ob dies nur ein Lippenbekenntnis ist, oder ob wir nicht dann, wenn uns die potenziellen Nutznießer sagen, das wirkt nicht, wirklich sagen: Dann stellen wir das endlich einmal ein.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

**Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:**

Gern.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Vielen Dank, Herr Innenminister. - Wenn Sie sich auf den Deutschen Mieterbund beziehen, könnten Sie dem Hohen Hause dann noch mitteilen, was der Deutsche Mieterbund von der Idee der Abschaffung der Kappungsverordnung und der Mietpreisbremsenverordnung hält.

- Ich habe hier lediglich aus diesem Artikel der „Morgenpost“ vorgelesen. Der regionale, der schleswig-holsteinische, Mieterbund spricht sich dagegen aus. Weil sich heute alle auf die Reform beziehen und implizieren, mit der Reform haben wir das Problem gelöst, sage ich: Die Reform befasst sich nicht ein einziges Mal mit dem Aspekt, dass es günstiger wird. Lediglich bei der Abschreibung von modernisierten Wohnungen dürfen Sie künftig nicht mehr 11 %, sondern nur noch 8 % umlegen. Ansonsten ändert sich nichts an dem Preis, es ändert sich nichts an der Regulatorik,

(Vereinzelter Beifall FDP)

und die Auskunftspflicht ist noch nicht einmal unter Sanktionen gestellt, was der Mieterbund beanstandet.

Ich habe ja nichts dagegen, dass es eine Mietpreisbremse gibt. Wenn aber, dann werbe ich dafür, dass sie wirklich ein scharfes Schwert ist. Lasst uns eine neue machen,

(Vereinzelter Beifall SPD)

lasst den Bund eine neue machen, aber wir müssen doch nicht ein totes Pferd weiterreiten, nur weil es da ist.

(Beifall Hans Hinrich Neve [CDU] und Denys Bornhöft [FDP])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder eine -bemerkung?

**Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:**

Aber ja.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Dem entnehme ich, dass Sie eine Bundesratsinitiative für eine schärfere Mietpreisbremse befürworten, die all diese Dinge, die Sie eben gerade vorgetragen haben, beinhaltet. Ich danke Ihnen für

**(Minister Hans-Joachim Grote)**

diese Anregung, wir werden sicherlich noch darauf zurückkommen.

- Ich gehe davon aus, dass der Bundestag, der gerade beschlossen hat, was erst Ende des Jahres 2019 in Kraft tritt, in seiner allumfassenden Weisheit schon überlegt hat, an die maximal möglichen Grenzen zu gehen. Deswegen wäre es jetzt sicherlich vermessen, wenn der Bundesrat dem Bundestag ein nochmaliges Überdenken empfehlen würde. Ich glaube, da ist der Bundestag in seiner eigenen Entscheidungsfindung weit genug.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wir werden sehen!)

Meine Damen und Herren, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, das ist das, was wir uns auf die Fahnen geschrieben haben, und bezahlbarer Wohnraum entsteht nach unserer Auffassung nicht durch Verbote, sondern durch Angebote und Möglichkeiten, und diese Kombination, die wir momentan haben, nämlich mangelnde Wirksamkeit und fehlender Einfluss auf das Entstehen von neuen Wohnungen, ist der Grund dafür, warum wir diese Mietpreisbremse abschaffen, und ich finde, es gilt endlich einmal wahrzumachen, nicht mehr greifende Regelungen auch einmal abzuschaffen und vielleicht irgendwann später durch neue, geeignetere zu ersetzen.

Wir haben zumindest im operativen Handeln neue Empfehlungen und neue Dinge, die wir auf den Weg bringen wollen. Deshalb hat die Landesregierung die Mietpreisbremse um ein Jahr verkürzt. Die Kappungsgrenzenverordnung wird - wie es vorgesehen ist - zum 30. November 2019 auslaufen. Diese beiden Instrumente wollen wir mit einem Bündel an geeigneten neuen Maßnahmen ablösen, so sieht es der Koalitionsvertrag vor. Meine Damen und Herren, nicht nur, weil er dies vorsieht, sondern weil es richtig ist, wollen wir dies auf den Weg bringen.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen: Patentlösungen als solche gibt es nicht. Ebenso gibt es keine einfachen Antworten auf komplexe Fragen. Ich glaube, es ist nur ein Strauß an mehreren Optionen, der langfristig Erfolg bringt. Es muss auch klar sein, dass dies nicht unbedingt von heute auf morgen geht.

Den Kern bilden also künftig fünf Punkte: Erstens werden wir dafür sorgen, dass mehr Bauland geschaffen und das Vorhandene besser genutzt werden kann. Das heißt, Themen wie Landesentwicklungsplan, Regionalplan und Städtebauförderung werden eine besondere Bedeutung haben.

Zweitens setzen wir auf eine noch bessere Förderung von Wohneigentum auch für kleine und mittlere Einkommen. Dazu gehören auch Programme wie „Jung kauft Alt“ oder „Alt baut für Jung“. Das sind interessante Modelle neben einer Finanzierung von möglicherweise fehlendem Eigenkapital.

Drittens verbessern wir die Bedingungen für den Bau von Wohnungen, Thema Änderung der Landesbauordnung zu Abstand, Geschossigkeit, Materialität, Regulatorik. All dies wollen wir bis zum Jahresende auf den Weg bringen.

Viertens wollen wir, dass das Wohngeld dynamisiert wird. Das wird eine Bundesratsinitiative werden.

(Beate Raudies [SPD]: Da freut sich Herr Seehofer!)

- Das ist doch das, was wir wollen, dass er sich mal so auf uns freut!

(Beifall CDU und FDP)

Fünftens werden wir nicht zuletzt schärfer gegen die schwarzen Schafe unter den Vermieterinnen und Vermietern vorgehen. Dazu soll der Paragraph gegen Mietpreisüberhöhungen neu gefasst werden. Ich glaube, es geht uns allen doch darum, dass wir die Mietmärkte in Schleswig-Holstein insgesamt entlasten, und das erreichen wir nur durch ausreichenden Neubau von Wohnungen, sowohl im Eigentum als auch im Bereich der Vermietung.

Meine Damen und Herren, eine alte Wirtschaftsweisheit besagt: Angebot und Nachfrage regeln den Markt. Nur wenn wir das Angebot gemeinsam mit den Städten und Gemeinden sowie insbesondere engagierten Investorinnen und Investoren deutlich erweitern können, wird auch die Nachfrage nicht mehr über einen erhöhten Preis befriedigt werden müssen. Dass wir schon auf dem richtigen Weg sind, das zeigt das Mietenmonitoring für Schleswig-Holstein, das die Investitionsbank durchgeführt hat. Dort, wo es inzwischen ausreichend Neubau gibt, steigen die Mieten deutlich weniger. Das Beispiel ist Wedel. Deshalb werden wir uns hier nicht auf Scheingefechte über Symbolpolitik einlassen. Im Zweifel hat sie das Potenzial, gerade denjenigen zu schaden, denen wir eigentlich helfen wollen.

(Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, eine abschließende Bemerkung sei mir erlaubt:

In den Medien habe ich wiederholt gelesen - auch heute habe ich es gehört -, dass man ein Messer, wenn es stumpf ist, schärfen muss, anstatt es weg-

(Minister Hans-Joachim Grote)

zuschmeißen. Dem kann ich absolut zustimmen; da bin ich völlig dabei. Aber dann muss zumindest noch ein bisschen Schliff in der Klinge sein. Ein bloßes Stück Eisen kann man nicht einfach schärfen. Diesen Weg wollen wir wählen. - Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Der Herr Innenminister hat die vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese Zeit stünde jetzt den Fraktionen jeweils zur Verfügung. Ich sehe aber nicht, dass es eine Fraktion gibt, die davon Gebrauch machen möchte.

Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1304, abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP, Drucksache 19/1337.

(Zuruf SPD: Getrennte Abstimmung!)

- Herr Kollege Dr. Dolgner, zum Verfahren.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Zum Verfahren. Wir möchten, dass über die Ziffer sieben einzeln abgestimmt wird. Über die Ziffern eins bis sechs können wir gerne en bloc abstimmen.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Gut. - Dann stimmen wir jetzt zuerst über die Punkte ein bis sechs ab, danach über den Punkt sieben und anschließend noch einmal über die geänderte Fassung.

Wir fangen an mit der Abstimmung über die Punkte eins bis sechs in dem Antrag Drucksache 19/1337. Wer den Punkten eins bis sechs des Antrages zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sieht einstimmig aus. Dann stelle ich das so fest.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Punkt sieben. Wer dem Punkt sieben in dem Antrag zustim-

men möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist der Punkt sieben mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der AfD-Fraktion sowie der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW beschlossen.

Wir stimmen jetzt über den Antrag insgesamt ab. Wer diesem Antrag insgesamt seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Antrag bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen und der fraktionslosen Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 23 auf:

**Mikroplastikeinträge einschränken**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/1308 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Stefan Weber für die SPD-Fraktion.

**Stefan Weber [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einmal duschen mit etwas Duschgel, dann noch Haare waschen mit Shampoo, und schon strömen 100.000 kleinste Plastikpartikel in den Abfluss. Viele Produkte zur Körperpflege enthalten synthetisch hergestellte und mikroskopisch kleine Polymere: Körperlotionen, Deos, Aftershave, Lippenbalsam, Puder und vieles mehr. Mikroplastik sind Plastikpartikel, die 5 mm oder kleiner sind. Oftmals haben sie durchaus eine Funktion. Duschgels und Cremes zur Körperpflege bilden einen dünnen Film und legen sich so angenehm auf die Haut. Die Kunststoffe im Shampoo umhüllen das einzelne Haar und erleichtern das Kämmen. Im Haarschaum schützt der Plastikfilm vor der Hitze des Föns. Andere Kunststoffe wie Polyethylen oder Nylonpolymere erhöhen im Lippenstift die Viskosität. Wenn wir also die Haare waschen oder duschen, spülen wir diese Inhaltsstoffe und damit auch die kleinen Plastikteile ab. So gelangen sie in den Abfluss und eben auch in den Wasserkreislauf. Die meisten Kläranlagen haben keine Filter, die diese Plastikartikel zurückhalten können. Das heißt, dass die Teilchen in die Flüsse und am Ende in das Meer gelangen. Das bedeutet

(Stefan Weber)

wie für so viel anderen Plastikmüll: Endstation Meer.

Wie sich Mikroplastik auf die Ökosysteme im Meer auswirkt, ist bisher nicht genau geklärt, aber gut ist es bestimmt nicht. Muscheln und Fische nehmen es auf. In Seehunden ist es nachgewiesen. Mikroplastik ist aber auch im Honig und im Trinkwasser gefunden worden. Somit gelangen diese Teilchen in die Nahrungskette. Wir Menschen nehmen sie unter anderem beim Verzehr von Fisch auf. Bisher ist ungeklärt, wie sich das auf die menschliche Gesundheit auswirken könnte. Man braucht aber nicht viel Fantasie zu haben: Mikroplastik über die Nahrungsaufnahme direkt in den Verdauungstrakt des Menschen? Das hat langfristig bestimmt keine guten Folgen. Nach der Untersuchung vom Fraunhofer Institut für Umwelt vom Juni 2018 zu Mikro- und Makroplastik ist eine Wirkung auf den Menschen nicht auszuschließen.

Es gibt aber auch die Sekundärmikroplastik, die nämlich durch Abrieb von Makroplastik entsteht. Spätestens beim baldigen Wechsel von Winter- auf Sommerreifen wird vielen Autofahrern in diesem Frühjahr wieder auffallen, dass das Profil an den Reifen abgenommen hat. Über 100.000 t Reifenabrieb landen pro Jahr auf deutschen Straßen und gelangen von dort über die Kanalisation in Flüsse oder ins Erdreich. Sichtbar ist dies oft auch an den schwarzen Streifen auf den Straßen, die beim Bremsen oder beim rasanten Anfahren entstehen. Der weitaus größte Teil des Abriebs liegt jedoch kaum sichtbar als Feinstaub auf den Straßen und dann auch auf den Pflanzen. Welchen Folgen hat das für die Umwelt? Bei Niederschlägen wird der Reifenabrieb abgespült, gelangt in die Kanalisation oder direkt ins Erdreich. Hier muss in Zukunft weiter geforscht werden, um ein klares Bild davon zu bekommen, welche Bedeutung Reifenabrieb und die Elemente aus dem Reifenabrieb für die Organismen haben.

(Beifall SPD und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier muss geprüft werden, wie wir einen Eintrag daraus in die Umwelt verringern können. All das legt nahe: Die Verwendung von Mikroplastik muss deutlich eingeschränkt und speziell in Kosmetika verboten werden.

(Beifall SPD und Dennys Bornhöft [FDP])

Zu Letzterem gibt es bereits einen Landtagsbeschluss von 2017, Drucksache 19/290. Passiert ist bis heute leider nichts. Daher freue ich mich, dass die demokratischen Kräfte dieses Landtages heute

noch einmal einen gemeinsamen und weitergehenden Antrag zu diesem wichtigen Thema auf den Weg bringen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers.

**Heiner Rickers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kollegen! Lieber Herr Weber, das Problem ist nicht neu. Sie haben es uns noch einmal umfangreich beschrieben, und das ist auch gut so. Stetige Wiederholung sorgt durchaus für Erkenntnisgewinn und hoffentlich auch für die richtigen politischen Entscheidungen.

Fridays for Future, heute ist wieder einmal Freitag. Uns allen ist bekannt, dass uns durch die Demonstrationen auch junge Leute ein Stück weit mit auf den Weg geben wollen, wie wir deren und unsere Zukunft gemeinsam gestalten sollten. In einer Nachbesprechungsrunde bei uns in der Jamaika-Koalition richtete ich an die Runde der jungen Leute die Frage: Wie stellt ihr euch die Zukunft vor? Wollt ihr allein durch Verzicht ein Stück weit die Welt verbessern? Die Antwort fand ich bezeichnend: Nein, nicht der Verzicht allein soll es sein, sondern es geht um die Gewissheit, dass die Politik bei ihren Entscheidungen berücksichtigt, dass wir in Zukunft auch nachhaltig anders konsumieren können. Genau das ist der Kern der Frage. Darauf - dafür bin ich Ihnen dankbar, Herr Weber - zielt natürlich auch unser gemeinsamer Antrag ein Stück weit ab.

(Beifall Stefan Weber [SPD] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Vielen Dank. - Wir sind uns also alle darin einig, dass gerade auch Mikroplastik, aber auch Makroplastik vermieden werden muss. Die spannende Frage wird nach wie vor sein: Wie können wir das erreichen? Wir müssen daran denken, dass Wirtschaft auch Planungssicherheit braucht, dass wir Übergangsfristen brauchen. Wir müssen realistische Lösungen in der Politik aufzeigen. Aber wir sollten uns am Ende alle darin einig sein, dass wir entscheiden und auch verbieten müssen.

Ich will einen Punkt nennen, den wir landespolitisch durchaus als absoluten Erfolg verbuchen können. Sie werden sich an die Debatte um das Klärwerk in Schleswig und die Belastung der Schlei mit Makro- und Mikroplastik erinnern. Da haben wir

**(Heiner Rickers)**

tatsächlich landespolitisch relativ schnell eine praxisrelevante Lösung gefunden, nämlich dadurch, dass wir das Landeswassergesetz entsprechend angepasst haben und dadurch per Verordnung erreicht haben, dass Plastikanteile in Speiseresten zukünftig nicht mehr in den Wasserkreislauf gelangen dürfen. Das war eine sehr gute gemeinsame Beschlusslage, und es war ein außerordentlicher Erfolg hier in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU)

Dass das Thema auch weltweit diskutiert wird, hat uns die heutige dpa-Pressemitteilung gezeigt: Ab Montag tagt die UN in einer fünftägigen Umweltkonferenz mit den Schwerpunkten Plastikmüllvermeidung, Vermüllung der Weltmeere. Die Frage ist: Wie können wir dabei politisch gemeinsam vorangehen? Deutschland wird hieran teilnehmen. Ich hoffe, wir sind uns einig und können etwas bewegen - im Sinne der Zukunft. - Ich danke herzlich für das Zuhören.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt die Abgeordnete Marlies Fritzen.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat ist Mikroplastik seit einiger Zeit in aller Munde - das kann man durchaus wörtlich nehmen. Der Kollege Weber hat es beschrieben. Denn immer mehr Mikroplastik gelangt durch alle möglichen Verwendungsformen in die Umwelt. Die Partikel sind so klein, dass sie zum Beispiel aus Kläranlagen nicht vollständig herausgefiltert werden können, und Kunststoff insgesamt ist so langlebig, dass er in der Natur nur sehr langsam abgebaut wird; tatsächlich braucht es hierzu Jahrhunderte. Am Ende landen diese Stoffe in Fischen und anderen Meerestieren, und schließlich finden sich solche Partikel auf unserem Teller und in unseren Mägen.

Allerdings ist Kunststoff aus unserem Alltag kaum wegzudenken. Dieses Material ist flexibel, form- und einsetzbar. Ein Totalverbot jeglicher Nutzung ist daher nicht realistisch. Auf das Problem der Autoreifen ist bereits hingewiesen worden. Man wird nach Alternativen Ausschau halten müssen - aber man wird ja nicht davon ausgehen können, dass wir zukünftig alle zu Fuß laufen.

Absurd ist es allerdings - das haben Sie hier auch schon mehrfach angesprochen -, dass die besonders

langlebigen Kunststoffe zuhauf für sehr kurzfristige Nutzungen eingesetzt werden - meist werden sie sogar nur ein einziges Mal genutzt; denken wir beispielsweise an Verpackungen.

Es gibt aus meiner Sicht Anwendungsbereiche, in denen der Plastikverbrauch drastisch gesenkt beziehungsweise verboten gehört. Auch der Kollege Rickers hat dies gerade angesprochen. Ich bin sehr dankbar, dass es da kein Denkverbot gibt, sondern dass klar ist, dass man auch an solche Steuerungselemente denken muss. Dies gilt für Einweggeschirr; es gilt für das Problem von Mikroplastik in Kosmetika. Dies gilt aber auch für Plastiktüten, ohne die - ich habe das selbst bereits ausprobiert - ein Einkauf durchaus möglich ist.

Ich bin nicht für ein Verbot um des Verbotes willen, sondern ich bin für ein Verbot, weil es an vielen Stellen freiwillig ganz offensichtlich nicht klappt.

Da erinnere ich immer wieder gerne an die Diskussion um die Frage: „Soll man beim Kaufmann 10 Pfennig“ - ich habe mich nicht versprochen - „für eine Plastiktüte erheben?“ - Dies würde ja dazu führen, dass die Menschen, die dort einkaufen, wieder Körbe oder Taschen mitbringen. Diese Debatte ist in dem Lebensmittelladen des Ortes, aus dem ich stamme, nämlich in Coesfeld, im Jahr 1974 tatsächlich geführt worden - natürlich nicht nur dort -, nämlich als es die Ölkrise gab. Heute diskutieren wir über dieses Thema immer noch - 40 Jahre später! Das ist doch unfassbar.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich glaube daher, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt, und ich freue mich sehr, dass wir uns darin einig sind.

Wenn man sich vorstellt, dass 32 Millionen t Plastikmüll jährlich weltweit in die Umwelt gelangen - man kann dies umrechnen und kommt darauf, dass dies rund eine Lkw-Ladung Plastik pro Minute ist -, dann ist das doch unglaublich. 2018 hat sich der Anteil der Kunststoffverpackungen - und das, obwohl wir jetzt verstärkt darüber diskutieren - um 4 % erhöht.

Ob die Initiativen der Bundesumweltministerin Schulze, die ja einen Fünfpunkteplan vorgelegt hat und Gespräche mit Produzenten, Lebensmittelmärkten und Drogeriemärkten angekündigt hat, zu einem Ergebnis führen, wird man sehen. Denn auch da wird erst einmal wieder auf Freiwilligkeit gesetzt. Das finde ich vom Prinzip her auch richtig; ich habe aber, um ehrlich zu sein, nicht allzu große

**(Marlies Fritzen)**

Hoffnungen, dass man damit tatsächlich weiterkommt.

Es geht bei diesen Initiativen nicht in erster Linie um Mikroplastik, aber es geht auch um Mikroplastik. Daneben geht es natürlich immanent - das ist auch schon von allen Kollegen hier angesprochen worden - immer auch um Makroplastik.

Aus meiner Sicht müssen wir zu einer echten Kreislaufwirtschaft kommen. Deutschland ist hier Schlusslicht; 60 % der Abfälle werden immer noch verbrannt, statt dass man sie sinnvoll verwertet. Auch das neue Verpackungsgesetz, über das wir auch schon mehrfach gesprochen haben, ändert daran nichts. Es beschreibt zwar Ziele - die durchaus auch ambitioniert sind -, sieht jedoch keine Sanktionen vor, wenn diese Ziele nicht erreicht werden.

Produzenten müssen sehr viel stärker in die Verantwortung genommen werden, wenn es um den Ressourcenverbrauch geht, und zwar sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Wenn diese nämlich den von ihnen produzierten oder in die Welt gesetzten Müll zurücknehmen müssten, dann - davon bin ich überzeugt - würden sie endlich ernsthaft Gedanken dazu anstellen, wie es gelingen kann, Kosten zu sparen und weniger Müll zu produzieren. Das jetzige Duale System hat nicht funktioniert; wir brauchen da eine Verschärfung.

Wir sind als Jamaika mit den Kolleginnen von SPD und SSW der Meinung, dass die Bundesratsinitiativen aus Hamburg und Thüringen sowie Bayern in die richtige Richtung weisen. Weniger Mikroplastik, weniger Plastik, das ist mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz. Dies muss unser aller Ziel sein.

Meine Damen und Herren, die Wege dorthin dürfen gern freiwillig beschritten werden. Am Ende müssen Sie aber wirksam sein. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Dennys Bornhöft das Wort.

**Dennys Bornhöft [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde nun schon einiges zum Thema Mikroplastik gesagt; unter anderem wurde gesagt, dass dies vor wenigen Jahren noch gar kein Thema in der Öffentlichkeit gewesen ist. Zwar ist schon damals von Wissenschaftlern und Umweltschützern auf die Problemlage hingewiesen wor-

den; so richtig hellhörig wurde man aber auch in Deutschland erst vor gut eineinhalb Jahren, als überregionale Medien titelten: „Forscher finden erstmals Mikroplastik in Stuhlproben von Menschen“. Hierdurch ist nun nachweisbar, dass Mikroplastik tatsächlich im menschlichen Körper angekommen ist. Man muss sich also fragen: Woher kommt denn das Mikroplastik?

Das Duschgel wurde schon erwähnt; mittlerweile findet man Mikroplastik aber bereits als winzig kleine Partikel in der Luft. Auf der Welt gibt es mittlerweile keinen einzigen plastikfreien Bereich mehr; selbst in der Antarktis werden Spuren von Plastik gefunden.

Es ist also offensichtlich: Kunststoff ist allgegenwärtig, und Kunststoff ist ja auch kaum wegzudenken. Man sollte einen deutlichen Unterschied machen zwischen Plastikartikeln, die für eine einmalige Nutzung gedacht sind und hinterher weggeschmissen werden, und Plastikmaterial, das beispielsweise in einem Gebäude verbaut ist, in Türen oder auch in Pkw. Plastik findet also ganz breite Einsatzmöglichkeiten in unserem Alltag.

Große Probleme haben wir natürlich - auch das kennt man nicht nur von Debatten, sondern man sieht es auch, wenn man durch Gemeinden läuft - durch die vielen To-Go-Becher oder Plastikflaschen, die es überall gibt und die, obwohl sie teilweise pfandpflichtig sind, nicht wieder dorthin zurückkehren, wo sie hingehören.

Eine ähnliche Debatte haben wir auch zur Frage der Lebensmittelverschwendung geführt; Herr Rickers hat es - Stichwort Schlei - angesprochen. Wir schleppen Plastik geradezu kiloweise vom Supermarkt nach Hause, weil es zu viel Verpackungsmaterial gibt.

So allgegenwärtig Plastik also ist, so groß ist die Tragweite des Problems. Plastik gibt es in Massenproduktion nicht länger als 60 Jahre. Daran wird klar, dass wir über den Einfluss von Plastik auf Flora und Fauna und auf den Menschen bislang kaum Langzeiterkenntnisse haben können.

Plastik kann zu sehr, sehr kleinteiligen Partikeln zerfallen. Diese Teilchen werden nicht biologisch abgebaut; sie werden lediglich immer kleiner, bis man sie letztlich gar nicht mehr mit bloßem Auge sieht. Das führt dazu, dass diese mikroskopisch kleinen Partikel direkt ins Körpergewebe eindringen können. Auch hierzu gibt es noch keine Langzeitforschungen bezüglich der Auswirkungen; wir sind uns aber, denke ich, alle einig in der Einschät-

**(Dennys Bornhöft)**

zung: In unsere Zellen gehört es definitiv nicht hinein.

Länder wie die USA, aber auch Italien und Schweden haben aus Kosmetikartikeln Mikroplastik bereits verbannt; sie sind also national schon Vorreiter geworden. Einige Hersteller haben dies inzwischen adaptiert, so gibt es auch in Deutschland Produkte, in denen auf Mikroplastik verzichtet wird. Stattdessen kommen beispielsweise feingemahlene Aprikosenkerne zum Einsatz. Es gibt also unbedenkliche Alternativen direkt aus der Natur, und das ist gut so.

Ich möchte gern einen Punkt aufgreifen, den wir in unserem Antrag erwähnen und der auch in den vorliegenden Bundesratsinitiativen eine Rolle spielt. Die Initiative hierzu stammt aus Hamburg und Thüringen. Es heißt dort - Zitat -:

„Der Bundesrat ist ... der Auffassung, dass eine Verminderung von Mikroplastik“

- aus dem Abrieb von Reifen, Textilien und anderen Kunststoffartikeln -

„vordringlich eine Frage des Produktdesigns darstellt. Abwässer beispielsweise von Straßen und Wegen müssten mit hohem Aufwand entsprechend vorbehandelt werden, bevor sie in Gewässer eingeleitet werden.“

Das zeigt schon, dass die Debatte um die Reduktion von Mikroplastik der Einordnung bedarf. Ein Stück weit hat dies auch Grenzen. Denn natürlich darf es nicht zulasten der Verkehrssicherheit gehen, wenn beispielsweise ein Verbot von Gummireifen erwogen wird, bei denen es ja den problematischen Abrieb gibt. Dies darf auch nicht auf Kosten der menschlichen Gesundheit gehen; viele medizinische Produkte kommen nämlich ebenfalls nicht ohne Plastik aus. Das muss man sich ebenfalls stets vergegenwärtigen.

Die Reduktionsideen müssen auch auf ihre finanzielle Umsetzbarkeit hin überprüft werden. Die Initiatoren verweisen selbst bereits darauf, dass eine Wasservorbehandlung an Straßen und Wegen nur mit hohem Aufwand zu betreiben ist und somit nicht verhältnismäßig wäre.

Es darf hierdurch kein Hintertürchen geschaffen werden, um Infrastrukturausbau und -sanierung zu verhindern. Das wurde bei der festen Fehmarnbelt-Querung vor Kurzem versucht.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Man muss das alles abwägen, wir haben ja mehrere Politiken zu vereinen. - Das Ausrüsten der Straßen mit Mikroplastikfiltern wäre realitätsfern, und

das trügen wir als FDP nicht mit. Es wird bessere Lösungsansätze geben, finanzierbar und mit größerer Wirkung.

Wir brauchen viele kreative und innovative Ideen, aber stets realitätsnah und ohne Außerachtlassung von anderen wichtigen Themen wie Sicherheit oder Gesundheit der Menschen.

(Beifall FDP)

Zusammenfassend möchte ich bekräftigen, dass wir Freie Demokraten das gemeinsame Ansinnen, wie es in unserem Jamaika-Koalitionsvertrag steht und wie wir es vor eineinhalb Jahren im Parlament bekräftigt haben, die Einschränkung der wissentlichen Verwendung von Mikroplastik und auch Verbote unterstützen.

Gemäß der vorliegenden Drucksache 19/1308 bitten wir die Landesregierung, mit dieser Maßgabe in den Bundesrat zu gehen. Die Diskussion und Ideen im Bundesrat sind breit aufgestellt; ich möchte hier explizit auf die gute Initiative aus Bayern hinweisen. Wir können da einer zielgerichteten, umsetzbaren Agenda entgegensehen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank. - Das Wort hat für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

**Volker Schnurrbusch [AfD]:**

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Weber, vielen Dank für die Erinnerung, dass es sich bei Mikroplastik um ein wichtiges Thema handelt und wir uns darüber alle einig sind. - Das hat auch schon die Debatte im November 2017 erbracht.

Ich möchte in dem Zusammenhang daran erinnern, dass die AfD damals den Antrag Drucksache 19/332 eingebracht hat, in dem es heißt - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidiums -:

„Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für ein europaweites Verbot von Mikroplastikpartikeln in Kosmetika, Wasch- und Reinigungsmitteln und sonstigen Verbrauchsmitteln einzusetzen, ferner auf ein EU-Importverbot für derartig belastete Produkte hinzuwirken.“

Der damalige Antrag ging weiter als der vorliegende Antrag. Unser Änderungsantrag wurde damals

(Volker Schnurrbusch)

von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Hätten Sie unserem Antrag im November 2017 zugestimmt, wären wir bei diesem Thema heute womöglich ein wenig weiter.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Sehr geehrte Abgeordnete von der SPD, so können Sie sich heute - so kennen wir Sie, besonders freitags - wieder als Kümmerer der Umwelt präsentieren, während Ihre Parteikollegen in Berlin zusammen mit dem Koalitionspartner CDU an einer allenfalls marginalen Veränderung der Düngemittelverordnung und Bioabfallverordnung arbeiten. Da tut sich wirklich wenig.

(Zurufe SPD)

Der GroKo geht es leider nur um das Verbot unwesentlich kleinerer Plastikteilchen als bisher. In Bioabfällen dürfen nicht - wie bisher - 2 mm große Kunststoffteilchen enthalten sein, sondern nur noch 1 mm große Teilchen. Was bitte soll dieses Manöver bringen?

Auch die Beimischung von 0,5 % Kunststoff löst das Problem langfristig nicht. Wenn wir dem Kompost immer wieder 0,5 % Plastikschnipsel beimischen, haben wir auf Äckern und anderen Biosammelplätzen schon bald einen Plastikanteil von 5 % oder gar 10 %, weil sich die Reste akkumulieren, weil sie nicht verwittern, wie wir es uns wünschen.

Warum sollen wir nur Mikroplastik in Kosmetika verbieten? Das ist zu kurz gegriffen. Wir müssen auch über die Verpackung und Entsorgung von Lebensmitteln sprechen. Wir haben es gerade gehört: Kunststoffe zersetzen sich über Jahre; weniger stabile Materialien wie Polypropylen reichern sich zuerst als Makropartikel auf Äckern, in Stadtparks oder Gewässern an - leider - und rutschen dann irgendwann durch mechanische Zerkleinerung oder ultraviolette Zersetzung in den unsichtbaren Bereich. Doch nur weil wir das Plastik nicht mehr sehen, bleibt es doch eine Belastung für die Umwelt. Deswegen ist die Diskussion in der GroKo über eine Erlaubnis von 1 mm großen Schnipseln unserer Meinung nach zu wenig.

Wir wissen aus der Forschung, dass die Sedimente der Tiefsee die letzte Station für unseren Kunststoffabfall sind. Dasselbe gilt leider auch für die Binnengewässer wie die Schlei, deren Faulschlamm auf Jahrhunderte hinaus immer kleiner werdende Plastikreste aufnehmen wird. Was das Umweltamt von Schleswig zusammen mit den fleißigen Helfern aus der Schlei gefischt hat, waren nur die sichtbaren

Plastikteilchen. Sonst hätte der NDR die Schnipsel gar nicht filmen können.

Aber es geht weiter. Das Ökosystem mit all seinen Bewohnern wird von Plastik in allen Größen belastet. Vielleicht haben wir bald keine Miesmuscheln mehr, weil sie die kleinen Plastikteilchen als Nahrung missdeuten und in ihren Verdauungstrakt aufnehmen. Je kleiner das Plastik, desto kleiner die betroffenen und gefährdeten Lebewesen.

Wenn wir heute nur über Mikroplastik sprechen, werden wir schon bald von den Problemen eingeholt, die durch Nanoplastik entstehen. Dann sind wir mit unseren technischen Möglichkeiten einer Aussortierung am Ende.

Nur weil wir Plastik nicht sehen, heißt es nicht, dass es nicht da ist. Dass Plastik nicht in die Umwelt gehört, ist wohl jedem klar. Daher: Wehret den Anfängen! Getrennte Stoffkreisläufe, Plastikvermeidung und eine bessere Stadthygiene sind nur drei Maßnahmen, die hier zu nennen sind.

Die Düngemittel- und Bioabfallverordnung müssen die Toleranzgrenzen für die Vermischung von Kunststoffen und Bioabfällen auf 0 % beziehungsweise 0 mm senken. Das würde wirklich etwas bringen.

Dennoch ist der heutige Antrag wichtig, und auch die AfD stimmt für die Unterstützung der Bundesratsinitiative. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Bereits mehrfach hat sich der Landtag mit der Verunreinigung der Gewässer durch Plastik oder Kunststoffanteile in Lebensmittelabfällen befasst. Dabei war die einhellige Meinung, dass es so nicht weitergehen kann und wir Regelungen brauchen, die das unterbinden - so zuletzt in der Debatte über ein europäisches Verbot von Mikroplastik.

Mit dem vorliegenden interfraktionellen Antrag bestätigen wir den Landtagsbeschluss vom November 2017 und fordern die Landesregierung weiter auf, sich den Bundesratsinitiativen anzuschließen. Drei Ziele werden mit dem vorliegenden Antrag verfolgt: erstens die generelle Einschränkung der Verwendung von Mikroplastik, zweitens das Verbot

**(Flemming Meyer)**

von Mikroplastik in Kosmetika und drittens, sich dafür einzusetzen, dass die von der Kommission angekündigten Maßnahmen zügig umgesetzt werden.

Ich möchte jetzt kein Wasser in den Wein kippen - wir wissen längst um die Problematik mit dem Plastikmüll, und wir waren uns im Ziel größtenteils einig, Plastikeinträge zu reduzieren oder - wo es machbar ist - Plastik zu verbieten. Die im Antrag aufgeführten Zielformulierungen machen aber deutlich, dass wir in der Sache bisher kaum weitergekommen sind. Wir fordern immer noch Einschränkungen und Verbote. Das ist ja auch gut und richtig.

Ich finde es gut, dass wir in Schleswig-Holstein mit dem interfraktionellen Antrag ein breites politisches Signal nach Berlin und Brüssel senden. Trotzdem macht das deutlich - und das bedaure ich -, dass wir uns schon so lange mit diesem Thema befassen und bisher kaum konkrete Erfolge verzeichnen können. Politische Mühlen mahlen manchmal sehr langsam, und daran kann man manches Mal verzweifeln. Ehrlich gesagt, bin ich recht gespannt, was aus den Bundesratsinitiativen wird.

Meines Erachtens wäre es dem Problem angemessen, wenn man sich im Vorfeld auf konkrete Formulierungen hätte einigen können. Stattdessen setzt man auf die freiwillige Selbstverpflichtung der Kosmetikhersteller oder gegebenenfalls auf einen Prüfauftrag für ein nationales Verbot. Das ist nicht das Maximum, das man sich hätte wünschen können, aber es ist anscheinend das, was man derzeit für politisch machbar hält. Immerhin stimmt die Richtung.

Wie EU-weit künftig mit Plastik umgegangen werden soll, wissen wir seit rund einem Jahr. Da hat die EU-Kommission ihre erste europäische Strategie vorgestellt. Demnach sollen ab 2030 alle Kunststoffverpackungen recyclingfähig sein, und der Verbrauch von Einwegkunststoffen sowie die Verwendung sollen reduziert werden. - Zugegeben nicht der ganz große Wurf, aber ich glaube, dass den Herstellern und Produzenten von Plastiktüten, Plastikstrohhalmern oder anderen Kunststoffverpackungen mittlerweile bewusst geworden ist, dass sie sich nach anderen Materialien umschauchen müssen. In dieser Ankündigung steckt gewiss auch eine Chance für die europäische Wirtschaft, neue Materialien zu entwickeln.

Letztlich wurde damit erneut eine gesellschaftliche Debatte angestoßen, um das Problem anzugehen. Daher sollten wir alles nicht länger auf die lange Bank schieben. Je schneller wir ein bundesweites Verbot von Mikroplastik in Kosmetika hinbekom-

men, desto besser. Solange sich die Reduzierung von Plastik und Kunststoff politisch nicht durchsetzen lässt, müssen wir weiter an die Freiwilligkeit der Hersteller appellieren.

Ich habe auch einen Appell an die Verbraucherinnen und Verbraucher, denn sie haben mit ihrem Konsumverhalten die Möglichkeit, den Druck auf die Plastikhersteller zu erhöhen. Ich merke, dass dieser Druck erhöht wird, und das ist auch gut so. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

**Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:**

Vielen Dank, Herr Präsident! - Sehr geehrte Damen und Herren! Gerade als Bundesland mit zwei langen Küstenstreifen ist uns das Problem Plastik im Meer bewusst, da wir es an den Stränden sehen können. Mikroplastik ist allerdings mit einer Größe von 5 mm bis hinunter in den Nanobereich nicht auf den ersten Blick sichtbar. Dennoch ist Mikroplastik in unserer Umwelt, in Wasser, in Boden, in Luft und auch in Lebewesen, einschließlich des Menschen, omnipräsent. Wegen der schweren Abbaubarkeit von Plastik einerseits und des prognostizierten Wachstums der Kunststoffproduktion andererseits ist mit einer Zunahme der Menge an Mikro- und Makroplastik in der Umwelt zu rechnen.

Mikroplastik gelangt auf verschiedenen Wegen in die Umwelt: zum einen als Zersetzungsprodukt von größeren Kunststoffteilen wie Verpackungen, landwirtschaftlichen Folien oder Fischernetzen, zum anderen entsteht Mikroplastik bei der Verwendung vieler Produkte. Prominente Vertreter - sie wurden eben benannt - sind der Abrieb von Autoreifen, Fasern, die sich aus Textilien bei der Wäsche ablösen, oder Verwehungen von Füllmaterialien aus Kunstrasenflächen.

Ein dritter Weg, auf dem Mikroplastik in die Umwelt gelangt, ist die Freisetzung aus Produkten, denen absichtlich Mikroplastik als Schmirgelstoff oder Füllmaterial zugesetzt wurde. Zu diesen Produkten gehören unter anderem Kosmetika sowie Wasch- und Pflegemittel. Mikroplastik gelangt so auf direktem Weg über das Abwasser in Oberflä-

**(Minister Jan Philipp Albrecht)**

chen- und Meerestwasser oder mit dem Klärschlamm auf Böden. Die derzeitige Abwasserreinigungstechnik kann je nach Technik zwar einen Großteil zurückhalten, aber die sehr feinen Partikel gelangen zu einem gewissen Anteil trotzdem in die Gewässer.

Das Ausmaß der Wirkung auf Organismen und Ökosysteme ist Gegenstand vieler Untersuchungen. Mikroplastikpartikel sammeln sich im Verdauungstrakt von Organismen an. Hier sind insbesondere Meereslebewesen und Seevögel im Fokus.

Zusätzlich werden aus Mikroplastikpartikeln Weichmacher oder Stabilisatoren freigesetzt, die deutlich toxischere Eigenschaften haben können als der Kunststoff selbst. Außerdem werden in den Gewässern vorhandene Schadstoffe an die Mikroplastikpartikel gebunden und gelangen so in die Nahrungskette.

Diese bereits bekannten schädlichen Wirkungen von Mikroplastik rechtfertigen die Anwendung des Vorsorgeprinzips und zwingen uns zum Handeln.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Bei einem derart komplexen Thema darf man nicht davon ausgehen, dass es die eine Maßnahme gibt, die das Problem beseitigt. Es gibt eine Vielzahl von Angriffspunkten, die geeignet sein können, dem Problem Mikroplastik etwas entgegenzusetzen. Die wichtigste davon ist sicherlich, den Eintrag von Mikroplastik an der Quelle zu verhindern. Denn einmal in Wasser und Boden entlassen, ist Mikroplastik nicht oder nur sehr schwer wieder einzufangen.

Deshalb begrüße ich den fraktionsübergreifenden Aufruf, dass sich unser Land der benannten Bundesratsinitiative zur umfassenden Prüfung aller möglichen Einschränkungen von Mikroplastikeinträgen und zum Verbot von Mikroplastik in Kosmetika anschließen soll.

Noch kurz zum Stand des Verfahrens auf europäischer Ebene. Die Europäische Chemikalienagentur hat auf Anforderung der Europäischen Kommission im Januar 2019 einen Beschränkungsvorschlag für absichtlich zugesetztes Mikroplastik gemacht. Dieser Vorschlag zielt auf das Verbot von Produkten ab, denen Mikroplastik absichtlich zugesetzt wurde. Dazu zählen zum Beispiel Kosmetikprodukte, Farben und Beschichtungsmittel, Waschmittel und viele andere. Damit wurde ein offizielles Verfahren für eine europäische Gesetzgebung auf den Weg ge-

bracht. Dieses Verfahren wird nun durch Konsultationen und Abstimmungsprozesse weiterlaufen.

Es ist klar, dass es hier um den Einstieg in eine wichtige Debatte geht. Diese sollten wir aktiv begleiten. Deshalb ist es gut, dass sich Schleswig-Holstein dafür parteiübergreifend auf Bundesebene einsetzt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden. Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag Drucksache 19/1308 (neu) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank; das sieht einstimmig aus. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

**Anerkennung des Erzieherberufs als Mangelberuf**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1307 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

(Zurufe: Ohne Aussprache! - Reden zu Protokoll! - Unruhe)

- Das ist, auch nachdem wir bei der Landtagsverwaltung nachgefragt haben, bei uns nicht angekommen. Die Parlamentarischen Geschäftsführungen haben vereinbart, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache zu behandeln und die Reden zu Protokoll zu geben.

Wir kommen dann zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag Drucksache 19/1307 (neu) zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und**

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

**Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft (Brexit-Übergangsgesetz - BrexitÜG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 19/1205

Bericht und Beschlussempfehlung des Europaausschusses  
Drucksache 19/1300

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter des Europaausschusses, dem Abgeordneten Wolfgang Baasch, das Wort.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Ich verweise auf die Vorlage.

**Vizepräsident Rasmus Andresen:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht liegen nicht vor. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist mir jetzt, ehrlich gesagt, etwas unklar, was die AfD-Fraktion gemacht hat.

(Zurufe)

- Bitte?

(Zuruf AfD: Zustimmung!)

- Alle? - Okay. Einstimmig? - Frau von Sayn-Wittgenstein, Sie haben auch zugestimmt? - Dann ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

**Stand der Erarbeitung des neuen Gesamtkonzepts für die Berufliche Orientierung an den Schulen in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/1059

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig der Fall.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

**Dritter Bericht über die Entwicklung der Schülerkostensätze nach Neuordnung der Ersatzschulfinanzierung**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/1123

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist einstimmig.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

**Fortschreibung des Infrastrukturberichts**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/1137

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig der Fall.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 42:

**Bericht zur Umsetzung der Schulassistenz**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 19/1154

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache:

**Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags**

Drucksache 19/1319

Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/1319. Voraussetzung für die Abstimmung insgesamt ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offenbar nicht der Fall.

Kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 19/1319 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

**(Vizepräsident Rasmus Andresen)**

Ich schließe die Tagung und wünsche ein angenehmes Wochenende. Wir sehen uns hier in drei Wochen wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 14:09 Uhr**

**Anhang****Reden zu Protokoll****Anerkennung des Erzieherberufs als Mangelberuf**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 19/1307 (neu)

**Serpil Midyatli [SPD]:**

Herr Präsident! Was bereits in anderen Ländern gelebter Alltag ist, spüren wir auch teilweise in Schleswig-Holstein. Vor allem dort, wo das Nachbarbundesland nah ist oder auch dann, wenn die Arbeitsbedingungen von Kreis zur kreisfreien Stadt unterschiedlich sind, wie zum Beispiel in Flensburg, wo man sich bewusst für einen besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel entschieden hat. Bereits jetzt scheitern Kita-Erweiterungen und Neubauten am Fachkräftemangel. Daher begrüßen wir den Antrag der regierungstragenden Fraktion, der vorsieht, dass auch das dritte Ausbildungsjahr von der Bundesagentur für Arbeit finanziert wird.

Dies wird allerdings nicht ausreichen, um den Beruf der Erzieherinnen attraktiver zu machen, denn bei der Maßnahme der BA handelt es sich nicht um die Regelausbildung, sondern um Quereinsteigerprogramme, also eher die Ausnahme. Die Erzieherausbildung ist kein klassischer Ausbildungsberuf, sondern es handelt sich um eine Weiterbildung, die in der Regel drei Jahre dauert und dabei nicht vergütet wird. Geld ist nicht alles, aber ohne geht es eben auch nicht. Daher fordern wir auch bei der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ein umdenken.

Auch Erzieherinnen in Ausbildung verdienen eine Vergütung. Das gilt auch für die Ausbildung zur sozialpädagogischen Assistentin oder zum sozialpädagogischen Assistenten, die ich an dieser Stelle nicht vergessen möchte.

Die Zahl des pädagogischen, Leitungs- und Verwaltungspersonal in Kindertageseinrichtungen hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Auch die Anzahl der Ausbildungsplätze wurde stetig gesteigert. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Trotzdem haben wir einen Fachkräftemangel, denn gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Erzieherinnen und Erzieher. Das ist eine gute Sache, denn der Besuch einer Kita ist heute fast zur Selbstverständlichkeit geworden.

Aber wir brauchen Erzieherinnen und Erzieher nicht nur in den Kindertageseinrichtungen, sondern auch bei der Betreuung von Schulkindern und in

der Jugendhilfe. Es ist ein vielfältiger Tätigkeitsbereich. Damit wir dem Fachkräftemangel entgegenwirken, dürfen wir nicht nur den Bereich der Ausbildung anschauen. Wir müssen die Fachkräfte in dem Beruf auch halten. Das bedeutet, dass sich Aufstiegschancen verbessern müssen. Wir brauchen Arbeitsbedingungen, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin gesund bleiben. Die Anerkennung in diesem wichtigen Beruf muss sich auch in der Bezahlung widerspiegeln.

Aktuell wird an der Reform der Kita-Finanzierung mit Hochdruck gearbeitet. Hierbei rücken Qualitätsmaßnahmen mit in den Fokus, die eine Anhebung des Fachkraft-Kind-Schlüssels von 1,5 auf 2 vorsehen, was wir ausdrücklich begrüßen, Minister Garg. Aber auch diese Maßnahme wird die Nachfrage nach Fachkräften steigern.

Wir von der SPD haben bereits zu Beginn der Reform darauf hingewiesen, dass die Kita-Reform mit einer Reform der Ausbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher einhergehen muss. Zugänge zum Erzieherberuf müssen erleichtert werden. Die Schulen, mit denen wir gesprochen haben, können Kapazitäten noch ausweiten, benötigen aber dazu Lehrkräfte. Und sie benötigen einen Ansprechpartner in dieser Landesregierung, denn so wirklich fühlt sich irgendwie niemand für die Erzieherschulen verantwortlich. Auch die Studierendenplätze an den Unis und Hochschulen im Land müssen ausgebaut werden. Die Anmeldezahlen und die Wartelisten sprechen hier ganz für sich.

Es gibt also viele Baustellen, woran gearbeitet werden müsste. Wir brauchen mehr als nur das dritte finanzierte Jahr.

**Claus Schaffer [AfD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Jamaika-Koalition möchte mit dem uns vorliegenden Antrag erreichen, dass der Beruf des Erziehers als Mangelberuf anerkannt wird. Zudem soll sich die Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Erzieherausbildung durch die Arbeitsagentur zu 100 % statt wie bisher nur zu zwei Drittel gefördert wird. Ziel dieser Maßnahmen soll es sein, den zunehmenden Bedarf an Erziehern in Kindertageseinrichtungen zu decken.

Den ersten Punkt - die Anerkennung des Erzieherberufs als Mangelberuf - lehnen wir ab. Wenn der Erzieherberuf als Mangelberuf nach der - § 6 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 - Beschäftigungsverordnung anerkannt und auf die Positivliste gesetzt wor-

(Claus Schaffer)

den ist, führt dies nur wieder zu einer stärkeren Besetzung dieser offenen Stellen mit ausländischen Bewerbern.

Letztlich würden auch Migranten den „Spurwechsel“ nutzen oder, wie es im Fachkräfteeinwanderungsgesetz heißt, anstreben, die „Beschäftigungsduldung“ und danach das unbefristete Aufenthaltsrecht zu bekommen. Damit werden ganz klar Fehlreize einer Migration über das Asylrecht gesetzt. Meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg.

Das Ziel unserer Bemühungen muss es doch sein, den Beruf des Erziehers attraktiver zu gestalten und finanziell erheblich besser auszustatten. Ziel muss es auch sein, dass wir unsere eigenen jungen Leute für den Beruf des Erziehers begeistern. Wir müssen eine Debatte darüber führen, wie wir das Tätigkeitsfeld des Erziehers für junge Leute noch attraktiver gestalten können, damit mehr Menschen diesen Beruf ergreifen und - das ist genauso wichtig - in diesem Beruf länger verbleiben.

Dazu gehört neben einer besseren Entlohnung auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Analog zur Pflege muss es auch eine gezielte Werbekampagne für den Beruf des Erziehers geben. Werben wir dafür und gewinnen wir so qualifizierten Nachwuchs für den Erzieherberuf aus unserem Land!

Aber es sind noch weitere kräftige und vielfältige Anstrengungen erforderlich. So sollten wir dafür sorgen, dass die Ausbildungszahlen im Erzieherberuf steigen, der berufliche Quereinstieg verbessert und die schulische und berufliche Vorbildung angemessen berücksichtigt wird. Das erfordert auch vermehrte Anstrengungen bei der Bereitstellung von Lehrkräften für die Ausbildung.

Den zweiten Punkt, dass sich die Landesregierung im Bundesrat dafür einsetzen soll, dass durch die Bundesagentur für Arbeit zukünftig auch das dritte Ausbildungsjahr gefördert werden soll, unterstützen wir grundsätzlich voll und ganz. Dem akuten Mangel in den Erzieherberufen muss mit vernünftigen Maßnahmen begegnet werden. Ich habe aber erhebliche Zweifel daran, dass ein derartiges Bestreben auf Bundesebene durchsetzbar sein wird. Andere Bundesländer könnten versuchen, mit weiteren Berufsbildern nachzuziehen, sodass es letztlich an der Finanzierung scheitern wird. Der Bund wird hier sicherlich keinen Präzedenzfall schaffen wollen. Hinzu kommt, dass das jetzige System der Umschulung so schlecht nicht funktioniert.

So werden die ersten zwei Jahre der Ausbildungszeit durch die Arbeitsagentur bezahlt - Bildungsgutschein -, und im dritten Jahr erhält der Auszubil-

dende bereits eine Vergütung vom Kita- oder Jugendhilfeträger, mit dem vorher ein Vertrag für das dritte Ausbildungsjahr abgeschlossen wurde. Der angehende Erzieher verfügt nach zwei Jahren schon über die Qualifikation eines Sozialassistenten.

Meine Damen und Herren, hier sollten wir auch über andere, alternative Möglichkeiten der Förderung reden. Das Programm „Quereinstieg - Männer und Frauen in Kitas“ hat sich durchaus bewährt. Zielgruppe des Programms waren Männer und Frauen, die bereits im Berufsleben stehen. Statt einer Auszubildendenvergütung haben die künftigen Erzieher ein festes Gehalt und einen auf drei Jahre befristeten Vertrag erhalten. Das Programm läuft 2020 aus, wir sollten also darüber sprechen, wie eine weitere Förderung über das Bundesfamilienministerium - Förderung über Mittel des Europäischen Sozialfonds - erreicht werden kann.

Neu ist das Bundesprogramm „Fachkräfte-offensive Erzieher“. Überfällig, aber immerhin werden über dieses Programm insgesamt rund 300 Millionen € zur Verfügung gestellt, um ab dem Ausbildungsjahr 2019 5.000 Plätze für die Ausbildung von Erziehern zu schaffen. Ein Schritt in die richtige Richtung, aber Verbesserungspotential ist auch hier erkennbar.

Wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, dass die finanziellen Mittel für dieses Programm erheblich aufgestockt werden. Auf diesem Weg könnten wir vor allem zu einer schnellen und unbürokratischen Verbesserung der Situation bei der Erzieherausbildung kommen.

Lassen Sie uns im Ausschuss darüber reden, was wir für die Verbesserung der Erzieherausbildung noch tun können. Erste Vorschläge liegen auf dem Tisch. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Herr Präsident! Ich kann Jamaika nur recht geben: Wir haben längst einen gravierenden Mangel an Erzieherinnen und Erziehern. Zwar entscheiden sich immer mehr junge Menschen für diese Ausbildung, aber gemessen am Bedarf werden bundesweit bis 2025 trotzdem zwischen 190.000 und 310.000 Erzieher fehlen. Wenn wir noch dazu die Qualität in der frühkindlichen Bildung annähernd halten oder weiter steigern wollen, müssen wir die Rahmenbedingungen für diese Berufsgruppe deutlich aufwerten. Ohne zusätzliches und gut qualifiziertes Personal können wir diesen wichtigen Bereich der Bildung kaum weiterentwickeln. Aber genau das ist aus Sicht des SSW dringend nötig.

(Flemming Meyer)

Vor diesem Hintergrund ist es tatsächlich ziemlich absurd, wenn wir den Menschen, die grundsätzlich am Erzieherberuf interessiert sind, Steine in den Weg legen. Aber genau das ist bisher in vielen Fällen Realität. Auf der einen Seite suchen wir seit Jahren händeringend nach Fachkräften. Auf der anderen Seite verlangen wir aber, dass sie für ihre Ausbildung noch Geld mitbringen oder sich zumindest selbst finanzieren, weil sie erst einmal keinen Cent verdienen. Auch die Förderung von Umschulungen durch den Bund ist bisher alles andere als ausreichend. Wenn es also um den grundsätzlichen Reformbedarf geht, sind wir uns sicher einig.

Wenn ich mir den Antrag der Koalition anschau, dann hätte man sogar gut mit einer noch schlanke- ren Überschrift auskommen können: „Anerkennung des Erzieherberufs“. Punkt. Das allein wäre aus meiner Sicht ausreichend. Denn genau an dieser Anerkennung mangelt es. Ähnlich wie bei anderen sozialen Berufen wird der tagtägliche Einsatz für andere Menschen oft zu gering geschätzt. Auch Ausbildungsleistung und Qualität der Arbeit werden gerade bei Erzieherinnen und Erziehern sehr oft unterschätzt. Und die Bezahlung ist längst nicht nur während der Ausbildung, sondern auch im Beruf selbst häufig unattraktiv gering.

Ich will hier nicht missverstanden werden: Die im Antrag gestellten Forderungen nach einer 100-prozentigen Ausbildungsfinanzierung und einer Einstufung als Mangelberuf sind richtig. Aber diese Maßnahmen allein sind doch nur ein kleiner Beitrag im Kampf gegen den Fachkräftemangel in diesem Be-

reich. Von der Anerkennung als Mangelberuf und der entsprechenden Aufnahme in die Positivliste der Bundesagentur dürfen wir uns jedenfalls nicht zu viel erhoffen. Zumindest im Bereich der Pflege zeigt sich doch, dass dieser Schritt nicht wirklich viele internationale Fachkräfte zu uns bringt.

Wenn wir ehrlich sind und den zukünftigen Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern auch nur annähernd decken wollen, sollten wir mehr tun. Hier geht es dann auch darum, dass Bund und Länder mehr Geld in die Hand nehmen müssen. Uns ist wichtig, dass diese Arbeit endlich besser bezahlt wird. Wenn es nach dem SSW geht, dann müssen auch ausnahmslos alle angehenden Erzieherinnen und Erzieher eine Ausbildungsvergütung bekommen. Denn nach heutigem Stand entscheiden sich viele lieber für eine Ausbildung, von der sie zumindest halbwegs leben können. Das ist nachvollziehbar und gleichzeitig ein klarer Wettbewerbsnachteil für diesen Beruf. Hier müssen auch die Träger ihren Beitrag leisten.

Wie gesagt: Der Antrag ist mehr als weiße Salbe. Aber er fordert eben auch nur Maßnahmen, die ein kleiner Teil der Lösung sein können. Es ist gut und wichtig, dass wir alle das Ziel haben, den Erzieherberuf in irgendeiner Form aufzuwerten, denn Erzieherinnen und Erzieher leisten unheimlich wichtige Basisarbeit und einen wertvollen Beitrag für unsere Zukunft. Wir alle wissen, dass das, was wir im frühkindlichen Bereich versäumen, später um ein vielfaches teurer wird. Deshalb, aber vor allem aus Gründen der Chancengleichheit, sollte uns diese Arbeit noch deutlich mehr wert sein.